

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 2. Dezember 1918. Nr. 444.

**Der Schneefall und die Strassenbahn.** Der am Samstag abende einsetzende starke Schneefall machte es im Interesse der Betriebsaufnahme am Sonntag notwendig, dass die Strassenbahngelände während der ganzen Nacht befahren und gereinigt wurden. Es sind daher die motorisch angetriebenen Schneepflüge einschliesslich der zur Reinigung der ganzen Strassenbreite dienenden Anhängeschneepflüge schon am Samstag nach 11 Uhr Nachts ausgefahren und haben bis zu 5 Fahrten über die einzelnen Strecken gemacht. Auch die Pferdeschneepflüge sind bereits gegen 2 Uhr morgens ausgefahren und haben 2 Fahren geleistet. Am Sonntag sind insgesamt 3000 Personen bei der von der Strassenbahn Direktion besorgten Schneereinigung beschäftigt gewesen. Wegen des fortdauernden Schneefalles hat am Sonntag 5 Uhr nachmittags neuerlich mit der Reinigung begonnen worden, so dass der Verkehr bis Betriebschluss störungslos abgewickelt werden konnte. Von dieser Zeit an mussten die Aussenstrecken ununterbrochen mit Schneepflügen befahren werden, da nur so die durch den herrschenden Sturm verursachten Schneeüberwehungen bekämpft werden konnten. Um 1 Uhr nachts wurde nochmals mit einer allgemeinen Reinigung aller Strecken mit Schneepflügen begonnen, die bis gegen 7 Uhr früh ausgedehnt werden mussten. Trotzdem um 2 Uhr nachts plötzlich neuerlicher Schneefall einsetzte, und von allen Seiten Schneeüberwehungen gemeldet wurden, insbesondere von den nördlichen und westlichen Teilen der Stadt war es doch möglich, den Betrieb heute früh fahrplanmässig auf dem ganzen Netze mit Ausnahme der Linie nach Oberlaa aufzunehmen. Zur Schonung der Motorwagen sind die ersten Fahrten ohne Züge oder Triebwagen geleistet worden. Seit 6 Uhr früh ist grösstenteils die Aufnahme des fahrplanmässigen Betriebes erfolgt. Der Verkehr auf der nördlichen Dampfstrassenlinie musste wegen vollständiger Verwehung zwischen Aspern und Gross Enzersdorf während der Frühstunden eingestellt werden. Auf der südlichen Linie Mauer-Mödling konnte der Verkehr aufrecht erhalten werden. Heute sind gegen 3500 Personen bei den Reinigungsarbeiten beschäftigt.

**Spitalsabgabe kranker Militärpersonen.** Bei der Abgabe kranker Militärpersonen, welche sich in häuslicher Pflege befinden, und spitalsbedürftig werden, in ein Militärspital ist, gleichgültig ob die Erkrankung eine ansteckende oder nicht ansteckende ist, folgender Vorgang einzuhalten: Der auch für Zivilpersonen bereits übliche Spitalszettel ist von dem behandelnden Arzte auszufüllen, mit dem Vermerk: „Militärperson“ zu versehen und dem zuständigen Polizeikommissariate zu übermitteln.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 2. Dezember 1918. Nr. 445.

**Die Abschlüsse der städtischen Unternehmungen.** In der letzten Gemeinderatsitzung wurden nach Berichten des Vizebürgermeisters Hoss und des StR. Schneider die Berichte der städtischen Unternehmungen vorgelegt. Der Verwaltungsbericht der städtischen Gaswerke besagt: Im Berichtsjahr wurden 245 Millionen Kubikmeter Gas, 5.7 Millionen Meterzentner Koks, 296.776 Meterzentner Teer, 16.840 Meterzentner Ammoniak und 49.458 Meterzentner Leichtöl erzeugt, ferner 22.980 Meterzentner ausgebrauchte Reinigermasse verkauft und 147 Meterzentner Retortengraphit gewonnen. Die nutzbare Gasabgabe betrug 231,711.000 Kubikmeter, war also um 27 Millionen Kubikmeter = 13.23 % grösser als im Vorjahre. Ein erheblicher Mehrverbrauch ergab sich in den Haushaltungen und auch die Gross- und Kleinbetriebe haben zu technischen Zwecken einen bedeutenden Mehrverbrauch gehabt. Die öffentliche Beleuchtung hat durch Einschränkungen im Berichtsjahre gegen das Vorjahr neuerlich eine Verminderung um 15.5 % erfahren. Ebenso haben die Grossküchenanlagen, die während des Krieges entstanden sind, einen grossen Bedarf gehabt. Die allgemeine Verbraucherzwang zu einer Erhöhung des Gaspreises von 17 h auf 20 h per Kubikmeter. Die Gesamteinnahmen betragen 65,938.111 K, die Betriebsausgaben betragen 46,801.165 K, Rücklagen und Anlehenszinsen betragen 12,278.507 K, daher resultiert ein Reingewinn von 6,858.439 K. Das war für die Gemeinde noch immer günstig, weil noch ein Ueberschuss vorhanden war, der auch ungefähr in dem in Aussicht genommenen Ausmasse zur Abfuhr gelangte, was leider von abgelaufenen Jahre nicht gesagt werden kann. Noch viel ungünstiger werden die Verhältnisse im laufenden Jahre sein.

Der Verwaltungsbericht der städtischen Elektrizitätswerke führt aus: Die Bilanz schliesst mit einem Ueberschuss von 11,677.004 K und blieb hinter den Erwartungen zurück. Die Erzeugung war grösser wie im Vorjahre. Die Sparmassnahmen, die infolge der Kohlennot für die Beleuchtung erlassen wurden, ferner die Verkehrseinschränkungen der Strassenbahn, die sprunghafte Steigerung der Betriebsauslagen verursachten das ungünstige Behaltungsresultat. Die Direktion bemühte sich, für die Bediensteten Lebensmittel etc. zu beschaffen; es wurden ferner drei Küchen für 1800 bis 2200 Personen errichtet. Es wurde auch eine eigene Schuhreparaturwerkstätte errichtet, in welcher 32 Schuhmacher arbeiten. Die Einnahmen betragen 47,086.000 K, die Ausgaben 35,976.000 K.

Der Verwaltungsbericht der Strassenbahnen weist bei einer Einnahme von 84,258.284 K einen Gebahrungüberschuss

von 9,614.007 K aus. Davon verbleibt nach Deckung der Betriebsabgänge im Dampfbetrieb (118.480 K) und im Kraftstellwagenbetrieb (64.181 K) ein reiner Ueberschuss von 9,451.345 K. Gegen das Verwaltungsjahr 1915/16 ist die Zahl der beförderten Fahrgäste um 14.3 v.H. auf 458,587.787, die Einnahme um 25.53 v.H., die Fahrleistung zufolge der Einschränkungen im Winter 1917 wegen der Kohlennot nur um 1.6 v.H. auf 108,421.941 Wagenkilometer gestiegen. Der Wagenpark für Personenbeförderung konnte nur um 3 Anhängewagen vermehrt werden, da die Fabriken die bestellten Wagen nicht abgeliefert haben. Die Gepäck- und Güterbeförderung brachte um 23.98 v.H. mehr Einnahmen als im Vorjahre. Ende Juni 1917 beschäftigten die Strassenbahnen 13.083 Personen, davon 6922 Frauen. Die Ausgaben betragen 74,644.277 K. Davon entfallen auf Gehalte und Löhne 25,278.913 K, auf sonstige Personalausgaben 4,089.090 K. Als Kriegsauslagen (Zahlungen an Eingetragene und deren Familien 5.9 Millionen, Kriegszulagen, Remunerationen und Anschaffungsbeiträge 4.3 Millionen, Kriegsküchen und Lebensmittel 351.333 K, Versorgung von Witwen und Waisen nach gefallenen Angestellten 115.478 K, Spende an die Fürsorgestelle der Strassenbahner 100.000 K und andere kleinere Aufwendungen) wurden 10.9 Millionen verrechnet.

**Bezirksratssitzung.** Die Bezirksvertretung Neubau hält morgen 3.d.M. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

**Erste Oesterreichische Sparkasse.** Im abgelaufenen Monate wurden bei der Ersten Oesterreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 25.350 Parteien K 39,626.707 eingelegt und an 19.225 Parteien K 32,701.245 rückgezahlt; der Gesamt Einlagenstand betrug am 30. v.M. K 756,295.424. Hypothekendarlehen wurden K 1,216.568 zur Zeichnung von Kriegsanleihe zugezählt, dagegen K 3,841.211 rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen am 30.v.M. auf K 317,449.513 stellte. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 30.v.M. auf K 17,911.150 und es waren K 18,306.400 an 60jährigen Pfandbriefen im Umlaufe. Wechsel wurden K 10,249.909 eskontiert, dagegen K 7,752.669 inkassiert und Kassenscheine der Oesterr. ung. Bank K 24,600.000 angekauft, dagegen 3,600.000 inkassiert; der Besitz an Wechsela und Kassenscheinen der Oesterr. ung. Bank betrug am 30. v.M. K 88,003.621.

**Volksbibliothek im Wertheimsteinpark.** Vom Dienstag, 3.d.M. an wird die städtische Volksbibliothek in der Villa Wertheimstein wegen der Beleuchtungseinschränkung in der Zeit von ½5 bis ½7 Uhr geöffnet sein.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michlew.  
Wien. I. Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 2. Dezember 1918. Nr 446.

Abgabe von Einheits- und Extremriadfleisch. In der mit Donnerstag, 5. d. M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremriadfleisch werden die mit den Ziffern 17 und 18 versehenen Abschnitte des Rindfleischeinkaufscheines und zwei bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt. Die auf jede Person des Haushaltes entfallende Wochenmenge beträgt ein Achtel Kilogramm einschliesslich der Zuwäge.

## Obmänner-Konferenz.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hoss und Rain fand heute die 111. gemeinderätliche Obmänner-Konferenz statt. Den Gegenstand der Beratung bildete die andauernde und in den letzten Tagen noch verschärfte Kohlennot und die dadurch gegebenen Einschränkungen des Verbrauches von Gas und Elektrizität. Nach Vorträgen der Fachreferenten und einer Wechselrede, an welcher sich sämtliche Mitglieder beteiligten, gelangte die Konferenz zu folgenden einmütigen Beschlüssen: Die Direktoren Menzel und Karel werden ermächtigt an einer morgen, bei der Landesregierung stattfindenden Sitzung teilzunehmen und die Stellungnahme der Gemeinde Wien zu den vom Staatsamte für öffentliche Arbeiten geplanten und von diesem bereits bekannt gegebenen Spar- und Sperrmassnahmen zu vertreten. Bei dieser Sitzung in der Landesregierung wird auch neuerlich die Frage weiterer Einschränkungen des Strassenbahnverkehrs verhandelt werden. Voraussichtlich dürfte daher morgen, die Verordnung der Landesregierung erscheinen und den Beginn der Wirksamkeit der neuen Spar- und Sperrmassnahmen für Donnerstag, 5. d. M. festzusetzen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Janus Michew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 3. Dezember 1918. Nr. 447.

Erhöhung der Preise für Schweinefleisch etc. Infolge der erhöhten Gesteuerungskosten beträgt von Mittwoch, 4. d. M. angefangen der Detailverkaufspreis für das Fleisch von Schweinen, die im Wege der städtischen Uebernahmestelle in Verkehr gesetzt werden, 20 K für 1 kg. Gleichzeitig wurde der Detailverkaufspreis für Schweinsinnereien und Köpfe mit K 9.80, für rohe Zungen mit K 12.-, für gepökelte Zungen mit K 13.- für je 1 kg festgesetzt.

Die Sühneverhandlungen im Gemeindevermittlungsamt Neubau finden in diesem Monat am 4., 11., 18. statt.

2. Ausgabe.

Zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Mit dem heutigen Tage beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Wiener Gemeindeverwaltung. Eine neue Gemeindevertretung zieht in die Ratsstube ein, die die offizielle Bezeichnung „provisorischer Gemeinderat der Stadt Wien“ führt, mit der Bestimmung, die Geschicke der Stadt bis zu jener Zeit zu lenken, in welcher ein auf breiter Grundlage gewählter Gemeinderat seine Konstituierung vornehmen wird.

Der jetzige Zustand zeigt einige Ähnlichkeit mit jenem im Jahre 1848. Sowie damals der Übergang von feudalen Staat in eine konstitutionelle Staatsform eine Neugestaltung der Gemeinde mit sich brachte, ebenso bewirkt heute die Umwandlung der Monarchie in eine Republik eine neue Zusammensetzung der Gemeindevertretung. Damals Ersterkung der Bürgerschaft, heute ein Streben der Arbeiterschaft nach Gleichberechtigung. Im Jahre 1848 fehlte auch nicht der provisorische Gemeindevorstand, dessen Hauptaufgabe darin bestand, die neue Gemeindeordnung und Wahlreform vorzubereiten. [Der Umschwung in der Gemeindevertretung zeigt sich auch äußerlich in der Anordnung der Parteien im Gemeinderats-Sitzungssaal. Während früher die kompakte Mehrheit der christlich-sozialen Partei den ganzen Raum beherrschte und die Oppositionellen in den rückwärtigen Sitzbänken ihre Plätze hatten, wird heute die linke Hälfte der Bankreihen von den Sozialdemokraten ausgefüllt. Die Christlichsozialen beherrschen die rechte Seite des Hauses und zwischen diese beiden grossen Gruppen schieben sich die Freiheitlichen räumlich verbunden mit den beiden kleinen Gruppen der Demokraten und Deutschnationalen.

Für die Frauen Wiens und Oesterreichs ist der heutige Tag besonders denkwürdig. Zum ersten Male erreichen sie vollwertige und gleichberechtigte Vertretung wie ihre männlichen Kollegen in einer öffentlichen Körperschaft. Sie haben ihre Sitze in den vordersten Bänken und zwar jede

Gruppe in dem Block jener Partei, welche sie in den Gemeinderat entsendete. Auf der rechten Seite in der ersten Reihe Frau Dr. Hildegard Burjan, die Führerin der katholischen Arbeiterinnen in der Vereinigung „Soziale Hilfe“ eine hervorragende Rolle spielt.

Neben ihr die Präsidenten des christlichen Wiener Frauenbundes Oesterreichs Bürgerschuldirektorin Walter, die bei der letzten Tagung der christlichen Frauen ein umfangreiches Referat erstattete, in welchem sie namens des Bundes energisch für das Frauenwahlrecht eintrat. In der zweiten Bank hinter diesen beiden Damen haben die Konsulentin im Fürsorgeministerium Dr. Alma Seitz, ebenfalls eine bekannte Vorkämpferin für Frauenrechte, Frau Strobl, die schon unter Dr. Lueger für die christlich sozialen Ideen eintrat, und Fräulein Schirmer ihren Platz.

An der Spitze der Freiheitlichen sitzen Bürgerschuldirektorin i. R. Marie Schwarz, die als eine der ersten die bürgerlichen Frauen organisierte und Anitta Müller, bekannt durch ihre menschenfreundlichen Schöpfungen für die Flüchtlinge und deren Kinder während der Kriegszeit.

Von den sozialdemokratischen weiblichen Gemeinderatsmitgliedern sind besonders bekannt Schriftstellerin Emmy Freundlich und die Herausgeberin der Arbeiterzeitung Adelheid Popp. Ersterer ist eine Kennerin der gesamten Kommunalpolitik, betätigt sich insbesondere in Ernährungs- und Kinderfürsorgefragen und ist bekannt als Mitglied der handelspolitischen Kommission und des Wohnungsfürsorgeausschusses durch ihre sachlichen Debatten. Frau Adelheid Popp ist in ihrer Partei geschätzt durch ihre zielbewusste Tätigkeit. Frau Proschek, Gewerkschaftssekretärin, ist eine sehr gewandte Rednerin, Frau Seidel bekannt durch ihre Tätigkeit in der Arbeiterkonsumgenossenschaft, und entfaltet ein hervorragendes Wirken in der Kinderfürsorge. Frau Proft ist Sekretärin der Sozialdemokratischen Frauenreichsorganisation, geschätzt als vorzügliche Versammlungsrednerin.

Die Gallerien sind überfüllt, das weibliche Element herrscht vor und auch von der Journalistengallerie haben die Damen bereits Besitz ergriffen, indem Mitarbeiterinnen von Tagesblättern zur Berichterstattung sich eingefunden haben.

Auch die Plätze des amtlichen Stenographenbureaus im Gemeinderatssitzungssaal weisen zum ersten Male eine Neuerung auf; am Tische der Amtsstenographen nehmen zum ersten Male zwei Stenographinnen Platz, die ersten weiblichen Mitglieder des amtlichen Stenographenbureaus, die im Saale selbst tätig sind.

Die neuen Gemeinderäte, Damen und Herren werden sowohl von den Kollegen ihrer Partei, als auch von jenen der anderen Parteien vielfach begrüßt. In Gemeinderatssitzungssaal selbst haben sich fast sämtliche Bezirksvorsteher und die Oberbeamten der Gemeinde eingefunden. Bald nach 5 Uhr erscheint Bürgermeister Dr. Weiskirchner, begrüßt einzelne Damen und Herren der verschiedenen Parteien und eröffnet sodann die Sitzung.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 3. Dezember 1918. Nr. 448.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 3. Dezember 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Nach Art. 10 des Gesetzes vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutsch-Oesterreich wird die Gemeindeahl-Ordnung noch durch die provisorische Nationalversammlung festgesetzt werden, die Neuwahl der Gemeindevertretungen erfolgt binnen 3 Monaten. Bis zur Neuwahl sind die bestehenden Gemeindevertretungen nach den Anweisungen des Staates durch eine angemessene Zahl von Vertretern der Arbeiterschaft zu ergänzen.

Leut Erlasses der n. ö. Landesregierung wurde die Zahl der Mitglieder des Wiener provisorischen Gemeinderates mit 165 festgesetzt und dessen Zusammensetzung aus 84 christlich-sozialen, 60 Sozialdemokraten, 19 Deutschfreiheitlichen und 2 Deutschnationalen genehmigt. Die genannten Parteien haben mir die Listen der von ihnen entsendeten Gemeinderäte überreicht und ich habe auf Grund derselben mir erlaubt, dem provisorischen Gemeinderat heute zu seiner konstituierenden Sitzung einzuberufen.

Indem ich als bisheriger Vorsitzender des Wiener Gemeinderates die Versammelten Herren und die Frauen auf das verbindlichste begrüße, gebe ich der Hoffnung Ausdruck, dass es uns vergönnt sein möge, in voller Eintracht und durch die Zusammenfassung aller Kräfte in den schweren Zeiten, in denen wir leben unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen die möglichste Hilfe und die möglichste Förderung in allen Belangen, die uns zutreffen, zu bringen, die eben zu erfüllen in unserem Wirkungskreis gelegen ist.

In diesem Sinne erkläre ich die konstituierende Sitzung des provisorischen Gemeinderates für eröffnet.

Als provisorischen Schriftführer erlaube ich mit die Gemeinderäte Philp, Dr. Scheu und Moissl zu berufen.

Unsere Aufgabe ist es nunmehr die von den Parteien vereinbarte Angelobung durchzuführen. Die Angelobungsformel lautet:

„Ich gelobe der Republik Deutsch-Oesterreichs und der freien Stadt Wien jederzeit die Treue zu halten.“

Hierauf geschieht die Angelobung durch Namensaufruf, den Schriftführer Gemeinderat Philp beginnt und Dr. Scheu und Moissl fortsetzen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Nachdem die Angelobung durchgeführt ist, kommen wir zum Gegenstand unserer heutigen Tagesordnung, das ist die Konstituierung des Gemeinderates durch die Wahl eines Bürgermeisters, dreier Vize-Bürgermeister, von 7 Schriftführern und 30 Mitgliedern des Stadtrates. Zu diesem Gegenstande hat sich Herr Kollege Regierungsrat Schmid zum Wort gemeldet und ich erteile ihm dasselbe.

Reg.-Rat GR. Schmid: Im Einvernehmen mit den Parteien erlaube ich mir folgenden Wahlvorschlag zu erstatten: Als Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, für die Vize-Bürgermeisterstellen Franz Hoß, Josef Rain und K. Jakob Reumann, zu Schriftführern: Josef Leitner, Alois Moissl, Georg Philp, Karl Richter, Dr. Gustav Scheu, Franz Stangelberger und Wilhelm Zimmermann, und in den Stadtrat die Herren: Karl Angermayer, Johann Breuer, Anton David, Friedrich Dechant, Georg Enner-

ling, Dr. Moriz Franz Haas, Dr. Oskar Hein, Johann Heindl, Josef Hellmann, Franz Hötzel, Oswald Hohensinner, Karl Jung, Dr. Viktor Kienböck, Johann Knoll, Johann Körber, Edmund Melcher, Josef Müller, Karl Pick, Paul Richter, Ing. Henrich Schmid, Hans Schneider, Hans Arnold Schwer, Franz Siegel, Ferdinand Skaret, Franz Spalowsky, Leopold Tomola, Karl Vaugoin, Anton Weber, Karl Weigl, Winter Max. ~~Im~~

Im Einvernehmen mit allen Gemeinderatsparteien beantrage ich weiters, daß nicht einzeln gewählt wird, sondern dass über die ganze Liste nicht wie in Statut bestimmt ist, durch Stimmzettel sondern durch Zuruf abgestimmt wird.

Bürgerstr. Dr. Weiskirchner: Es wird der Antrag gestellt, dass die Wahlen durch Zuruf bestätigt werden. Wer gegen diesen Vorschlag eine Äm. Einwendung erhebt, möge die Hand erheben. Gegenprobe. Es ist nicht der Fall.

Ich bitte nun diejenigen Damen und Herren, welche, die von Herrn Kollegen Schmid vorgeschlagene Liste der Wahl des Bürgermeisters, der drei Vize-Bürgermeister, der 7 Schriftführer und der 30 Stadträte, annehmen wollen, die Hand zu erheben. (geschwiegen)

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich erkläre die Wahl als einstimmig zogen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich nehme die auf mich gefallene Wahl dankbar an und werde im Alter Frau zu meiner Vaterstadt meine ganzen Kräfte in den Dienst des provisorischen Gemeinderates stellen, die Sitzungen objektiv leiten und in der Mitarbeiterschaft aller Kollegen im Präsidium und Stadtrat ohne Unterschied der Partei gewärtig, weil es unsere heiligste Pflicht ist, die Gemeindeverwaltung jetzt in diesen schweren Zeiten durch die Wogen, die uns umtoben, zu führen. (Lebhafter Beifall).

Dr. Reumann gibt folgende Erklärung ab: In einer Zeit beispielloser Umwälzungen betreten wir sozialdemokratische Frauen und Männer in einer Anzahl, die der früheren Stärke unserer Partei entsprechen mag, diesen Saal. So vollzieht sich eine geschichtliche Notwendigkeit.

Der fluchwürdige Krieg, den eine verbrecherische Diplomatie heraufbeschworen hat, die nicht ihr Leben, sondern Leben und Gesundheit des besten Teiles der Bevölkerung einsetzte. Der Krieg, der dynastischen und imperialistischen Zwecken diene und von den bürgerlichen Parteien aller Richtungen als eine erlösende Tat mit heller Begeisterung begrüßt wurde, endete mit dem Zusammenbruch des alten Reiches und mit der Zertrümmerung aller Privilegien, auch der Wahlprivilegien. Die Herrschaft in diesem Saale war immer auf der Entrechtung der besitzlosen Klassen aufgebaut, die Verwaltung der Millionenstadt war stets auf dem Vorrecht kleiner Schichten bürgerlicher Kreise begründet sowohl in der Zeit der Liberalen, als auch in der Zeit der Christlichsozialen. Die Spottgeburt der allgemeinen Kurie, dieses Scheinrecht hat den Wahlrechtsraub nicht erträglich gemacht.

Die neu eintretenden Gemeinderäte, die noch immer eine Minderheit bilden, sind sich bewusst, dass ihrer eine schwere Aufgabe harret. Unser Vorsatz ist, treu unseren Programmen die Ausgebeuteten, die Arbeiter und Angestellten, die proletarischen und im Kriege proletarisierten Schichten der Bevölkerung zu vertreten, die den Reichtum und die

Gr. Sedlak: Wir sind unvorbereitet in diesen Saal getreten denn man hat es <sup>nicht</sup> für gut befunden, uns zu den Vorverhandlungen einzuladen. So wussten wir auch nicht, dass heute mit Erklärungen in diesem Saale begonnen wird. Trotzdem will ich nicht auf das Wort verzichten und einiges anführen. Wir haben uns ohne Rückhalt zu der demokratischen Republik erkannt. Wir haben die Angelobung hier geleistet und erklären ohne Rückhalt, das halten zu wollen, was wir gelobt haben. Wir erwarten aber auch, dass die Demokratisierung, die wir begrüßen, nicht zur Internationalisierung und zur Entnationalisierung führt. Wir erklären aber auch, dass der deutsche Charakter vorbehalten werden muss, wir sehen in dem nationalen Charakter mehr, als man mit dem Wort „deutsch“ ausdrückt. Wir erklären, dass wir mit Entschiedenheit an dem Standpunkte stehen, dass was früher von der Reichshaupt- und Residenzstadt verlangt wurde, jetzt in erhöhtem Masse von der Hauptstadt der Republik Deutsch-Oesterreich verlangt werden muss.

Gr. Stein: Auch ich begrüße, dass die Vertreter der Arbeiterschaft in grosser Anzahl eingezogen sind, und damit die Demokratisierung des Gemeinderates in die Wege geleitet ist. Ebenso begrüße ich die Mitarbeiterschaft der Frauen, die hierher gerufen wurden, als Belohnung für ihr glänzendes Verhalten während des Krieges. Wir sind im Sinne der demokratischen Republik zu arbeiten, sind aber gegen eine Abschaffung an privaten Gut, weil dies gegen unsere Anschauung geht. Auch ist im Zeitalter der demokratischen Republik es Erfordernis, dass bei den Wahlen ein System eingeführt wird, welches die bürgerlichen Klassen nicht an die Wand drückt. Im übrigen sind wir im grossen und ganzen einverstanden mit den Erklärungen, die von den verschiedenen Seiten abgegeben wurden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Nachdem alle Parteien ihre Erklärungen abgegeben haben, kann ich zum Schlusse der Sitzung schreiten. Ich erbitte mir aber von der Versammlung noch folgende 3 Ermächtigungen: Das Gemeindestatut ist auch weiterhin in Geltung, insoferne nicht einzelne Bestimmungen durch Beschlüsse der Nationalversammlung abgeändert erscheinen. Wo dies der Fall ist, wird das Gemeindestatut, wenn der Gemeinderat zustimmt, sinngemäss in Anwendung auf die neuen Verhältnisse finden. Ebenso erbitte ich mir die Zustimmung für die sinngemässe Anwendung der zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 19-Juni 1900 genehmigten Geschäftsordnung für den Gemeinderat und für die Weitergeltung der Bestimmungen der zuletzt mit dem Gemeinderatsbeschlusse vom 9-Juli s-c. geregelten Gebühren für den Bürgermeister die Vizebürgermeister, die Stadträte Bezirksvorsteher, Bezirksvorsteher-Stellvertreter und Gemeinderäte.

Diese Ermächtigungen werden ohne Einwendung erteilt.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Mit dem Ausdrucke des Dankes schliesse ich die erste Sitzung des provisorischen Gemeinderates.

.....

Sehr geehrter Herr Kollega!

Bürgermeister Dr. Weiskirchner lässt die Herren bitten, Donnerstag  $\frac{1}{2}$  4 Uhr nachmittags im Stadtratssitzungs saale zu erscheinen um Aufklärungen über die Gründe der Kohlennot und den gegenwärtigen Stand derselben entgegen zunehmen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Janny Michlew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 4. Dezember 1918. Nr. 449.

Ans dem Stadtrate. Der neugewählte Stadtrat trat heute vormittags unter dem Vorsitz des Bürgermeisters zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Bürgermeister begrüßte die neu in den Stadtrat entsendeten Mitglieder auf das herzlichste und betonte, dass der Stadtrat immer eine Stätte ernster Arbeit ~~Arbeit~~ gewesen sei. In den gegenwärtigen schweren Zeiten habe diese Körperschaft besonders verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen.

Ueber Antrag des Bürgermeisters wurde sodann beschlossen, in der nächsten Gemeinderatsitzung die Einsetzung des Heimats- und Bürgerrechtsausschusses, des Wahlreformausschusses und des Bauordnungsausschusses nach demselben Schlüssel, nach dem die Zusammensetzung des Gemeinderates erfolgte, vorzuschlagen.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 4. Dezember 1918. Nr. 450.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der heutigen Stadtratssitzung wurde ein Bericht des Direktors des städtischen Gesundheitsamtes Oberstadtpfysikus Dr. Böhm über die Gesundheitsverhältnisse in der Zeit vom 27./11. bis 3. d.M. zur Verlesung gebracht, wonach in den letzten 3 Wochen der Krankenstand infolge der Zunahme der Grippe allmählich wieder grösser geworden ist und auch die Sterblichkeit wesentlich zugenommen hat. Die Todesfälle nach Grippe sind von 151 auf 227, die nach Lungenentzündungen von 188 auf 206 gestiegen. Die übrigen Infektionskrankheiten weisen normale Verhältnisse auf; auch die Ruhr war in der Zivilbevölkerung in starker Abnahme begriffen. Dagegen hat sich die Zahl der Ruhrerkrankungen beim Militär infolge der Heimkehrer von 7 Fällen auf 49 in einer Woche erhöht. Die Heimkehrer haben auch auf den Stand des Flecktyphus ungünstig eingewirkt. Im Monat November sind 15 Zivilpersonen und neun Militärpersonen an Flecktyphus erkrankt, davon ein Teil der Zivilpersonen infolge Besuches von Militärpersonen, welche von der Front, aus Galizien und aus der Gefangenschaft zurückgekehrt sind.

Fahrverbot in der Tauhstummengasse. Laut Kundmachung des Magistrates ist dem Schwerfuhrwerk die Durchfahrt durch die Tauhstummengasse im 4. Bezirk in der Richtung von der Favoritenstrasse gegen die Alleegasse verboten. Dieses Fuhrwerk verkehrt aber in grosser Anzahl in der umgekehrten, nicht untersagten Richtung; hierzu kommen noch die zahlreichen in der Kriegszeit entstandenen Lastkraftwagen. Durch diesen Verkehr werden in der ohnehin engen Gasse derartige Erschütterungen verursacht, dass die Amtstätigkeit der hier befindlichen öffentlichen Aemter und Behörden (Polizeikommissariat, Hauptpostamt, Wieden, Direktion der städtischen Strassenbahnen) aufs empfindlichste beeinträchtigt wird. Der Magistrat sieht sich daher auf Grund von Beschwerden dieser Aemter, deren klagloser Geschäftsbetrieb im öffentlichen Interesse gelegen ist, veranlasst, unter Aufhebung des oben angeführten Verbotes die Durchfahrt durch die Tauhstummengasse überhaupt - also in beiden Richtungen

für Schwerfuhrwerk und Lastkraftwagen zu untersagen. Als Ersatzweg für die abgesperrte Gasse käme die Gusshausstrasse die bereits mit Holzstöckelpflaster versehen ist, in Betracht.

Eine Aktion zur Heimbeförderung von Kriegsgefangenen. Meldungen ungarischer Blätter bestätigen die Tatsache, dass ein Verkehr mit unseren Kriegsgefangenen in Russland schon seit nahezu einem Jahre völlig unterbunden ist, da auch unsere Hilfsoffiziere und Kurier, die mit den erforderlichen Geldsummen die sibirischen Kriegsgefangenenlager aufsuchen sollten entweder selbst in Gefangenschaft gerieten oder was noch schlimmer ist, einfach niedergemacht wurden. Es konnte nur soviel in Erfahrung gebracht werden, dass unsere Kriegsgefangenen in Sibirien sich noch in Lagern befinden sie von Anhängern Kerenski's bewacht werden, während die europäischen Gefangenenlager aufgelöst wurden, so dass an der polnisch ukrainischen Grenze mehrere Hunderttausend Gefangene der Heimbeförderung harren. Der dänische Gesandte in Petersburg hat sich nun bereit erklärt, die Vertretung ungarischer Staatsangehöriger zu übernehmen, da er infolge der Auflösung der ehemaligen österr. ung. Monarchie nicht mehr in der Lage sei, die Gesamtinteressen zu vertreten. Da nun in den verschiedenen Kriegsgefangenenlagern Gefangene aller Nationen durcheinandergemischt sind, beabsichtigt die ungarische Regierung ein gemeinschaftliches Vorgehen aller Staaten der ehemaligen Monarchie zu erzielen und schlägt vor, zwei gemeinschaftliche Kommissionen zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen zu entsenden und zwar eine über die Ukraine nach dem europäischen Russland, die andere über Amerika und Vladivostok nach Sibirien. Mit dieser Frage wird sich eine Gesandtenkonferenz beschäftigen, die in Wien zusammentritt.

Holz aus dem Lainzer Tiergarten. Im Hinblick auf die von Tag zu Tag sich steigende Not an Brennstoffen hat sich der Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor kurzem an den Staatsnotar Dr. Sylvester mit der Bitte gewendet, unter den noch näher festzusetzenden Bedingungen das Einsammeln von Klaubholz im Lainzer Tiergarten durch die arme Bevölkerung zu gestatten und weiters eine entsprechende Durchforstung der Waldbestände des Tiergartens zur Holzgewinnung in die Wege zu leiten; ferner hat der Bürgermeister den Staatsnotar um Ueberlassung des im Tiergarten lagernden bereits aufgearbeiteten Holzes an die Gemeinde Wien ersucht und schliesslich auf die Notwendigkeit eines stärkeren Wildabschlusses im Tiergarten im Interesse der Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Fleisch aufmerksam gemacht. Dr. Sylvester hat gelegentlich einer am gestrigen Tage erfolgten Besprechung das grösstmögliche Entgegenkommen gegenüber diesen Wünschen in Aussicht gestellt.

Vizebürgermeister Reumann hat heute mittags seine Stelle als Vizebürgermeister der Stadt Wien angetreten und amtiert im Büro des gewesenen 1. Vizebürgermeisters Hierhammer. - Magistratsdirektor Pawelka mit den Spitzen der städtischen Aemter und Obermagistratsrat Formanek mit den Herrn des Präsidialbüros stellten sich dem neuen Vizebürgermeister korporativ vor.

Schönheit ihrer Vaterstadt nähren und dabei in ihren Mauern die Aermsten sind. Den Wierern, die auf uns hoffen, ist bewusst, dass unser Werk nicht über Nacht vollbracht werden kann. Was in Jahrzehnten gesündigt wurde, kann nicht in wenigen Wochen und Monaten wieder gutgemacht werden. Die Einrichtungen der Stadt sind nicht mit einem Schlage so umzuwandeln, wie es den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Es wird zäher und langwieriger Arbeit bedürfen, jene Wandlung der Dinge und des Geistes zu bewirken welche Wien zu einer Stadt macht, die ihre Pflicht an den Bewohnern gegenüber voll erfüllt und den ihr gebührenden Rang unter den Grosstädten Europas zu behaupten weiss. Der Zerfall Oesterreichs wird nicht ohne Einfluss auf die Grösse und Leistungsfähigkeit der Stadt Wien bleiben. Die Stadt ist mit einer Schuldenlast beschwert, die nur getragen werden kann, wenn die bisherige Leistungsfähigkeit aufrecht erhalten, ja gesteigert und wenn auch durch eine Reform des Steuerwesens eine entsprechende Aufteilung der Lasten vorgenommen wird. Mit vollem Recht lehnen wir Sozialdemokraten jede Verantwortung für die Folgen einer

Die Hauptaufgabe der provisorischen Gemeindevertretung ist, die Schaffung der Wahlreform, damit das Volk von Wien die Männer und auch die Frauen, für deren Rechte wir in diesem Saale so oft unter dem Hohngelächter der christlich sozialen Partei gestritten haben, ehestens in die Lage kommen sein Urteil zu sprechen und die Stadtverwaltung nach seinen Fällungen zu führen. Verwaltung ab, an der wir keinen Anteil hatten.

Nichts destoweniger wird die sozialdemokratische Vertretung in der Gemeinde mitwirken, den drohenden wirtschaftlichen Niedergang der Stadt Wiedurch geeignete Massnahmen entgegenzuarbeiten. Die Beschaffung von Arbeit zur Verhinderung der Massenabwanderung der Arbeiterschaft, die Sicherung des Bestandes der Industrie und des Handels, wobei der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion der Weg weit zu öffnen ist, werden zu diesen Aufgaben gehören. Die Schule muss die volle Lehrfreiheit erhalten, die es möglich macht, dass eine Jugend herangezogen wird, die ihren Aufgaben als Bürger des republikanischen Staatsgebildes gerecht wird. Keine Stunde länger dürfen die Schulen der Tummelplatz monarchistischer Umtriebe bleiben. Wir sind es der Bevölkerung der Republik schuldig den wirklich freien Schulunterricht möglich zu machen, den Schulkindern die Anteilnahme an dem Unterrichte gleichmässig durch die unentgeltliche Beistellung der Lehrmittel zu sichern und damit eine alte sozialdemokratische Forderung zu erfüllen. Um der Volksgesundheit zu dienen, muss der Schulhygiene alle Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Unter den zunächst an die Gemeinde heranretenden Aufgaben, nehmen die der Approvisionnement, der Wohnungs- und Jugendfürsorge einen breiten Raum ein. Schon während des Provisoriums müssen die Arbeiten zur Lösung dieser grossen Aufgaben in Angriff genommen werden.

Der sozialen Pflichten der Gemeinde Wien gegenüber ihren Angestellten und Arbeitern sind sich die Sozialdemokraten wohl bewusst. Sie werden deren berechnete An-

sprüche stets vertreten. Die Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Wien, deren Koalitionsrecht nicht eingeschränkt werden darf, haben infolge der politischen Neugestaltung in Deutschösterreich neue Pflichten zu erfüllen. Wir hegen die Hoffnung, dass diese neuen Aufgaben so gelöst werden, wie es den Interessen der bisher vernachlässigten Bevölkerungskreise entspricht.

In der Fürsorge für Hilfsbedürftige müssen einschneidende Reformen getroffen werden.

Diese Worte lösen lebhaften Widerspruch in den Reihen der Christlichsozialen aus. Gr. Kunschak ruft: Er glaubt wir sind im Arbeiterheim.

Gr. Reumann Meine Herren Christlichsozialen, schämen Sie sich daran, dass erst heute Frauen im Gemeinderat sitzen.

Gr. Reumann fährt dann fort. Nun noch ein Wort an die Klassengenossen in den anderen Ländern.

Der Krieg, den unsere Herrschenden heraufbeschworen haben und gegen den wir Sozialdemokraten allein mit allen Kräften angekämpft haben, hat das arbeitende Volk in die grösste Not gestürzt. Das arbeitende Volk hungert, es droht die Vernichtung der breiten. Die Fortsetzung der Blockade bringt keine Nachteile für die alten Machthaber mehr, sondern nur Siechtum für die Bevölkerung, sie bedeutet qualvolles Hinsterven unserer Jugend. Es kann nicht der Wille der Arbeiter der Ententeländer sein, ihre Klassengenossen in eine Lage der Verzweiflung zu bringen, in der die junge demokratische Republik, die zur sozialistischen Republik werden soll, leidet. Sie werden gewiss im Interesse der proletarischen Klassensolidarität tun, was in ihrer Macht steht, um das Volk in Deutschösterreich, das sich von seinen militärischen Herrschern befreit hat, nicht untergehen zu lassen.

Auf jeglichem Boden muss die Arbeiterklasse ihre Kämpfe führen. Auch unsere Wirksamkeit in der Gemeinde, in der wir wohnen, arbeiten und leben müssen, in der unsere Kinder aufwachsen und unsere Greise ihre Tage verbringen, dient indem sie den Sorgen des Tages gilt, zugleich auch den letzten und höchsten Zielen des Sozialismus. Des grossen Zusammenhangs unserer Tätigkeit hier mit den weltumwälzenden Vorgängen draussen uns bewusst, gehen wir an die Arbeit.

Str. Schmid: gib namens des Bürgerklubs folgende Erklärung ab: Die christlichsoziale Partei des Wiener Gemeinderates anerkennt vorbehaltlos die republikanische Staatsform. Sie will ein freies demokratisches Deutsch-Oesterreich mit einer Regierung, in welcher alle Parteien vertreten sind, so dass jede einseitige Parteidiktatur ausgeschlossen erscheint. (Beifall bei den christlichsozialen). Die Christlichsoziale Partei anerkennt die Notwendigkeit der Demokratisierung auch bezüglich der Gemeindevertretungen und hat im Hinblick darauf anlässlich der Bildung des provisorischen Gemeinderates die grössten Opfer gebracht. (Rufe: Sehr richtig!) Sie tritt für das allgemeine gleiche direkte und geheime Proportionalwahlrecht beider Geschlechter ein, verlangt aber unbedingte Freiheit der Wahlen (lebhaftes Zustimmung bei den

Christlich Sozialen, Gegenrufe bei den Sozialdemokraten), daher ausreichende geschützt gegen jedwede Störung der Versammlungs- und Wahlfreiheit (Neuerliche Beifall bei den Christlichsozialen). sie verlangt von der Regierung die unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, sie fordert, dass die Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kohle und allen übrigen notwendigen Bedarfsartikeln ausreichend versorgt und dass die Gemeindeverwaltung in der freien Beschaffung der Lebensmittel in keiner Weise behindert werde. (Bravo!) Die Christlichsoziale Partei fordert nachdrücklich, dass die republikanische Regierung und die Nationalversammlung die Interessen der Hauptstadt Wien mit allen Kräften fördere, umso mehr als Wien durch die Regierungen des alten Oesterreichs unverantwortlicher Weise vernachlässigt worden ist. (Rufe: Sehr richtig!) Die christlichsoziale Partei hat durch 22 Jahre Wien verwaltet .....

GR. Neustadt: Leider! (Gegenrufe bei den Christlichsozialen: Aber Herr Neustadt, sie haben das notwendig!)

Str. Schmid: ..... und Werke geschaffen, welche unserer Vaterstadt dauernd zur Ehre und zum Vorteil gereichen werden, Sie hat mit warmen sozialen Empfinden sich um die Armen und Jugendfürsorge bemüht und war stets bestrebt, die Lage der Angestellten zu verbessern, aber auch den breiten Schichten des Mittelstandes und der Arbeiterstadt zu helfen; sie wird auch weiter eifrig bemüht sein, im gleichen Sinne zu wirken. Insbesondere wird sie sich in Verfolgung der von ihr bereits in die Wege geleiteten grosszügigen Aktion bestreben, dem Wohle der Kriegsinvaliden zu dienen, (Bravo!) den Heimkehrenden Kriegern Arbeit und Verdienst zu verschaffen (Bravo) und der Wohnungsnot zu steuern. Sie wird stetig dahin wirken, dass die Stadt Wien die schweren Bedrängnisse, die ihr der Krieg auferlegt hat, überwinde, dass sie weder in kultureller, noch in wirtschaftlicher Hinsicht einen Rückgang erleide, vielmehr in ihrer Entwicklung ungehemmt fortschreite. Der Bürgerklub wird in wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Fragen ein Einvernehmen mit den übrigen Gemeinderatsparteien herbeizuführen suchen, da nur in gemeinschaftlicher Arbeit aller Parteien eine für die Bevölkerung gedeihliche Lösung dieser Fragen gewährleistet erscheint. Im übrigen hält der Bürgerklub treu an christlich sozialen Parteiprogramm fest und steht untentwegt auf dem Boden christlicher Weltanschauung. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Dr. Hein: Ich hatte nicht die Absicht eine Erklärung abzugeben. Nachdem dies aber seitens der anderen Parteien geschehen ist, will ich namens meines Verbandes erklären, dass wir die Demokratisierung des Wiener Gemeinderates mit Freuden begrüßen. Wir begrüßen es, dass die industrielle Arbeiterschaft, mit deren Vertretung wir gemeinsam so manchen schweren Kampf in diesem Saale durchgeführt haben, eine erhöhte, ihrer Bedeutung und Zahl entsprechende Vertretung erlangt hat. Wir begrüßen es, dass mit dem heutigen Tage die Frauen Wiens Sitz und Stimme

in diesem Saale erlangt haben, nachdem sie so schwere Arbeit in der Kriegsfürsorge geleistet haben. Wir begrüßen dies weil damit auch ein Punkt unseres Programmes erfüllt ist. Wir begrüßen die Tatsache, dass die einseitige Parteiherrschaft der christlichsozialen Partei mit dem heutigen Tage gebrochen wurde, wir erklären aber gleichzeitig von unserem Standpunkte als bürgerliche Gemeindeglieder, dass wir dafür eine Ausgleichung der wirtschaftlichen Gegensätze wirken werden, dass wir aber den Klassenkampf und irgend eine Klassenvorherrschaft bekämpfen. Wir wünschen, dass dieser Körperschaft, deren Aufgaben vorwiegend wirtschaftliche sind, die Partei Gegensatz nach Möglichkeit zurück treten und dass gemeinsames Interesse der gesamten Bevölkerung gearbeitet wird. (Bravo!) Wir sind uns der schweren Aufgaben bewusst welche die Wiener Gemeindevertretung nicht nur im gegenwärtigen Augenblick, sondern auch angesichts der gesamten Situation erwarten. Nur durch einträchtiges Zusammenwirken vorbehaltlich der politischen Anschauungen der einzelnen Parteien kann die Not dieser schweren Stunde, wenn überhaupt überwunden werden. Es sind auswärtige Journalisten gegenwärtig in Wien. Wir möchten an Sie den Appell richten, dass sie den feindlichen Staaten Bericht erstatten möchten über die Not der Wiener Bevölkerung über den Heroismus, mit dem die Wiener Bevölkerung dieses schwere Not erträgt. Dass sie Bericht erstatten mögen, dass die Wiener Bevölkerung dem Hunger und der Kälte zu erliegen droht; dass sie dem Präsidenten Wilson, der die schönen Grundsätze vom Völkerbund und Völkerfrieden proklamiert hat, die in Wien begeisterten Anklang gefunden haben über diese Situation berichten mögen; dass sie dem freien England, dem Musterland der konstitutionellen Bürgerfreiheit Bericht erstatten mögen, dem Frankreich, von dem die Erklärung der Menschenrechte ausging, Bericht erstatten und die Hilfe anrufen mögen für die Wiener Bevölkerung welche es wahrlich verdient, dass ihr Hilfe zuteil wird auch von den feindlichen Ländern. Wien kann mit Stolz von sich sagen, dass auch zur Zeit der grössten Kriegebetzte keinem Ausländer hier ein Leid geschehen ist. Ich muss mich von meiner Partei aus verwahren, dass wir den Krieg mit Begeisterung begrüsst haben. Wir haben schon seinerzeit gegen die Politik Stellung genommen, welche gegenüber den Balkanstaaten geübt wurde und welche mit zu dem Kriege geführt hat: Ich will auf die einzelnen Erklärungen der Partei .....

Bürgermeister Dr. Weiskirchner Bitte keine Polemik, sondern nur eine Erklärung.

Gr. Dr. Hein fortfahrend: Ich will betonen, dass wir als bürgerliche Partei, als freiheitlich-demokratische Vertreter für die Interessen der Gesamtheit eintreten, wie bisher. Lassen Sie mich mit dem Wunsche schliessen, dass wir auf dem Boden der demokratischen Republik Deutsch-Oesterreichs unter Aufrechterhaltung unserer politischen Meinungsverschiedenheiten durch Eintracht zusammenwirken, damit die schwere Stunde überwunden wird, und dass es ungelängt, ein freies, demokratisches Gemeinwesen im sozialen Geiste zu errichten und dass wo das Alte stürzt, neues Leben auf den Ruinen des alten Oesterreichs zustande zu bringen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michew.*  
Wien. 1., Neues Rathaus.

3. Ausgabe.  
=====

21. Jahrgang. Wien, Mittoch, 4. Dezember 1918. N<sup>o</sup> 451.

-----

Weitere Beschränkungen der Gas- und Stromlieferung. Seit vielen Wochen sind die städt. Gas- und Elektrizitätswerke von ihren Kohlenbezugsorten durch die Tschecho-Slowaken abgeschnitten. Die unausgesetzten Bemühungen der Staatsämter und der Wiener Gemeindeverwaltung um die Versorgung der Werke mit Kohle sind erfolglos geblieben. Von den slavischen Machthabern gegebene Versprechungen und Zusagen wurden bisher nicht gehalten. Die Licht, Kraft und Wärme erzeugenden städtischen Werke zehren seit langem nur von ihren zur Neige gehenden Vorräten. Durch die verschärfte Handhabung der bestehenden Vorschriften über die Einschränkung des Verbrauches von Gas und Strom ist es wohl möglich gewesen, den Kohlenverbrauch der Werke zu vermindern. Der Zeitpunkt der gänzlichen Betriebseinstellung konnte dadurch nur um ein Geringes hinausgeschoben werden. Sollen die Werke nicht schon binnen wenigen Tagen vollständig zum Stillstande kommen, so muss die Gas- und Stromlieferung noch weiter aufs Aeusserste beschränkt werden. Dieser unbedingten Notwendigkeit trägt die morgen (am 5.) in kraft tretende neue Vollzugsanweisung der Landesregierung Rechnung. Die Festsetzung des Tageshöchstverbrauches mit 1 m<sup>3</sup> Gas für den Haushalt, die Herabsetzung des zulässigen Stromverbrauches zur Wohnungsbeleuchtung um weitere 50 % sind Massnahmen, die weite Kreise der Bevölkerung auf das Empfindlichste treffen. Demgegenüber erscheinen die verfügte gänzliche Sperrung der Theater, Kinos, Varietes und Vortragssäle und die Sperrung der Gast- und Kaffehäuser um 9 Uhr Abends als weitaus geringere, im öffentlichen Interesse unerlässliche Opfer. Die Gewährung irgendwelcher Ausnahmen ( bei Erkrankungen, Mangel an anderen Heizstoffen etc ) schliesst die neue Verordnung ausdrücklich aus. Die Nichtbeachtung ihrer Vorschriften hat neben empfindlichen Geld- und Arreststrafen die sofortige Sperrung der Gas- oder Stromlieferung zur Folge. Zur Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen ist eine Organisation geschaffen, die es ermöglicht, schon wenige Tage nach Inkrafttreten der Verordnung Uebertretungen festzustellen und die Absperrungen durchzuführen. Es wird selbstverständlich auch weiter nichts unversucht gelassen, die die Kohlenversorgung der beiden Werke hindernden Gewalten zur Aufgabe ihrer Haltung zu bestimmen. Sollte dies nicht gelingen, so wäre schon in wenigen Tagen die gänzliche Einstellung der Lieferung von Gas und Strom unvermeidlich. Nur rasche, bedeutende Kohlenzuschübe und eine gewissenhafte Befolgung der neuen Verordnung können die Bevölkerung Wiens davor bewahren.

-----

Löbliche Redaktion !

In der ersten Notiz der 1. Ausgabe über den Stadtrat ist im 2. Absatz einzufügen, dass auch die Einsetzung des  
Wohnungsfürsorgeausschusses  
beschlossen wurde.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jonny Michlew.*  
Wien. 1. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 5. Dezember 1918. Nr. 452.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Volks-ernährungsamtes wird in der 83. Woche an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für jeden Kopf 12½ dkg Wohlfahrtsfleisch zum Preise von 60 h gegen Abtrennung der Abschnitte 17 und 18 in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier an folgenden Tagen abgegeben werden: Dienstag, 10. d.M. A bis F, Donnerstag, 12. G bis K, Samstag, 14. L bis R und Sonntag, 15. d.M. S bis Z.

Der Stadtrat über die Hauskrankenpflege. In der heutigen Stadtratsitzung wurde dem Zentralverein für Hauskrankenpflege eine Subvention von 20.000 Kronen bewilligt. Bei dieser Gelegenheit betonte VB. Reumann den Zusammenhang zwischen Spitals- und Hauskrankenpflege insoferne, als viele schwerkranke Personen infolge Platzmangels in Spitälern in ihren Wohnungen gepflegt werden müssen. Er wünsche, dass wegen Organisation dieses Dienstes dem Stadtrate ein Bericht vorgelegt werde. Vorsitzender VB. Hoss erwidert, dass gelegentlich der Regelung der Verhältnisse bezw. des Krankenanstaltsfonds auch zur Frage der Hauskrankenpflege Stellung genommen werden wird.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 5. Dezember 1918. Nr. 453.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoss den Titel Obermagistratsrat Dr. Viktor Winkler zum wirklichen Obermagistratsrat, Richard Lenicek zum Rechnungsrat und Gustav Freyer zum Kanzlisten ernannt. Ferner wurde Felix Battacher zum Stadtgärtner 1. Klasse und Alois Christof zum Stadtgärtner 2. Klasse ernannt.

Pensionierungen. Dem Ansuchen des Magistratsrates Dr. Karl Solterer und des Magistratsoberkommissärs Dr. Waldemar Hanausek um Versetzung in den bleibenden Ruhestand wird nach einem Antrage des VB. Hoss Folge gegeben.

Bund der deutschen Städte. Nach einem Antrage des VB. Hoss wird dem Bund der deutschen Städte Oesterreichs als Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1918 ein Betrag von 7500 K überwiesen.

Ausgabe neuer Einkaufscheine für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch. Vom Montag, 9. d.M. angefangen gelangen bei den zuständigen Brotkommissionen bezw. für Haushalte über 14 Personen bei den zuständigen Konsektionsamts Abteilungen neue Einkaufscheine für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch zur Ausgabe. Ausgabezeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. Die derzeit gültigen Einkaufscheine sind mitzubringen. Dieselben werden nach Einsichtnahme zurückgestellt und bleiben weiterhin für den Fleischbezug in Kraft. Besitzer weisser Einkaufscheine für Rindfleisch, deren Einkaufscheine durch Abstempelung der linken Zahlenabschnitte als zu den Mindestbemittelten gehörig gekennzeichnet sind, können hiebei erklären, dass sie wieder

Wohlfahrtsfleisch zu beziehen wünschen, in welchem Falle sie die entsprechenden neuen rosa Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch erhalten. Die Umänderung von rosa Einkaufscheinen für Wohlfahrtsfleisch in solche für Rindfleisch ist nach Anordnung des Staatsamtes für Volksernährung nicht statthaft. Nach Erhalt der neuen Einkaufscheine für Rindfleisch sind die Besitzer verpflichtet, sich innerhalb von zwei Tagen in die Kundenliste des bisherigen Rindfleischverläufers eintragen zu lassen. Eine Aenderung der bisherigen Rindfleisch - Einkaufsstelle ist nur in folgenden Ausnahmen gestattet: 1. Beim Uebertritt von einem Einheitsfleischverkäufer zu einem Extremfleischverkäufer. Die wohlhabenden Bevölkerungskreise, welche Einheitsfleisch beziehen, werden neuerlich aufgefordert, sich bei einem Extremfleischverkäufer in die Kundenliste eintragen zu lassen, widrigenfalls das Staatsamt für Volksernährung Zwangsrayonierungen vornehmen würde. 2. Beim Uebertritt von einem Extremfleischverkäufer zu einer neu errichteten befugten Extremfleischverkaufsstelle eines Heimkehrers. 3. Beim Uebertritte von einem Einheitsfleischverkäufer zu einer neu errichteten befugten Einheitsfleischverkaufsstelle eines Heimkehrers. Die Eintragung der rosa Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch findet bei den zuständigen Abgabestellen in der bisher üblichen Weise statt.

Die Ausgabe der neuen Fleischeinkaufscheine findet statt für Haushalte und Einzelpersonen mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens A bis E am 9. d.M., F bis H am 10., J bis L am 11., M bis Q am 12., R, S und Sch am 13. und St, T bis Z am 14. d.M.

Die Aufzüge im Rathaus. In der heutigen Sitzung des Stadtrates teilte der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, dass von den 3 Aufzügen im Rathause zwei mit hydraulischer Kraft betrieben werden, so dass nur der mit elektrischer Kraft betriebene Pater noster Aufzug eingestellt werden musste. Es werden also die behördlichen Vorschriften über den Betrieb von Aufzügen vollständig eingehalten.

Das Gemeindegasthaus in Unter-Themenau. Das Brauhaus der Stadt Wien hatte seinerzeit das Gemeindegasthaus in Unter-Themenau gepachtet. Der Termin läuft Ende Februar 1919 ab, eine Weiterverpachtung kommt nicht in Betracht, da die Gemeinde-Vorstehung aufgelöst ist und die Geschäfte vom tschechoslovakischen Nationalrat übernommen worden sind. Nach einem Antrage des VB. Rain beschloss der Stadtrat, das dort befindliche Inventar dem früheren Bürgermeister von Unter-Themenau zu verkaufen.

Vorsorge für Säuglingswäsche. Nach einem Berichte des StR. Pick beschloss heute der Stadtrat für den Ankauf von Baumwollstoffen für Säuglingswäsche von der Baumwollzentrale durch das städtische Jugendamt den Betrag von 40.000 Kronen zu bewilligen.



3. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, 5. Dezember 1918. Nr. 454.

Einschränkungen im Strassenbahnverkehr.

Im Stadtrate wurde heute die katastrophale Kohlennot und deren Folgen für die städtischen Betriebe, insbesondere das Elektrizitätswerk besprochen. Der Beratung waren der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Ingenieur Karel, Obermagistratsrat Müller, und Inspektor Lerchenfelder der städtischen Strassenbahnen zugezogen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner schilderte in grossen Zügen die gegenwärtigen ausserordentlich traurigen Verhältnisse, die zu der heute verlautbarten Verfügung des Staatsrates bezüglich der Sparmassnahmen geführt haben. Er sprach sein Befremden darüber aus, dass der Staatsrat nicht auch gleichzeitig Verfügungen bezüglich des Strassenbahnverkehrs getroffen habe, und die Verantwortung hierfür der Gemeindevertretung überwälze. Der Bürgermeister gab sodann ziffernmässig den von Tag zu Tag sinkenden Einlauf an Kohle bekannt, bemerkte, dass die rapide Abnahme der noch wenigen Vorräte die Bevölkerung von der Notwendigkeit einschneidender Beschränkungsmassnahmen überzeugen müsse und dass in Erkenntnis dieser Situation die Erlassung sofortiger Verfügungen eine unbedingte Notwendigkeit sei.

Der Bürgermeister schilderte dann eingehend die Bemühungen der Regierung und der Gemeindevertretung, Kohlen zu erhalten, die Anstrengungen, welche gemacht werden, um eine erhöhte Produktion in Zillingsdorf herbeizuführen und erklärte schliesslich, wenn innerhalb weniger Tagen nicht Kohle in ausreichender Masse einlange, die Elektrizitätswerke gezwungen, am 12. d.M. mit den Abschaltungen der Grossbetriebe zu beginnen, bis zum 16. d.M. die Kraftlieferung überhaupt, sowie die Stromlieferung an die Strassenbahn gänzlich einzustellen und die private Beleuchtung noch weiter einzuschränken.

Direktor Karel gab einen Ueberblick über die gegenwärtigen Vorräte an Kohle und bat den Stadtrat sofort die erforderlichen Verfügungen zu treffen, da jede Verzögerung von folgenswerer Bedeutung sei. Ein kleiner Kohlevorrat müsse unbedingt erübrigt werden, um die Bahnhöfe, Post- und Telegrafämter (mindestens eines in jedem Bezirk), die Telefon-Zentralen, öffentliche Aemter, Approvisionierungsbetriebe, Apotheken auch weiterhin beleuchten zu können. Ferner müsse, wenn auch in stark eingeschränkter Masse die Strassen- und Stiegenhausbeleuchtung aufrecht erhalten bleiben.

Obermagistratsrat Dr. Müller stellte fest, dass der Staatsrat der Landesregierung die Ermächtigung erteilt habe, alle erforderlichen Verfügungen zu treffen, dass jedoch die Landesregierung nur Sparmassnahmen mit Ausnahme der Strassenbahnen verfügt habe. Es

sei deshalb notwendig, dass die Gemeinde ihre Anträge stelle und neuerlich an den Staatsrat herantrete, oder dass sie in eigenem Wirkungskreis die Einschränkungen festsetze.

VB. Reumann betont, dass in dieser Frage absolut kein Verschulden die Gemeinde-Vertretung treffe. Wir müssen,

bevor ein völliger Zusammenbruch erfolgt, in eigenem Wirkungskreis jene Einschränkungen durchführen, die es ermöglichen, den Strassenbahnverkehr eine gewisse Zeit lang noch aufrecht zu erhalten. Die Obmännerkonferenz habe seit zwei Jahren die ausreichende Belieferung der Stadt Wien mit Kohle behufs Ansammlung einer kleinen Reserve gefordert, und wiederholt vor dem Eintritte einer Katastrophe gewarnt, die nun tatsächlich da sei. Die Bevölkerung werde die Zwangslage, in der sich die Gemeinde befindet, sicherlich einsehen und begreifen.

Zum Gegenstand sprechen <sup>Stimm</sup> noch die Stadträte Spaňovský, Pick, Emmerling, Hötzel und Hellmann, worauf der Bürgermeister folgenden Antrag formulierte:

Nachdem die Landesregierung von der ihr vom Stadtrate erteilten Ermächtigung, auch für die Strassenbahn einschränkende Massnahmen zu treffen keinen Gebrauch macht und die Kohlennot nun aufs Aeusserste gestiegen ist, die Anlieferung von Kohle aber täglich derart sinkt, dass in kürzester Zeit alle Reserven aufgebraucht sein werden, sieht sich die Gemeindevertretung gezwungen, nachstehende Verfügungen zu treffen und hievon dem Staatsrat und der Landesregierung Mitteilung zu machen:

Der Betrieb der Wiener städtischen Strassenbahnen ist soweit einzuschränken, dass gegenüber dem derzeitigen Stromverbrauche eine Ersparnis von durchschnittlich mindestens 30 % erzielt wird. Zu diesem Zwecke wird insbesondere verfügt:

- 1.) Betriebsbeginn und Betriebsschluss sind derart anzusetzen, dass die ersten Züge um 6 Uhr 15 morgens, die letzten Züge um 8 Uhr abends von der Ringstrasse nach auswärts abgehen.
  - 2.) Es sind noch etwa 80 weitere Haltestellen aufzulassen; hierbei sind jedoch die Umsteigehaltestellen und die von der Eisenbahnaufsichtsbehörde aus Sicherheitsgründen angeordneten Haltestellen beizubehalten.
  - 3.) An Werktagen sind die Linien C und O<sup>2</sup> aufzulassen, dagegen ist die Linie Vc wieder einzuführen.
  - 4.) Die Zugsabstände insbesondere in der verkehrsschwachen Zeit sind in den Aussenstrecken bis zum doppelten Ausmasse in den übrigen Strecken nach Tunlichkeit auszudehnen.
  - 5.) An Sonn- und Feiertagen
  - 5.) An Sonn- und Normatagen sind nur die wichtigsten Radiallinien (insbesondere bis in die Nähe der Vollbahnhöfe, Friedhöfe und grossen Krankenanstalten), ferner die Bahnhofgrundlinie und die Ringstrassenlinie in Betrieb zu halten. Die Zugsabstände sind hierbei tunlichst auszudehnen, Betriebsschluss und Betriebsbeginn wie an den andern Tagen einzurichten.
- Diese Verfügungen treten bereits am 6. d.M. in Kraft mit Ausnahme jener bezüglich des Betriebsbeginnes, der an diesem Tage noch in der bisherigen Weise erfolgt.

**Wiener Rathaus-Korrespondenz.**  
Herausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michow.**  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 6. Dezember 1918. Nr 455.

Einschränkungen im Strassenbahnverkehr an Sonn- und Feiertagen.

Ueber behördlichen Auftrag sind wegen der Kohlennot bekanntlich weitestgehende Betriebseinschränkungen an Sonn- und Feiertagen durchzuführen. Es wird nur auf den Hauptlinien unter besonderer Berücksichtigung der zu den Bahnen, Spitälern und Friedhöfen führenden Linien ein eingeschränkter Verkehr durchgeführt. Die Durchführung dieses Fahrplanes tritt am Sonntag, 8. d. M. das erstmalig in Kraft. Im Betrieb werden sich folgende Linien befinden:

B und BK Ring und Kai Rund, D Franz Josefsbahn-Südbahnhof, J Erdbergstrasse - Ring bis Stadiongasse, O Dresdnerstrasse - Taborstrasse - Kai - Ungargasse - Südbahnhof - Favoritenstrasse bis Lehmgasse, T und TK Sofienbrücke - Löwengasse - Ring und Kai Rund, 5 Volksprater - Spitalgasse bis Josefstädterstrasse, 8 Glatzgasse - Gürtel bis Meidling Südbahnhof, 18 Neulerchenfelderstrasse - Gürtel - Ostbahnhof, 25 Reichsbrücke - Kagran, 31 Zelinkagasse - Stammersdorf, 36 Viriotplatz - Nussdorf, 38 Schottentor - Grinzing, 41 Schottentor - Pötzleinsdorf, 43 Schottentor - Neuwaldegg, 46 Bellaria - Thaliastrasse, 47 Maroltingergasse - Flötzersteig, 49 Neubaugürtel (Märzstrasse) bis Stadtbahnstation Breitensee, 52 Babenbergerstrasse - Hütteldorf, 58 Oper - Mariahilferstrasse - Winkelmannstrasse - Hietzing, 60 Stadtbahnstation Hietzing - Mauer, 62 Kärtnerstrasse - Hetzendorf - Speisingerstrasse bis Hernesstrasse, 66 Kärtnerstrasse - Linke - Rechte Wienzeile bis Pilgramgasse - Margarethenstrasse - Schönbrunnerstrasse bis Dreherpark, 66 Kärtnerstrasse - Triesterstrasse, 71 Wallfischgasse - Zentralfriedhof III. Tor.

Der Betriebsbeginn und Betriebsschluss ist wie an Werktagen, d. h. die ersten Züge in der Früh ungefähr um 6 Uhr 15, die letzten um 8 Uhr abends von der Ringstrasse nach auswärts.

Der Bahnhofrundverkehr bleibt an allen Tagen zwischen Betriebschluss und 12 Uhr 30 Min. nachts im Anschluss an die ankommenden Vollbahnzüge aufrecht.

Änderung der Petroleumausgabe. Mit Rücksicht auf Störungen in den Petroleumlieferungen wird vom 8. d. M. angefangen bis auf Weiteres die Wochenmenge festgesetzt: für Geschäftslokale  $\frac{1}{2}$  Liter, für die Beleuchtung der Flure, Stiegen und Gänge für jede Flamme  $\frac{1}{4}$  Liter. Der Petroleumbezug für Waschkuchen wird gänzlich eingestellt. Die Wochenmengen für Wohnungen, Untermieter und Heimarbeiter bleiben im bisherigen Ausmasse aufrecht.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 6. Dezember 1918. Nr 456.

Präsidium der Wiener christlichsozialen Partei. Auf Grund einstimmigen Beschlusses des weiteren Parteirates wurde Bürgermeister Dr. Weiskirchner zum Obmann, Landeshauptmann Steiner zum 1. und Landesrat Kunschak zum 2. Obmann - Stellvertreter der Wiener christlichsozialen Partei gewählt. Das Statut der Partei wurde den geänderten Verhältnissen angepasst, das Parteiprogramm genehmigt. Der Parteitag wird am 15. d. M. abgehalten werden.

Eine Sargfabrik der städtischen Leichenbestattung. In der letzten Stadtratsitzung wurde nach einem Antrage des VB. Rain die Miete des Hoftraktes 3. Bezirk Rennweg 79 - 81 um K 1500 monatlich für die fabrikmässige Herstellung von Holzsärgen durch die städtische Leichenbestattung beschlossen. In diesem Hause bestand bereits eine Sargfabrik, die von dem Besitzer eingestellt wurde. Da hiedurch ein empfindlicher Mangel an Särgen eintreten würde, die Tischler-Genossenschaft aus Mangel an Holz sich ausserstande erklärt die Lieferung zu übernehmen, müssen die Säрге in eigener Regie hergestellt werden.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Vaugoin wird die Parzellierung der Dr. Josef von Blumauer gehörigen Gemeinde E.Z. 148 in Hietzing an der Kupelwiesergasse zwischen der Wenzgasse und Lainzerstrasse auf 4 Baustellen und 1 Baustellenteil genehmigt. - Den im Jahresgehalt stehenden Angestellten der städtischen Stellwagen - Unternehmung wird die Entlohnung der Ueberstunden nach einem Antrage des VB. Rain erhöht. - Nach einem Antrage des StR. Tomoča wird die Abhaltung eines Sozialbildungskurses für städtische Lehrpersonen an der städtischen Akademie für soziale Verwaltung genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schmid werden die dem Wirkungskreise des Bezirks Vorstehers zugewiesenen Obliegenheiten der Strassenpflege im 11. Bezirk dem Magistrate übergeben. - Für die Beteiligung von 650 Kindern von Arbeitern der städtischen Gaswerke mit Anzügen wird der erforderliche Betrag bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas werden für die Anschaffung von Weihnachtsgeschenken für die Zöglinge der städtischen Waisenhäuser 6 K für jeden Zögling bewilligt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow.  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 7. Dezember 1918. Nr. 457.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Donnerstag, 12. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden die mit den Ziffern 19 und 20 versehenen Abschnitte des Rindfleischkaufscheines und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt. Die Wochenmenge beträgt für jede Person des Haushaltes  $\frac{1}{8}$  kg einschliesslich der Zuwage.

Ausgabe der neuen Rindfleisch- und Wohlfahrtsfleischkaufscheine. Montag, 9. d.M. beginnt bei den Brotkommissionen die Ausgabe der neuen Einkaufscheine für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch. Die derzeit geltigen Fleischkaufscheine sind mitzubringen. Die Karten werden ausgegeben für Haushalte mit den Buchstaben A bis E Montag, F bis H Dienstag, I bis L Mittwoch, M bis Q Donnerstag, R, S und Sch Freitag und St, T bis Z Samstag, jedesmal von 8 Uhr bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Abgabe von Unterzundholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzundholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt vom 8. bis 14. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 14 des amtlichen Einkaufscheines. Der Preis ist unverändert.

Gaskoks aus den städtischen Gaswerken. Die Betriebsreduktion der städtischen Gaswerken führt naturgemäss zu einer sprunghaften ausserordentlichen Verringerung der Erzeugung von Gaskoks. Die von der Oesterr. Länderbank, Koks-Sektion an die bei ihr rayonierten Kunden und an Kleinkohlenhändler ausgegebenen Anweisungen, die auf bestimmte Bezugstage lauten, können daher ab 9. d.M. nicht mehr eingelöst werden und werden ausser Kraft gesetzt. Neue Anweisungen, die sich über Verfügung des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten nur auf im besonderen öffentlichen

Interesse gelegenen Lieferungen beschränken müssen, sind von den bezugsberechtigten Parteien neu zu beheben. Es wird aber aufmerksam gemacht, dass auch für die Einlösung dieser Ausfolgescheine keine Gewähr übernommen werden kann.

Kartoffelabgabe. Die in der letzten Zeit wieder einsetzenden Zufuhren ermöglichen eine Abgabe von Kartoffeln für einzelne Bezirke. Die Belieferung der Bezirke wird reihenweise erfolgen. Die Abgabe geschieht zunächst in den Bezirken 10, 11, 16, 17, 20 und 21 am Mittwoch und Samstag der kommenden Woche. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit  $\frac{1}{2}$  kg festgesetzt. Abgetrennt werden die Abschnitte J bis L der Kartoffelkarte.

Die Kohlenquote. Da sich der Kohleneinlauf nicht gebessert hat, kann wie in der Vorwoche bis auf weiteres an Küchenbrand nur 20 kg Steinkohle, bzw. 25 kg Braunkohle ausgegeben werden.

2. Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 7. Dezember 1918. Nr. 458.

Wünsche der Kriegsgemüsegärtner. Gelegentlich eines Berichtes des StR. Vaugoin über Herstellung von Wasser-

leitungen für Kriegsgemüsegärten bemerkt Bürgermeister Dr. Weiskirchner, dass die Schrebergärten eine Regelung der Pachtverhältnisse bezüglich einer möglichst langen Pachtdauer, bzw. die Erwerbung des von ihnen bebauten Grundstückes wünschen. Ein zweiter Wunsch der Kleingärtner sei, dass für die Errichtung eines ständigen Wohnhauses auf oder nächst dem Schrebergarten Bauerleichterungen zu gewähren sein. Von grosser Wichtigkeit sei ferner die Beschaffung des Wassers für die Kleingärten. Alle diese Fragen werden zu Beginn des kommenden Jahres dem Gemeinderate in einem Berichte zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Stärkere Zufuhr an Schafen. Das Volksernährungsamt hat infolge augenblicklich stärkerer Beschickung des Schafmarktes den Verkauf, die Verabreichung und den Genuss von Schaffleisch an den beiden fleischlosen Tagen, Montag, 9. und Mittwoch, 11. d.M. ausnahmsweise gestattet.

Sauerkrautabgabe. In der kommenden Woche wird von Donnerstag bis Sonntag Sauerkraut abgegeben. Für jede Person kommt  $\frac{1}{2}$  kg zur Abgabe; der Preis für 1 kg beträgt K 2.- Die Abgabe erfolgt nur gegen Abtrennung des Abschnittes des amtlichen Einkaufscheines mit der Ziffer 19. Die in den einzelnen Abgabestellen übrig gebliebenen Mengen werden am 16., 17. und 18. d.M. frei abgegeben.

Änderungen im Schulbetrieb. Mit Rücksicht auf die herrschende Not an Brennstoffen und die hiedurch unvermeidlich gewordene Einschränkung der Beheizung und Beleuchtung wird verfügt, dass von Montag, 9. d.M. an bis auf weiteres der tägliche Unterricht an den Volks- und Bürgerschulen erst um 9 Uhr vormittags zu beginnen hat. Die hiedurch notwendig werdenden Massnahmen bezüglich des Stundenplanes und der Lehrstoffverteilung (Wegfall minderwichtiger Unterrichtsgegenstände, wodurch eine Verlängerung des Vormittagsunterrichtes über die Mittagsstunde hintangehalten wird; eventuell Einführung von 45 Minuten - Stunden; Aufteilung der Gegenstände auf die Unterrichtszeit, so dass künstliche Beleuchtung vermieden wird u. dgl.) sind vom zuständigen Bezirksschulinspektor zu treffen.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hält Montag, 9. d.M. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Aus dem Rathause. Der neukonstitulierte Gemeinderat tritt am Mittwoch, 3 Uhr nachmittags zu seiner ersten Geschäftssitzung zusammen. Von den neugewählten Stadträten werden die Stadträte Pick, Paul Richter, Vaugoin und Max Winter zum ersten Male am Referententische des Gemeinderates erscheinen. Auf der Tagesordnung der Sitzung finden sich Anträge auf Verlängerung der Wirksamkeit der Wertzuwachsabgabe, auf Bewilligung eines Kredites von 500.000 Kronen zur Linderung der Möbelnot, auf Uebernahme der Flüchtlingslager Oberhollabrunn und Pottendorf für Zwecke der Jugendfürsorge, Errichtung eines Durchzugsheimes für Kinder durch das städtische Jugendamt in dem von der Flüchtlingszentrale aufgelassenen Kindergarten 20. Bezirk Jägerstrasse 28 und verschiedene laufende Geschäftstücke. Der Stadtrat hält am Dienstag und Donnerstag Sitzungen ab.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,  
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 9. Dezember 1918. No 459.

Erhöhung der Fleischquote zur Weihnachtszeit. In den Sonntagsnummern einiger Wiener Tageszeitungen wird berichtet, <sup>habe</sup> der Bürgermeister auf Grund einer Besprechung mit sämtlichen in der Approvisionierung tätigen Magistratsbeamten verfügt, dass in der Weihnachtswoche sowohl, als auch in der dieser vorangehenden und folgenden Woche die derzeit bestehende Rindfleischquote von  $1/8$  kg pro Kopf und Woche auf  $1/4$  kg erhöht werde. Diese Nachrichten sind vollständig unrichtig; es hat weder eine solche Besprechung des Bürgermeisters mit den Magistratsreferenten stattgefunden, noch hat der Bürgermeister die erwähnte Verfügung getroffen, er konnte sie auch gar nicht treffen, da die Rindfleischkopfquote vom Staatsamte für Volksernährung bestimmt wird. Allerdings ist beabsichtigt, dass die städtische Schweineübernahme ihre Bestände an eingefrorenem Schweinefleisch während dieser drei Wochen in Verkehr bringt.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 9. Dezember 1918. No 460.

Christkindlmarkt I. Am Hof. Am 1. d. M. wurde der Christkindlmarkt I. Am Hof wie alljährlich eröffnet und findet der Verkauf täglich auch an Sonn- und Feiertagen bis zum Eintritte der Dämmerung statt. Der Markt bleibt bis Ende Dezember 1. J. geöffnet.

Lehrererennungen. Nach einem Antrage des StR. Hohensinner wurde Franz Wagner zum Volksschullehrer 1. Klasse und Marie Frosch zur Volksschullehrerin 1. Klasse ernannt. Nach einem Antrage des StR. Tomola wurden ernannt: Adolf Klima zum Volksschullehrer 2. Klasse, Aloisia Scholler und Josefina Müllner zu definitiven Handarbeitslehrerinnen.

Ernennungen. Nach einem Antrage des StR. Schneider wurden Marie Huschauer, Mamilla Vogler, Barbara Ellinger zu definitiven Beamtinnen der städtischen Strassenbahnen ernannt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,  
Wien. I. Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

---

21. Jahrgang, Wien, Montag, 9. Dezember 1918. No 459. 461

---

Abgabe von Schweinefleisch. Bei den vom Magistrate bestimmten Verkaufsstellen von Schweinefleisch, Schweinsköpfen und Innereien aus der städt. Schweineübernahmestelle findet vom Donnerstag den 12. an der Verkauf nicht mehr gegen Vorweisung des Rindfleisch- bzw. Wohlfartsfleisch-einkaufscheines sondern nur gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines (grün, blau, gelb, weiss) und gegen Abtrennung des Abschnittes „ 20 “ desselben statt. Die bisherige Abgabemenge bleibt unverändert.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Mikow.  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 10. Dezember 1918. Nr. 462.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 5. Bezirke Kartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte J bis L der Kartoffelkarte.

Der Vandalismus in den requirierten Schulgebäuden. In der heutigen Stadtratsitzung beantragt StR. Vaugoin die Uebernahme der von der Heeresverwaltung in dem rückgestellten städtischen Schulgebäude 13. Bezirk Märzstrasse 178 eingerichteten Bade-, Küchen- und Spülanlagen um K 4400.- ( Angenommen ) -  
StR. Emmerling bespricht bei dieser Gelegenheit den Vandalismus, der von der Mannschaft in vielen Schulen geübt wurde. -  
StR. Schneider gibt bekannt, dass vor ungefähr 4 Wochen die zionistische Volkswehr sich des städtischen Schulgebäudes 20. Bezirk Treustrasse bemächtigt habe. Die Räumlichkeiten werden in nicht zu schildernder Weise verunreinigt und beschädigt. Die Mannschaften seien bisher nicht zu bewegen gewesen, das Gebäude zu räumen.

In dieser Angelegenheit findet heute eine Kommission statt.

Der Stadtrat sprach die Erwartung aus, dass das Staatsamt für Heerwesen einschreiten werde.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 10. Dezember 1918. Nr. 463.

Brotpreisvergütung. Der Stadtrat bewilligte nach einem Antrage des StR. Dr. Haas anlässlich der Erhöhung des Brotpreises einen Zuschusskredit von 284.000 Kronen. Den in der ganzen oder teilweisen Ausspeisung stehenden Pflöglingen des Bürgerversorgungshauses, die bisher das Brot von ihrem Handgeld selbst zahlen mussten, ist in Zukunft das Brot auf Kosten des Bürgerspitalfondes beizustellen; den an der Naturalausspeisung nicht teilnehmenden Pflöglingen dieses Hauses wird das Handgeld auf K 1.40 erhöht. - StR. Müller erklärt es für notwendig, mit den im Verbands Oesterreichs gestandenen Staaten, insbesondere mit dem tschecho-slowakischen, wegen der Armenversorgung dieser jetzt ausländischer Staatsbürger das Einvernehmen zu pflegen. Da die Versorgungshäuser gegenwärtig überfüllt sind, sollte daran gegangen werden, die nächst dem Versorgungs-Heim befindlichen Baracken belegen zu lassen. - StR. Richter behält sich vor, die Frage wegen Besserstellung der in Armenpflege befindlichen Personen im Gemeinderate zu besprechen. - Die StRe. Hötzel, Dechant, Schwer und Angermayer weisen darauf hin, dass die Kosten für Altersversorgung der armen Bürger aus eigenen Fonds gedeckt werden. - VB. Hoss bemerkt, dass die nunmehr ausländischen Armen in Wien ebenso behandelt werden, wie die einheimischen, wenn die Reziprozität gesichert ist.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

Eine Kundgebung gegen die Wahlkreiseinteilung. In der gestern abgehaltenen Sitzung des Verbandes der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte besprach der Vorsitzende StR. Dr. Hain die Einteilung der Wiener Wahlkreise in der vom Staatsrate vorgelegten Wahlordnung und wies darauf hin, dass durch diese Wahlkreiseinteilung eine schwere Schädigung des Bürgertums überhaupt und des freiheitlichen Bürgertums insbesondere herbeigeführt werde. Wir sind, führte der Vorsitzende aus, für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht für Männer und Frauen eingetreten, damit endlich das bisher an den industriellen Arbeitern begangene Wahlrecht beseitigt werde. Ebenso müssen wir aber auch gegen das in der vorgeschlagenen Wahlkreiseinteilung von sozialdemokratischer Seite an dem Bürgertum begangene Wahlrecht Einsprache erheben. Durch die vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung würden erhebliche bürgerliche Minoritäten ganz unberücksichtigt bleiben. Das Richtige wäre, für ganz Wien einen einzigen Wahlkreis zu schaffen. Keinesfalls dürfen, wie dies in der vorgeschlagenen Wahlkreiseinteilung geschieht, Bezirke mit ganz ungleichartiger Struktur willkürlich zusammengeworfen werden, wie dies insbesondere bei Zusammenziehung des 2., 20. und 21. Bezirkes der Fall ist, durch welche die bürgerlichen Wähler des 2. Bezirkes wahrscheinlich ihrer Vertretung beraubt werden. Der Verband schloss sich einmütig diesen Ausführungen an.

Demokratischer Parteiverband des Wiener Gemeinderates. Der Verband der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte beschloss gestern im Anschlusse an die Konstituierung der demokratischen Partei seinen Namen in „Demokratischer Parteiverband des Wiener Gemeinderates“ abzuändern. Weiters wurden die Gegenstände der Tagesordnung der morgigen Gemeinderatsitzung durchberaten und die Kandidaten für den den Wahlreform-, Heimatsrechts-, Bauordnungs- und Wohnungsfürsorgeausschuss aufgestellt. Mit Bezug auf eine in einer Mittagszeitung enthaltene Notiz, in welcher die fortschrittlichen Gemeinderäte aufgefordert werden, ihre Mandate niederzulegen, wurde einmütig festgestellt, dass diese Kundgebung nur von einer kleinen Gruppe von Wählern ausgehe, während die für den Verband massgebenden Korporationen der Kundgebung vollständig ferne stehen. Uebrigens werden ja ohnedies in kurzer Zeit Neuwahlen stattfinden, so dass eine Mandatsniederlegung im gegenwärtigen Augenblicke keineswegs den Parteinteressen entsprechen würde.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michler**,  
Wien I., Neues Rathaus.

Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 11. Dezember 1918. Nr. 464.

**Bericht über die Aufstellung schwedischer Holzhäuser.** In der gestrigen Stadtratsitzung legte StR. Melcher einen Bericht über den Stand der aufzustellenden schwedischen Holzhäuser im 18. Bezirk vor. Wie die gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbau, welcher zur Erbauung und Erprobung schwedischer Holzhäuser ein Baurecht <sup>in Kollas</sup> eingeräumt wurde, mitteilt, sind diese Häuser im 13. und 21. Bezirk <sup>in Kollas</sup> ziemlich fertig gestellt, bei anderen ist auch die Eindeckung beendet. Die Objekte werden weitaus teurer zu stehen kommen, als auch im ungünstigsten Falle anzunehmen war. Beim Transporte, bei der Verzollung u.s.w. wurden von der damaligen österreichischen Regierung Schwierigkeiten gemacht, über welche beim Abschlusse der ganten Aktion noch eingehend wird berichtet werden und welche nicht nur Auslagen von vielen tausenden Kronen verursachten, sondern auch durch ganz zweckloses Hin- und Hertransport der kostspieligen Materialien einen grossen Verlust durch Diebstahl, Beschädigung u.s.w. verursachten. Noch grösser waren die Schwierigkeiten, die sich bei der ständigen Verschlechterung aller Verhältnisse in der Ausstellung ergaben.

Der Berichterstatter erwähnte noch, dass sich in den Kellern der Häuser im 13. Bezirk Grundwasser gezeigt habe, so dass es notwendig sei, eine Drainageanlage zu errichten. Die Kosten wären von der Gemeinde Wien zu übernehmen, da sonst die Zinsen zu hoch bemessen werden müssten. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurde für die Drainageleitung 10.640 K bewilligt und die Zahlung der Kanaleinmündungsgebühren im 13. und 21. Bezirke auf Rechnung der Gemeinde Wien übernommen. Der Berichterstatter erwähnte schliesslich, dass diese Häuser sich teurer stellen werden, als wenn solide Häuser gebaut worden wären.

Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 11. Dezember 1918. Nr. 465.

**Anteleiterbestellung.** Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat den bisherigen Vorstand der Magistratsabteilung II (Finanzangelegenheiten) Obermagistratsrat Dr. Theodor Held zum Vorsteher der Magistratsabteilung V (Eisenbahnen u.s.w.) und den der Magistratsabteilung II zugeteilten Magistratsrat Dr. Karl Hartl zum Vorstände dieser Abteilung bestellt. An der Spitze der Magistratsabteilung V ist bisher Obermagistratsrat Dr. Josef Müller gestanden, der von nun auf die Leitung jener Geschäftsgruppe des Magistrates, welche die Magistratsabteilung III (Fondsgüter u.s.w.), V (Eisenbahnen u.s.w.), das Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien, das Wohnungsamt der Stadt Wien und die städtischen Unternehmungen umfasst, beschränkt sein wird.

**Todesfall.** Am Sonntag ist der pensionierte Steueramts-Direktor der Stadt Wien Theodor Dworzak im 67. Lebensjahre gestorben. Das Leichenbegängnis fand heute in Pertholdsdorf statt.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung am 11. Dezember 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilung: Laut Erlasses des Staatsamtes des Innern vom 9. Dezember 1918 hat das geschäftsführende Direktorium des Staatsrates Ihre am 3. d.M. von Wiener Gemeinderäte voll-

zogene Wahl zum Bürgermeister bestätigt.

Hievon beehre ich mich Euer Exzellenz mit Beziehung auf die unterm 3. Dezember d.J. erstattete Anzeige mit der Einladung die Mitteilung zu machen, sich wegen Anberaumung des Tages und der Stunde des nach Analogie des § 26 des Wiener Gemeindestatutes abzulegenden Gelbnisses mit mir in das Einvernehmen zu setzen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, dass der bekannte Menschenfreund der Grossindustrielle Dr. Jakob Blich anlässlich der Errichtung der Kriegsküche 68 im 19. Bezirk zur Bestreitung der ersten Lebensmitteleinkäufe einen Betrag von 3000 Kronen leihweise und unverzinslich vorgestreckt hat, welcher Betrag nach geleisteter Zurückzahlung dem im Jahre 1917 gestifteten Kriegshilfsfonds für die Armen des Bezirkes Döbling zu fallen hat. Der Bürgermeister begrüsst die Zunahme dieses Fonds.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest den Spendeneinlauf: **Karl Stieber**, Cafetier spendet für die Armen des I. Bezirkes K 1000.--, **Firma Brüder Kunz** 5. Österr. Kriegsanleihe per K 1000.-- mit dem Bemerken, dass dessen Zinsertragnis alljährlich einem talentierten, braven, katholischen Kinde des I. Bezirkes zukomme; **Vinzanz Küster**, als Unterstützung zweier Witwen nach gefallenen Wiener Deutschmeistern des III. Bezirkes, welche mehrere Kinder besitzen, einen Betrag von K 459.45. **Generalkonsul Leo Hirsch** spendet anlässlich der Ziviltrauung seiner Tochter für Arme Wiens K 200.--. Das **Kuratorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung** zür Unterstützung des Kleingewerbes übermittelt wie alljährlich den Betrag von K 200.-- für die Armen Wiens. **Gastwirt Josef Bauernfeind** spendet für die Armen des XIV. Bezirkes K 150.--; **Dr. Hans Rotl** als Legat des verstorbenen Oberinspektors I-P- Faustin von Sysocki für die Armen des III. Bezirkes K 100.--, **Notar Dr. Guido Müller** für die Armen des III. Bezirkes K 100.--, **Anna Schmelzer** für wohlthätige Zwecke K 100.-- und **Josef Bandler** für arme Waisenkinder K 20.--.

**GR. Dr. Glasauer** verweist in einer Anfrage auf die in Wien herrschende Not an Futtermitteln für Kühe, Pferde und Ziegen trotzdem in der Umgebung Wiens geradezu Ueberfluss an Futtermitteln herrsche, die Bauern wären froh, wenn sie ihr Heu anbrächten und würden es gerne um den Höchstpreis unter Zuschlag eines Fuhrlohnes liefern, doch erlaube dies die Futtermittelzentrale nicht. Die Bauern werden auf der Strasse angehalten, wenn sie Heu nach Wien bringen wollen und sogar bestraft.

**BGM. Dr. Weiskirchner:** Diese Angelegenheit hatte heute im Wege eines Dringlichkeitsantrages des Abgeordneten Farrer den n.8. Landtag beschäftigt. Ich werde mit Rücksicht auf die besondere Wichtigkeit dieser Angelegenheit einen Bericht des Magistrates bzw. des Referenten für Futtermittel einholen und dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung berichten.

**GR. Rummelhart** stellt folgende Anfrage: Die dem städtischen Feuerwehrkorps entnommenen Amtsdienner der Stadt Wien haben dem Magistrate nachstehende Forderungen mit der Bitte um Entsprechung derselben übermittelten: 1.) Erhöhung der Nachzulagen, bzw. der Kostgelder anobis der Diener am Präsidium, Wahlkassierer etc. rückwirkend von der Wiedereinberufung zur Feuerwehr, bzw. von der Ernennung der im Stande der Feuerwehr verbliebenen Amtsdienner.

2.) Monturenentschädigung in der Höhe von 40 % für das Jahr 1915, 80 % für das Jahr 1916, 100 % für 1917 und 160 % für 1918 nach den in den einzelnen Jahren festgesetzten Monturpreisen.

3.) Berücksichtigung der Stellenbesetzung bei Wiederantritt des Amtsdiennerdienstes. Infolge der langjährigen Diennstzeit bei der Feuerwehr glaubt die obenangeführte Dienergruppe bessere Dienstposten beanspruchen zu können. 4.) Prozentuelle Erhöhung der Personalzulage bei Gehaltsregulierungen. Sowie ungekürrte Belassung der Personalzulage bei Vorrückung in höhere Gehaltsstufen bzw. beim Anfall von Dienstalterzulagen. Die Personalzulage ist in die Pension einzurechnen.

5.) Gleiche Dienstzeit analog der Angehörigen der städtischen Feuerwehr.

Es wird daher gefragt, ob diese berechtigten Wünsche der Angehörigen dieser Angestelltenkategorie mit Rücksicht auf deren langjährige anstrengende und belobungswürdige Dienstleistung bald und vollinhaltlich erfüllt werden.

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner** erwidert: Das Ansuchen der betreffenden Amtsdienner ist beim Magistrat am 18. November eingelangt und wurde sofort in Behandlung genommen. Es ist bereits ein Gutachten des Feuerwehrkommandos eingeholt worden und der Akt befindet sich gegenwärtig in der Stadtbuchhaltung. Die Angelegenheit wird in wohlwollender Weise geprüft und - soweit die Forderungen berechtigt sind - werden dem Gemeinderat demnächst positive Anträge vorgelegt werden.

**GR. Gussenbauer** stellt folgende Anfrage: Ueber den Beschluss des Gemeinderates vom 13. November 1918, welcher die Umwandlung eines Teiles der Kriegszulagen in eine dauernde Bezugserrhöhung für die Angestellten der Gemeinde Wien betrifft, herrscht Zweifel darüber, ob unter den „Angestellten“ auch die Lehrpersonen inbegriffen sind.

Der Bürgermeister erwidert, dass selbstverständlich auch die Lehrpersonen unter den Angestellten zu verstehen sind und eine besondere Hervorhebung derselben nicht notwendig war, weil von den mit Gemeinderatsbeschluss vom 15. Oktober bewilligten Kriegszulagen die Rede ist, und diese eben auch den Lehrpersonen zukommen.

**GR. Jung** stellt folgende Anfrage: In der Bürgerschule II., Weintraubengasse 13 sind 54 Mann der zionistischen Volkswehr untergebracht, abgesehen davon, wie diese Leute in diesem Schulgebäude hausen, erlaube ich mir an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Warum dieses Schulgebäude wegen 54 Mann ihren richtigen Zweck entzogen wird.

Weiters soll in einigen Tagen die Doppelschule II., Untere Augartenstrasse 3 von Leuten der zionistischen Volkswehr bezogen werden, was der Bürgermeister noch rechtzeitig verhindern wollte.

**Bgm. Dr. Weiskirchner:** Diese Angelegenheit war gestern im Stadtrate anhängig und ich habe mit Rücksicht auf die Darstellungen insbesondere des Herrn Kollegen Schneider für heute eine Kommission in diesen Schulen angeordnet. Der Bericht über diese Kommission ist noch nicht in meinen Händen, ich werde daher die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

**GR. Angeli** stellt folgende Anfrage: Wenn die Zeitungsberichte richtig sind, so hat der Deutsch-österreichische Staatsrat den Lainzer Tiergarten und die Lobau in sein Eigentum übernommen. Sowohl im Lainzer Tiergarten, als auch in der Lobau sind grosse Mengen von Hirschen, welche jetzt bei der grossen Fleischnot für die Volksernährung von grösster Bedeutung wären; es muss daher der Abschuss dieser Tiere unbedingt gefordert werden.

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner** erwidert: Zufolge Beschlusses des Staatsrates vom 11. November ist der gesamte Wildstand im Lainzer Tiergarten und in der Lobau

bis zu 80 % zu Zwecken der Approvisionierung der Wiener Bevölkerung zum Abschuss zu bringen. Ueber Weisung des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Volksernährung wird das erlegte Wild an die amtliche Uebernahmsstelle für Vieh- und Fleisch in Wien, St. Marx abgeliefert, um als rayonierte Fleischmenge an Stelle des Rindfleisches, soweit dieses nicht ausreicht, abgegeben zu werden.

**Gr. Moissl:** Die Volkswehr wildert draussen.

Die **GR. Schöber** und **Max Winter** stellen folgende Anfrage: Nach Zeitungsnachrichten befindet sich das Karolinen Kinderspital am Alsergrund in solcher Not, dass sein Fortbetrieb in Frage gestellt ist. Diese Nachricht hat unter der mittellosen Bevölkerung des Alsergrundes und der Nachbarbezirke grosse Aufregung hervorgerufen. Die Schliessung dieses Spitals könnte in der gegenwärtigen Zeit der ungeheuren Kindersterblichkeit die schlimmsten Folgen haben. Die Wiener Kinder haben viel zu wenig Heilstätten. Dass eine dieser wenigen noch geschlossen würde, wäre in der Zeit unerträglich, in der alles für unseren so ungeheuer bedrohten Nachwuchs im Interesse des künftigen Menschengeschlechtes geschehen muss. Es ist ein Gebot der Menschenliebe und Selbsterhaltung, dass das Spital erhalten bleibe; die Gefahr der Schliessung kann abgewendet werden, wenn dem Karolinen-Kinderspital, das ein Verein unterhält, Zuschüsse aus den Geldern der Gemeinde, im Notfalle aus denen des Landes unverzüglich flüssig gemacht werden, um den Spitalsbetrieb ohne Unterbrechung aufrecht zu erhalten.

**BGM. Dr. Weiskirchner:** Die Anfrage berührt zweifellos ein ungemein wichtiges Gebiet und ich kann den Herrn Fragestellern nur mitteilen, dass ich bereits vor einigen Tagen nicht nur für das Karolinen Kinderspital, sondern für alle Privatkinderspitäler eine Aktion eingeleitet habe, welche den Zweck verfolgt, endlich, wie es beim Krankenanstaltenfond gemacht haben, durch Beteiligung der Regierung des Landes und der Stadt die nötigen Geldmittel aufzubringen um den Betrieb solange sicherzustellen, bis eine Hülfsberechtigte Kooperation berechtigt ist, die eine Sanitätsumlage einheben kann, um den Betrieb dieser Krankenanstalten zu sichern.

**GR. Kürber** verweist in einer Interpellation darauf, dass die in der Freudenau ansässigen Schiffmühlbesitzer und Kleinhäusler von der Donauregulierungskommission die Kündigung bekommen und den strikten Auftrag erhalten haben, bis längstens März 1919 ihre Besitzungen abzureissen. Ist es schon schwer, in dieser kurzen Zeit sich eine andere Wohnstätte zu beschaffen, so sind auch die technischen Schwierigkeiten einer Demolierung dergestalt sehr grosse. Der Bürgermeister möge daher an massgebender Stelle vorstellig werden, damit dieser Auftrag auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werde.

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner** erwidert: Die Räumung der Schiffmühlen ist von der Donauregulierungskommission im Interesse des Umschlages an der Donau beschlossen worden. Ich werde mich gewiss dafür einsetzen, dass den Besitzern bei der Durchführung der Räumung soweit entgegengekommen wird, als es die Verhältnisse zulassen und ich werde daher die vorliegende Anfrage der Donauregulierungskommission zur tüchtigsten Berücksichtigung übermitteln.

es nicht abgetan, wir wissen, was die Verpflegung einer einzelnen Person heute kostet. Es gibt fix angestellte Frauen, welche froh wären, wenn sie sich sagen könnten, mir bleiben 50 Kronen, wenn ich meine Verpflegung bestritten habe. ( Laute Zustimmung ) Der Zug, aus den Familien liegt nicht in der Lohnfrage, sondern in dem Zuge nach Freiheit und nicht nach einer Freiheit, die unserem Volke zum Segen ist. Er liegt vielfach auch darin, dass die Angestellten es verlernt haben, die Interessen der Familien, denen sie dienen, zu fördern. Viele Frauen haben sich keine Dienstmädchen mehr halten können, weil sich diese den Sparsmassnahmen nicht anpassen können. Wir müssen trachten, brave, brauchbare, sittlich hochstehende Mädchen zu haben, denen wir auch ruhig unsere Kinder anvertrauen können, die die Sprache unseres Volkes auch beherrschen. Eine Hausgehilfin hat ein sorgloseres Leben, als eine Arbeiterin. ( Zwischenrufe ) Wenn ich dafür eintrete, dass wir uns brave Hausgehilfinnen schaffen sollen, so habe ich hauptsächlich eines im Auge. Ein Mädchen, das von einer braven Frau die Haushaltung gelernt hat, wird selbst auch eine brave Frau und Mutter werden. Das Glück des Mannes liegt in der Hand der Frau ( Beifall ). Sie dienen ihrem Volke, wenn sie ihm brave Dienstmädchen geben. Deshalb wünsche ich, dass die Gemeinde alle Bestrebungen unterstützt, welche sich mit der Gründung und Erhaltung von Haushaltungsschulen beschäftigen. Eine Frau, die kochen und einen Haushalt führen kann, wird einen Mann, der in einer schweren Stunde vielleicht an seinem Hause vorübergehen würde, in das Haus zurückführen, weil er sein Glück findet und seine Ehre und seinen Frieden höher schätzt, als die Freuden, die vorübergehen. ( Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen ).

GR. Dr. Haemala stellt den Zusatzantrag, dass zu den Beratungen auch Vertreterinnen der Organisationen der Hausfrauen und der weiblichen Hausbediensteten beizuziehen sind. Gegenüber dem Gr. Fick möchte er bemerken, dass unter Mitwirkung Fick's noch im Jahre 1918 ein Kollektivvertrag abgeschlossen wurde, welcher Mindestlöhne von 150.-- Kronen vorsieht.

GR. Breitner führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um freigesprochene Lehrlinge bis zum Alter von 18 Jahren handelt, deren Lage doch nicht mit der der weiblichen Hausgehilfinnen verglichen werden kann. Wenn in diesem Kriege weite Schichten proletarisiert wurden, so ist die Schuld des kapitalistischen Unternehmertums, dass sich in diesem Kriege auf das ungeheuerlichste bereichert hat.

Auch Gr. Fick betont, dass es sich bei dem erwähnten Vertrag um freigesprochene kaufmännische Lehrlinge handelt, die früher zwanzig, dreissig oder höchstens 50 Kronen Monatslohn bezogen.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird zur Kenntnis genommen, und die Anträge der Gemeinderäte Schorsch und Dr. Haemala und der Gemeinderätin Popp werden genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen, die noch auf der Tagesordnung stehenden 3 Geschäftstücke kommen in der nächsten Sitzung zur Beratung.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michler,  
Wien. I., Neues Rathaus.

Zur Kohlennot .  
=====

In der heutigen Stadtratsitzung wurden Berichte über die Wirkungen der durch die Kohlennot veranlassten Spar- und Sperrmassnahmen erstattet.

Der Bericht der städtischen Elektrizitätswerke, welcher auch an das Staatsamt für öffentliche Arbeiten erstattet wurde, besagt: Wie die Direktion müdlich und schriftlich schon vor Wochen erklärte, ist es - da keine Kohle eingelangt ist - nunmehr tatsächlich notwendig geworden, mit Ende nächster Woche mit der Abschaltung der Stromabnehmer der Elektrizitätswerke zu beginnen, u. zw. mit jenen Betrieben zuerst, für welche am meisten Strom geliefert wird, die somit am meisten Kohle brauchen, das sind die Strassenbahnen und die grossen Fabriken. Dann soll allmählich nach Massgabe der vorhandenen geschulten Arbeitskräfte, deren Zahl beschränkt ist, der übrige Konsum so weit abgeschaltet werden, bis jene Grenze der Maschinenbelastung erreicht ist, welche vom Ueberlandkraftwerk Ebenfurth unter Beihilfe der Wiener Kraftwerke an Sonntagen und zur Spitzendeckung geleistet werden kann. Es wird dann nur die notdürftigste öffentliche und Stiegenhausbeleuchtung, eine reduzierte Wohnungsbeleuchtung, sowie eine auf das äusserste Mass reduzierte Stromversorgung der wichtigsten Aemter und Anstalten, insbesondere der Krankenhäuser, der Approvisionierungs- und Lebensmittelbetriebe durchgeführt werden. Die Angelegenheit ist so einschneidend und nach Erachten der Direktion auch nicht in ihrer Kompetenz gelegen, dass hiemit an das Staatsamt für öffentliche Arbeiten die dringendste Bitte gerichtet wird, der Direktion die nötigen Direktiven betreffs der vorzunehmenden Abschaltung zu erteilen. Hierbei wird es sich empfehlen, die Vertreter der in Betracht kommenden Staatsämter, insbesondere jener für Handel und Gewerbe, für das Verkehrswesen, den Unterricht, die soziale Fürsorge und für Volksgesundheit, die grossen Korporationen, welche Handel, Industrie und Gewerbe vertreten und den paritätischen Ausschuss des Bundes der Industriellen, in welchem Arbeitervertreter sitzen, deren Beisein erwünscht wäre, zuzuziehen. Gegenwärtig wird durch Beamte der Elektrizitätswerke erhoben, welche Betriebe als Approvisionierungsbetriebe gelten und vorläufig belassen werden müssen, bezw. welche grösseren Betriebe ( über 20 Kilowatt Kraft ) zu Abschaltung gelangen sollen.

Ueber die seit 6. d.M. durchgeführten Strassenbahneinschränkungen lautet der Bericht: An Wochentagen waren die Einschränkungen, wie vorauszusehen war, insoferne fühlbar, als während des ganzen Tages, mit Ausnahme der von 6 Uhr abends an, fast alle Züge überfüllt waren. Hiezu hat auch

das besonders schlechte Wetter am Freitag und Samstag viel beigetragen. In den Abendstunden nach 5 Uhr nachmittags flaute das Verkehrsbedürfnis ab und in der Zeit zwischen 6 und 8 Uhr abends sind wir tatsächlich sogar zu viel gefahren. Vom heutigen Tage an wird diesem Umstande Rechnung getragen werden und die dadurch erzielten Ersparnisse zum Teile zur Verbesserung der Intervalle für die Zeit des stärksten Verkehrs verwendet. Die am Freitag, 6. d.M. gegenüber Mittwoch, 4. d.M. erzielte Stromersparnis betrug rund 32.000 Kilowattstunden. Es spielte an diesem Tage der frühe Betriebsschluss noch nicht mit. De am Samstag gegenüber dem 4. d.M. erzielte Stromersparnis betrug rund 37.000 Kilowattstunden. An diesem Tage waren bereits sämtliche Einschränkungen in Kraft und wird damit die gewünschte Einschränkung von 25 % im Werktagsverkehr erreicht, die durch die grösseren Sonntagserparnisse auf 30 % gebracht werden soll. Am Sonntag, 8. d.M. wurde ein sehr stark eingeschränkter Verkehr unter Einstellung von vielen Linien durchgeführt. In den Frühstunden war das Verkehrsbedürfnis ein sehr geringes. Dasselbe begann erst gegen 8 Uhr vormittags und reicht bis 10 Uhr vormittags der Fahrplan aus. Von 10 bis 12 Uhr, mittags jedoch war das Verkehrsbedürfnis ein grösseres und wurden auf verschiedenen Linien viele Fahrgäste zurückgelassen. In der Zeit zwischen 12 und 2 Uhr nachmittags reichte sodann der Fahrplan weder aus, während in der Zeit zwischen 2 und 4 Uhr nachmittags dem Verkehrsbedürfnis nicht entsprochen wurde. Nach 4 Uhr nachmittags wurde so ziemlich entsprochen, nur gegen Schluss in der letzten Stunde des Betriebes, machte sich wieder ein stärkeres Verkehrsbedürfnis geltend. Die Erscheinung, dass wir zu gewissen Tagesstunden dem Verkehrsbedürfnis nicht entsprachen, liegt hauptsächlich darin, dass ein grosser Teil der Bevölkerung nach immer nicht dem Ernst der Zeit Rechnung trägt. Es wird an Sonntagen die Strassenbahn viel zu überflüssigen Fahrten verwendet. Beobachtungen zeigten, dass viele Fahrgäste trotz des schlechten Wetters nicht um sich durch einen Spaziergang in der frischen Luft zu erholen, sondern um Heurige und Gasthäuser in den Sommerfrischen Bezirken zu besuchen, die Strassenbahn benützten. Für den nächsten Sonntagsverkehr werden wir neuerliche Anträge vorlegen. Die Stromersparnis betrug gegenüber Sonntag, den 1. d.M. rund 71.000 Kilowattstunden oder 55 %. In diesem Falle wurden wohl nicht die veranschlagten 60 % erreicht, doch ist dies darauf zurückzuführen, dass bereits am Sonntag, den 1. d.M. der Verkehr mit Rücksicht auf die uns bekannten Schwierigkeiten durch Intervallverlängerungen eingeschränkt wurde, so dass auch in diesem Falle gegenüber den früheren Sonntagen die beabsichtigte Minderleistung erreicht erscheint. Die Mindereinnahmen an Wochentagen betragen pro Tag 60 bis 70.000 Kronen, an Sonntagen rund 100.000 Kronen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Emmy Michlew.**  
Wien. I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 12. Dezember 1918. Nr. 466.

Kartoffelabgabe. Samstag, Montag und Dienstag werden im 12. Bezirk Kartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte J bis L der Kartoffelkarte.

Sicherstellung von Betonholzriegeln. Nach einem Antrage des StR. Jung über die Vorerzeugung von Betonholzriegeln. Für die beiden Siedelungen Schmelz und Leopoldau ist der Ersatz von 28 Millionen Ziegelsteinen, die infolge Kohlenmangels von den Ziegelwerken nicht erzeugt werden können, notwendig. 730.000 Stück Betonsteine als Ersatz für rund 6 Millionen Ziegel sind bereits sichergestellt. Für die Beschaffung weiterer Betonsteinmengen bei 4 Firmen werden aus dem von GR. bewilligten 18 Millionen Kronen Kredit 1,850.000 Kronen genehmigt.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 12. Dezember 1918. Nr. 467.

Gemeinderats - Ausschüsse. In der gestrigen Gemeinderatsitzung wurden gewählt: In den Ausschuss für die Verleihung des Heimatsrechtes und Bürgerrechtes: Johann Breuer, Anton David, Friedrich Dechant, Leopold Doppler, Max Ritter von Findenigg, Hermann Fischer, Ignatz Fischer, Dr. Robert Granitsch, Franz Haider, Florian Hedorfer, Johann Hiess, Franz Huber, Karl Jung, Friedrich Koppensteiner, Anton Kurz, Franz Kurz, Konrad Lötsch, Karl May, Ernst Neustadt, Mathias Partik, Karl Paulitschke, Johann Pokorny, Edmund Reismann, Paul Richter, Heinrich Roth, Hans Rötter, Amalie Seidel, Anna Strobl, Karl Wawerka, Wilhelm Zimmermann.

In den Ausschuss zur Beratung des Entwurfes einer neuen Bauordnung für Wien: Hans Angeli, Karl Baxa, Ludwig Biber, Dr. Robert Daneberg, Georg Emmerling, Dr. Oswald Glasauer, Heinrich Heitzinger, Dr. Franz Hemala, Alfons Herold, Franz Huber, Hans Huschauer, Karl Jung, Ing. Josef Klauy, Quirinus Kokrda, Franz Kubacek, Edmund Melcher, Adelheid Popp, Karl Richter, Heinrich Roth, Dr. Gustav Scheu, Heinrich Schmid, Hans Schneider, Franz Schwarz, Richard Seidel, Franz Siegel, Ferdinand Skaret, Rudolf Solterer, Dr. Ignatz Stich, Gabriele Walter, Karl Wettengel.

In den Ausschuss für städtische Wohnungsfürsorge: Karl Angermayer, Julius Bermann, Hugo Breitner, Dr. Hildegard Burjan, Theodor Daberkow, Dr. Alexander Dorn Ritter von Marwalt, Emmy Freundlich, Dr. Heinrich Grün, Johann Handersk, Franz Kubacek, Dr. Heinrich Loewenstein, Karl Max, Anitta Müller, Matthias Partik, Hans Preyer, Karl Richter, Heinrich Roth, Dr. Gustav Scheu, Richard

Schmitz, Hans Schneider, Johann Schorsch, Dr. Alma Seitz, Franz Siegel, Ferdinand Skaret, Dr. Ignatz Stich, Franz Ullreich, Karl Untermüller, Karl Vaugoin, Hans Waldsan, Max Winter.

In den Ausschuss zur Beratung einer Neuordnung der Gemeinderatsverfassung und des Gemeinde - Wahlrechtes: Karl Angermayer, Anna Boschek, Dr. Hildegard Burjan, Dr. Robert Daneberg, Anton David, Georg Emmerling, Rudolf Gsogladt, Dr. Oskar Hein, Dr. Franz Hemala, Heinrich Hierhammer, Dr. Viktor Kienböck, Leopold Kunschak, Julius Linder, Alois Moissl, Anton Nagler, Matthias Partik, Johann Pölzer, Hans Preyer, Gabriele Proft, Paul Richter, Karl Rummelhardt, Heinrich Schmid, Marie Schwarz, Karl Sedlak, Ferdinand Skaret, Franz Stangelberger, Leopold Tomola, Karl Vaugoin, Gabriele Walter, Anton Weber.

Kommunalsparkasse Döbling. Der Gesamteinlagenstand betrug bei der Wiener Kommunalsparkasse im Bezirke Döbling Ende Oktober K 19,409.157. Im November wurden eingezahlt von 1183 Parteien K 1,634.650, rückgezahlt an 1124 Parteien K 1,164.567; der Gesamt Einlagenstand Ende November betrug daher K 19,879.240 auf 13.551 Konten, welcher Betrag einen Zuwachs per K 470.082 zeigt. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr belief sich auf K 840.855, der aushaftenden Hypothekar-Darlehen auf K 9,724.941. der Darlehen auf Wertpapiere auf K 43.424 und der Wertpapiere ( Nominale ) auf K 7,634.303.

Stundung der Gehaltsvorschüsse. In der heutigen Stadtratsitzung wurde nach einem Berichte des StR. Angermayer die bis 1. Jänner 1919 bewilligte Stundung der Rückzahlung der den städtischen Angestellten einschliesslich der Angestellten der städtischen Unternehmungen und der Lehrpersonen gewährten Gehaltsvorschüsse bis 30. Juni 1919 erstreckt.

Baulinienbestimmung. In der heutigen Stadtratsitzung wurden nach einem Antrage des StR. Knoll für das Gebiet zwischen der Pragerstrasse, der Frömmelgasse, der Schwaigergasse und der Nordwestbahn im 21. Bezirk die Baulinien bestimmt. Für die Pragerstrasse zwischen dem Hause No 19 und der Nordwestbahn wird eine Breite von 44 m festgesetzt, um genügend Raum für die Herstellung einer Rampe und die seitlichen Zufahrtsstrassen bei Umwandlung der Niveaukreuzung zu gewinnen. Die Breite der übrigen Strassen wurde im Allgemeinen mit 16 m bestimmt. Bei diesem Referate regt StR. Melcher an, es mögen stets grössere Territorien als Bauland eröffnet werden. Die stückweise Regulierung müsse ein Ende haben.

Errichtung eines Zierbrunnens. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des StR. Schwer die Errichtung eines Zierbrunnens am Spielplatz des neuen Schulhauses 13. Bezirk Linzerstrasse - Hochsatzengasse mit den Kosten von 19.680 Kronen. Die künstlerischen Arbeiten wurden dem akademischen Bildhauer Edmund Klotz übertragen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 16. Dezember 1918. Nr 468.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Staatsamtes für Volksernährung werden in der 84. Woche an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für jeden Kopf 12,5 dkg Wohlfahrtsfleisch zum Preise von 80 h gegen Abtrennung der Abschnitte 19 und 20 in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereien an folgenden Tagen abgegeben: Dienstag, 17. A bis F, Donnerstag, 19. G bis K, Samstag, 21. L bis R und Sonntag, 22. d.M. S bis Z.

Von den städtischen Bädern. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Jung beschlossen, für die Dauer der ausserordentlichen Verhältnisse in den städtischen Bädern den Badeabschluss einheitlich auf 7 Uhr abends zu verlegen und dafür den Beginn um eine Stunde vorzuschieben. Nur in den Volksbädern wird die Badezeit im Interesse der Angestellten der Lebensmittelbetriebe an Samstagen un~~ver~~ändert wie bisher von 2 bis 8 Uhr belassen.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 13. Dezember 1918. Nr 469.

Weitere Einschränkung der öffentlichen Beleuchtung. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Schmid die Betriebsdauer der noch in Betrieb befindlichen Halbnächtigen Gasflammen und elektrischen Starklichtlampen von 11 Uhr nachts auf 9 Uhr abends herabzusetzen. Die Betriebsdauer der elektrischen Starklichtlampen bei den Bahnhöfen bleibt bis 11 Uhr nachts aufrecht. Die ganznächtige Gasbeleuchtung von Strassen, welche im unverbauten Gebiet liegen, wird auf die Hälfte herabgesetzt. Die Beleuchtung der grösseren öffentlichen Parkanlagen wird bis auf die Beleuchtung der unumgänglich notwendigen Durchgänge (Verbindungswege) eingestellt. Diese Massnahmen gelten auf die Dauer der verschärften Sparmassregeln.

Das Anhängen an die Strassenbahnwagen. Am 6. Dezember wurde von der Strassenbahn unweit der Haltestelle Herbststrasse - Fröbelgasse ein 7 jähriger Knabe überfahren und getötet. Der Junge hatte sich an der dem Einstiege entgegengesetzten Wagenseite angehängt und stürzte während der Fahrt ab. Neben einer Anzahl unerheblicher Verletzungen sind im Jahre

1918 nicht weniger als 5 erhebliche Verletzungen zu beklagen, die durch diese bedauerliche Unüberlegtheit unbeaufsichtigter Jugend entstanden, sich an fahrenden Strassenbahnzügen anzuhängen. Eine Ernste Abmahnung der Jugend von diesem Todesport durch Haus, Schule, Polizei und weiteste Öffentlichkeit täte dringend Not.

Wiederanstellung verheirateter Lehrerinnen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Tomola beschlossen, weiblichen Lehrpersonen, welche auf Grund des seinerzeitigen Landesgesetzes anlässlich ihrer Verheiratung aus dem Schuldienste ausgeschieden sind, bei ihrem Neueintritt in den Schuldienst auf Grund der Abänderung des erwähnten Gesetzes von Neuem in den Wiener Schuldienst eintreten, Unterbrechung ihrer Dienstzeit als „Ausser Schuld und Zutun“ anzusehen und die Dienstzeit dementsprechend richtigzustellen.

Eine Debatte über die Weihnachtssubventionen. Bei dem vom StR. Tomola vorgelegten Berichte über die Weihnachtssubventionen für 42 Vereine im heurigen Jahre in der Gesamthöhe von 6250 K sprachen sich mehrere sozialdemokratische Mitglieder des Stadtrates aus pädagogischen Rücksichten gegen öffentliche Feierlichkeiten bei der Beteiligung der Kinder aus. GR. Winter beantragte, den Vereinen zu empfehlen, von jeder öffentlichen Beteiligung der Kinder, insbesondere aber von jeder öffentlichen Danksagung durch die Kinder abzusehen. Demgegenüber machten die GR. Müller, Hötzel, Vaugoin und Schwer geltend, dass die Vereine wegen der verhältnismässig kleinen Subvention sich nicht Bedingungen vorschreiben lassen werden und dass letzten Endes darunter die Kinder leiden. So lange die Gemeinde Wien gewissen sozialen Verpflichtungen infolge ihrer beschränkten Mittel nicht selbst nachkommen könne, müsse man trachten die private Wohltätigkeit möglichst zu fördern. Bei der Abstimmung blieb der Antrag Winter in der Minderheit.

Abendheim für Mädchen. Ein Abendheim für Mädchen über 14 Jahre wurde von den barmherzigen Schwestern im 6. Bezirk Gumpendorferstrasse 106 (Gartentrakt) errichtet, welches derzeit an Wochentagen von  $\frac{1}{2}$  6 bis  $\frac{1}{2}$  8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 3 bis  $\frac{1}{2}$  8 Uhr abends geöffnet ist. Dasselbe wird im warmen Zimmer Gelegenheit für Handarbeiten, gesellige Unterhaltung und - soweit es möglich - Tee oder Suppe geboten werden.

Der Strassenbahnverkehr am Sonntag. Am Sonntag, 15. d.M. wird auf den städtischen Strassenbahnen derselbe eingeschränkte Verkehr aufrecht erhalten werden, wie am vergangenen Sonntag, den 8. d.M.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michalek.  
Wien 1. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 14. Dezember 1918. Nr. 470.

Abgabe von Unterzundholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzundholz an einen Haushalt erfägt vom 16. bis 21. d.M. gegen Abtrennung der Ziffer 29 des Einkaufscheines. Der Preis ist unverändert.

Abgabe von Kindergrüss. Ueber Verfügung des Staatsamtes für Volksernährung wird im laufenden Monate eine einmalige Abgabe von Weizengrüss für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre veranstaltet und zwar entfallen auf jedes Kind 30 dkg. Däe Abgabe des Kindergrüsses fändet bei jenen stätischen Mehlabgabestellen statt, bei welchen Zubussen für schwangere und stillende Frauen erhältlich sind. Die Abgabestellen sind bei jeder Brotkommission, bezw. magistratischen Bezirksamte zu erfragen; der Bezug kann an einem beliebigen Tage mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage zwischen 18. und 31. Dezember erfolgen. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes I der rosa-farbenen Milchkarte, dagegen werden Mehlkartenabschnitte nicht abgenommen.

Abgabe von Bohnenkaffee für Weihnachten. Die vom Staatsamt für Volksernährung angeordnete Ausgabe von Bohnenkaffee in Wien erfolgt gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines ohne Unterschied der Farbe bei denjenigen Verschleissstellen (Gemischtwarenverschleisser oder Konsumenten-Organisationen) bei welchen die Verbraucher bisher, mit dem Bezuge der Kriegskaffeemischung rayoniert sind und deren Geschäftsadresse auf den amtlichen Einkaufscheine ersichtlich ist. Auf jede im Einkaufscheine ausgewiesene Person entfällt 1/8 kg Rohkaffe zum Preise von K 2.10. Beim Bezuge des Kaffees wird die Ziffer 28 des amtlichen Einkaufscheines eingezogen. Die auf jeden Einkaufschein entfallende Mäge ist auf einmal zu beziehen. Der Verkauf findet ab 19. Dezember statt.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Donnerstag, 19. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden die mit den Ziffern 21 und 22 bezeichneten Abschnitte des bisherigen Rindfleischeneinkaufscheines und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt. Die Wochenmenge beträgt für jede Person des Haushaltes 1/8 kg einschliesslich der Zuwage.

Kartoffelabgabe. Montag, Dienstag und Mittwoch werden im 14. Bezirk, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag im 15. Bezirk Kartoffeln und zwar 1/2 kg pro Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte J bis L der Kartoffelkarte.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 14. Dezember 1918. Nr. 471.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Mittwoch wieder um 3 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung befinden sich vorläufig mit den von der letzten Sitzung zurückgebliebenen Referaten insgesamt 12 Geschäftsstücke. - Der Stadtrat tritt am Dienstag und Donnerstag zu Sitzungen zusammen.

Belastung von Dienstwohnungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola <sup>StR.</sup> Schulleitern, die im Genusse einer Naturalwohnung stehen, im Falle ihrer Pensionierung auf jedesmaliges Ansuchen ausnahmsweise im Hinblick auf die sehr schwierigen Wohnungsverhältnisse <sup>an Hand</sup> die Naturalwohnung unter denselben Bedingungen und Begünstigungen vorläufig bis November 1919 weiterzubewützen.

Warnung! Auf den Namen des Gemeinderates Karl May treibt sich in Wien ein Schwindler herum, welcher unter dem Vorwande, für die Gemeinde Bestellungen zu machen, Geld herauszulocken versucht.

Um die polizeiliche Anhaltung des Betrügers wird ersucht.

Dienst in den Brotkommissionen. Von Montag, 16. d.M. anfangen, werden die Dienststunden in den Brotkommissionen einheitlich von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags festgestellt. Mittwoch, 25. d.M. und Mittwoch, 1. Jänner 1919 bleiben die Lokale der Brotkommission geschlossen.

Abgabe von Sauerkraut. In der kommenden Woche wird vom Donnerstag, 19. d.M. bis einschliesslich Sonntag, 22. Sauerkraut abgegeben. Für jede Person kommt 1/2 kg zur Abgabe; der Preis für 1 kg beträgt K 2.--. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes 23 des amtlichen Einkaufscheines. Die in den einzelnen Abgabestellen übrig gebliebenen Mengen werden am 23., 24. und 25. Dezember frei abgegeben.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 16. Dezember 1918. Nr. 472.

Die Leiterstellen an Mädchenschulen. Der Stadtrat beschloss nach einem Berichte des StR. Tomola an das Staatsamt für Unterricht das dringende Ersuchen zu richten, die laufenden Rekurse gegen die erfolgten Ausschreibungen von Leiterstellen an Mädchenschulen mit der grössten Beschleunigung zu erledigen. Es wird hierbei darauf hingewiesen werden, dass durch die infolge Rekurses nicht mögliche Besetzung dieser Leiterstellen die Ordnung in der Schule, aber auch die Vorrückungsverhältnisse der Lehrerschaft schweren Schaden erleiden.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden im 9. Bezirk Kartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt J bis L der Kartoffelkarte.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 16. Dezember 1918. Nr. 473.

Ein Antrag auf Einführung des Achtstundentages in den städtischen Betrieben. In der letzten Stadtratsitzung stellten die StRe. Weigl und Genossen nachfolgenden Antrag: In den Betrieben der Gemeinde Wien einschliesslich der Verkehrsbetriebe wird vom 1. Jänner 1919 an für alle Angestellten, Bediensteten und Arbeiter, insoweit nicht bereits die achtstündige oder eine kürzere tägliche Arbeitszeit besteht, die täglich achtstündige Arbeitszeit eingeführt. In Betrieben, wo derzeit an Samstagen mittags Arbeitsschluss gemacht wird, kann eine entpfehlende Verlängerung der täglichen Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen platzgreifen, doch darf in keinem Falle die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden übersteigen. Die Löhne der Angestellten, Bediensteten und Arbeiter erleiden durch die Verkürzung der Arbeitszeit keine Verringerung. Stunden- und Akkordlöhne werden in einem solchen Ausmasse erhöht, dass den in Frage kommenden Bediensteten und Arbeitern eine Einbusse an ihrem Wochenverdienste infolge der Verkürzung der Arbeitszeit nicht erwächst. - Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Einkaufskommission für Kunstwerke. In die stadträtliche Einkaufskommission zum Ankauf von Werken der bildenden Künstler Wiens, welcher der gewesene Vizetürgermeister Hierhammer, die StRe. Zatzka, Schneider, Tomola und Schwer angehören, werden an Stelle der beiden Erstgenannten die StRe. Emmerling und Melcher entsendet.

Bezirksratsitzung. Die Bezirksvertretung Wieden hält am 17. d.M. um  $\frac{1}{2}$  5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Wohnungsfürsorgeausschuss.

In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für städtische Wohnungsfürsorge erfolgte die Neukonstituierung desselben, bei welcher GR. Dr. Stich zum Obmann und GR. Dr. Scheu zum Obmann-Ersatzvertreter gewählt

wurden. Direktor Dr. Sagmeister des Wohnungsamtes erstattete einleitend einen Bericht, in welchem er ausführte, dass durch die infolge der Demobilisierung erfolgten Massenzuwanderung der Wohnungsbedarf noch auf längere Zeit weitläufig vorläufig wenigstens Unterstand oder Notunterkünfte gefunden haben. Die Abwanderung, von der man vielfach sprechen hört, könne bei der Unmöglichkeit des Möbeltransportes erst für einen späteren Zeitpunkt in Betracht kommen. Uebrigens herrsche im allgemeinen nicht die Tendenz, die Wohnungen in Wien gänzlich aufzulassen, es werde also längere Zeit noch die Nachfrage das Angebot überwiegen. Die auf Grund der Vollzugsanweisung über die Anforderung von Doppelwohnungen erfolgten Anmeldungen waren sehr zahlreich, es ist aber nicht das ganze Material verwendbar, da nämlich zahlreiche Doppelwohnungen in den Villenvierteln aus Mangel an Beheizungs- und Beleuchtungsmöglichkeit nicht einbezogen werden können, vor allem auch aus Mangel an Verkehrsmitteln. Soviel auch über den künftigen Niedergang Wiens gesprochen wird, so liegt doch bisher kein Anhaltspunkt dafür vor, dass die Nachfrage nach Wohnungen abgenommen habe.

Nach einer kurzen Debatte, in welcher namentlich über die Einführung einer Wohnungsinspektion Anregungen gegeben wurden, bemerkte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, dass hierüber ein eigenes Referat dem Ausschusse zugehen werde.

Direktor Dr. Sagmeister berichtet hierauf über die Bestellung eines Baurechtes an 61 im Eigentum der Gemeinde Wien und des Bürgerspitalfonds für eine Baufirma zwecks Errichtung von 1200 Klein- und Mittelstandwohnungen. Es sei dies die erste Vorlage, welche eine umfangreiche Förderung der Bautätigkeit bezweckt und die neben der bereits eingeleiteten Bauführung durch die Gemeinde zur Errichtung sogenannter Kriegswohnungen mit einem Kostenaufwande von 20 Millionen, besonders für kinderreiche Familien und Arbeitslose bestimmt ist, die Belegung der Bautätigkeit, die eine Lebensfrage für Wien sei, zu fördern. Bei der in Rede stehenden Vorlage handle es sich um die Frage des sogenannten „Verlorenen Mehraufwandes“. Es ist nämlich ganz ausgeschlossen, in absehbarer Zeit Wohnungen zu einem Preise herzustellen, dass sie rentabel sind, es muss also von irgend einer Seite für den verlorenen Mehraufwand eingetreten werden, was in diesem Falle von Seite der Gemeinde in der Weise erfolgen soll, dass für eine jährliche reine Verzinsung von 5 % und  $\frac{1}{2}$  % Tilgung des gesamten Kapitals gehaftet wird. Diese projektierten Bauten sollen bereits nach den Bestimmungen der neuen Bauordnung errichtet werden und ihren erhöhten Anforderungen entsprechen. Es sollen vor allem grosse freie Flächen vorhanden sein und selbst Wohnungen mit Zimmer, Kabinett und Küche mit eigenem Bad und Klosett, mit Gas und elektrischem Licht auszustatten, eine Reform, die sonst bisher wohl kaum üblich war. Die Höhe der Mietzinse ist im Einvernehmen mit der Gemeinde festzusetzen. Die Gemeinde habe es daher in der Hand, die mittlere Linie zu halten, übermässige Zinse zu verhindern, andererseits aber die Ausfallgarantie nicht ins Ungemessene wachsen zu lassen. Die Wohnungen dürfen nur an solche Personen überlassen werden, welche nach den Grundsätzen der Gemeinde in erster Linie zu berücksichtigen sind, nämlich Kriegsteilnehmer und kinderreiche Familien. Nach

einer eingehenden Debatte, an welcher sich fast sämtliche Mitglieder des Ausschusses beteiligten, wurden die Anträge des Referenten genehmigt. Hierauf wird eine ganz ähnliche auf die gemeinnützige Bautätigkeit abgestellte in Verhandlung gezogen, welche die Errichtung von 1000 Kleinwohnungen durch die erste gemeinnützige Baugesellschaft für Kleinwohnungen zum Gegenstand hat. Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Die beiden Projekte erfordern eine Bauausgabe von rund 35 Millionen Kronen, mit dem Bau soll bereits im Frühjahr begonnen werden.

Eine weitere Vorlage des Wohnungsamtes betraf die Bestellung eines Baurechtes für einen Platz auf der Schmelz zu Gunsten der Genossenschaft „Heimhof“. Hier soll als neue Einrichtung ein Familien-Einküchenhaus geschaffen werden. Endlich erledigte der Ausschuss noch mehrere Ansuchen um Baurechte für die Erbauung von Kleinhäusern.

Abgabe von Salzspeck aus den Gemeindevorräten. Anlässlich der Weihnachtsfeiertage bringt die Gemeinde Wien auch heuer aus ihren Vorräten ein grösseres Quantum Salzspeck in der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren zur Abgabe. Bezugsberechtigt sind Besitzer amtlicher Einkaufsscheine ohne Unterschied der Farbe. Der Speck wird nur gegen Abrennung der Ziffer 55 des amtlichen Einkaufsscheines und der beiden Abschnitte No 119 der Fettkarte für nichtrayoniertes Fett verkauft werden. Für je 6 dkg Speck sind 2 Fettmarkenabschnitte abzutrennen. Auf jeden amtlichen Einkaufsschein gelangen sovielmals 6 dkg Speck zum Preise von K 1.- zur Abgabe, als bezugsberechtigte Personen auf dem Einkaufsschein ausgewiesen sind. Besitzer amtlicher Einkaufsscheine mit den Buchstaben A bis G sind am 18., Haushaltungen mit den Buchstaben H bis L am 19., solche mit den Buchstaben M bis S am 20. und Haushaltungen mit den Buchstaben Sch, St, T bis Z am 23. d.M. nach Massgabe der Vorräte bezugsberechtigt.

Abgabe von Reis für Weihnachten. Die Gemeinde Wien ist in der Lage anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage, Reis an alle Verbraucher abzugeben. Die Ausgabe erfolgt gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufsscheines ohne Unterschied der Farbe bei den städtischen Mehlmehlsstellen, bzw. bei den Mehlmehlsstellen der Konsumentenorganisationen, bei welchen die Verbraucher mit dem Bezuge von Mehl rayoniert sind. Auf jede im Einkaufsschein ausgewiesene Person gelangt  $\frac{1}{8}$  kg Reis zum Preise von K 1.- zur Abgabe. Beim Bezuge wird die Ziffer 63 des amtlichen Einkaufsscheines angezogen. Die auf jeden Einkaufsschein entfallende Menge ist auf einmal zu beziehen. Der Verkauf findet am 20., 21., 23. und 24. d.M. statt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michlew.**  
Wien. I. Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, 16. Dezember 1918. Nr. 474.

Deutsch-österr. Staatsanleihe. Die Gemeinde Wien mit ihren Fonds und Anstalten hat auf die deutsch-österr. Staatsanleihe vorläufig 20 Mill. K. gezeichnet.

Obmännerkonferenz. In der heutigen 112. gemeinderätlichen Obmännerkonferenz, die unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vize-Bürgermeister Rain und Neumann stattfand, erstattete Mag. Rat Dr. Fastenbauer einen ausführlichen Bericht über das Ergebnis der mit tschecho-slowakischen Regierung in Angelegenheit der Kohlenversorgung Wiens in Prag geführten Verhandlungen. Der Bericht des Mag. Referenten stellte fest, dass auch bei Einhaltung der von der tschecho-slowakischen Regierung zugesicherten Kohlenmengen an eine Erleichterung oder gar Aufhebung der gegenwärtigen Sparmaßnahmen bis auf weiteres nicht zu denken ist. Jedenfalls wird auf das Einlangen regelmäßiger Kohlenlieferungen zu warten sein.

Mag. Oberkommissär Dr. Lorenz berichtete hierauf über die Holzversorgungsaktion der Gemeinde Wien und führte aus, dass diese sich bisher in Hinsicht auf die Unersetzlichkeit der Kohle als Heizmaterial für die Großstadt nur auf die Beschaffung von Untersündholz und Brennholz für das Bäckergewerbe und ähnlicher Gewerbe beschränkt hat. Wenn auch ein voller Ersatz von Kohle durch Holz ausgeschlossen erscheint, so wolle die Gemeinde mit Rücksicht auf den immer drückender werdenden Kohlenmangel die Brennholzversorgung von Wien derart durchführen, dass hierdurch eine weitgehende Brennmaterial-Beihilfe vor allem zunächst für die bedürftigen kleinen Haushalte möglich wird. In diesem Sinne sei zuerst an geeigneten Stellen im Lainzer Tiergarten mit der Holzschlaggerung begonnen und die sofortige Bringung des geschlägerten Holzes veranlagt worden. Auch in anderen in der Nähe Wiens günstig gelegenen Gebieten des Wiener Waldes werden Holzschlaggerungen durchgeführt. Eine Holzbeschaffung in größeren Mengen aus weiter entfernten Gegenden sei mit Rücksicht auf die mangelnden Transportmittel nicht möglich. Die Aktion der Gemeinde stoße auf große Schwierigkeiten, in erster Linie auf den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, die allein einen Arbeitserfolg gewährleisten können. Eine weitere Schwierigkeit liege in der Forderung der Arbeiter nach Beistellung der vollen Verpflegung. - Die Obmännerkonferenz nahm diese Berichte zur Kenntnis.

21. Jahrgang Wien Dienstag, 17. Dezember 1918 Nr. 483

Abgabe von Marmelade. Die erste Ausgabe von Marmelade an die Haushaltungen beginnt am 19. Dezember und zwar in folgender Ordnung: Donnerstag, 19. für die Buchstaben A bis G, Sch. Freitag, 20. H bis L, Sa. Samstag, 21. M bis R und Montag, 23. S bis Z. Von Dienstag, 24. d.M. angefangen erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen, welche an den erwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. Jedem Bezugsberechtigten wird die ihm und seinen Haushaltsangehörigen zukommende Marmelade nur auf Grund des amtlichen Einkaufsscheines ausgefolgt, von welchem der Abschnitt 37 abzutrennen ist. An jeder in Haushalte verkömmerte Person wird  $\frac{1}{2}$  kg abgegeben. Die Zubusse von  $\frac{1}{2}$  kg Marmelade für Kinder unter 14 Jahren wird gegen Vorweisung der Milchkarte für Kinder ausgefolgt, von welcher der mit II bezeichnete Abschnitt abzutrennen ist. Auf diesem Abschnitt gibt die Ziffer, welche mit einem nie umschliessenden Kreise bezeichnet ist, die Zahl der Bezugsberechtigten Personen an. An jede derselben ist somit  $\frac{1}{2}$  kg abzugeben. Die Abgabe der Zubusse von  $\frac{1}{2}$  kg Marmelade für Schwerarbeiter erfolgt gegen Vorweisung der <sup>gelben</sup> Fettkarte für erhöhten Bezug, von welcher der am unteren Rande des Stammes der Karte befindliche mit B bezeichnete Abschnitt abzutrennen ist. Auf jede solche Karte ist demnach  $\frac{1}{2}$  kg Marmelade abzugeben. Die vom Magistrat genehmigten Abgabestellen (Handels- und sonstigen Gewerbetreibenden und Konsumentenorganisationen) sind verpflichtet, ihre Abgabestellen mittelst einer Tafel mit der Aufschrift „Städtische Abgabestelle für Marmelade“ kenntlich zu machen und zwar in der Weise, dass diese Aufschrift bereits von der Gasse aus deutlich lesbar ist. Die Abgabepreise an die Verbraucher für Marmelade wurden vom deutschösterreichischen Staatsamt für Volksernährung in folgender Weise festgesetzt: Für Feinmelangemarmelade und zwar aus offenen Gefässen oder Holzpackungen für alle Sorten per kg K 9.-, in Jamesgläsern mit ca. 90 dkg Inhalt per Stück einschliesslich Glas und Verpackung K 9.-, in Jamesgläsern mit ca. 45 dkg Inhalt per Stück einschliesslich Glas und Verpackung K 4.60, für Dreier- (Konsum-) Marmelade aus offenen Gefässen (Auswiegpreis) per kg K 6.40. Diese Preise gelten nur für die am 19. d.M. beginnende Marmeladeabgabe.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 6. Bezirke Kartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte J bis L der Kartoffelkarte.

**Ernennungen.** Der Stadtrat hat im Status der Hauptkasse ernannt: Robert Schug, Anton Nadhera, Friedrich Bulius, Ludwig Wlk, Hermann Ramharter, Rudolf Hartl, Alfred Balaban, Georg Bayer zu Kontrolloren; Richard Oellacher, Alfons Geschlät, Karl Vlcek, August Schumacher, Josef Höllinger, Karl Gillmayer zu Adjunkten; Friedrich Pleninger, Hermann Wottawa, Friedrich Mayerhofer, Anton Selinka, Otto Scheiber zu Offizialen; Felix Solterer zum Akzessisten.

**Die Zukunft der Krongüter.** Der Stadtrat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit einem Referate des VB. Reumann auf Ueberreichung einer Denkschrift der Gemeinde Wien aus Anlass der Uebernahme der Krongüter durch den Staaterat. Da die meisten und wichtigsten dieser Güter im Weichbilde der Stadt Wien oder in ihrer Nähe liegen, hat die Gemeinde Wien an der Lösung dieser Frage ein ausserordentliches Interesse. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sich denn auch bereits am 23. November an den Staatsnotar gewendet und unter Hinweis auf die grosse Bedeutung eines Teiles dieser Besitztümer, namentlich des Lainzer Tiergartens für die Gemeinde Wien für die Wiener Bevölkerung um die Anordnung von Unterhandlungen ersucht. Nach einer am 3. d.M. beim Staatsnotar abgehaltenen Besprechung haben die Staatsämter ein sehr weitgehendes Programm entwickelt und namentlich der Lainzer Tiergarten wurde von fünf Stellen in Anspruch genommen. Die Vertreter der Gemeinde Wien haben hierbei das Interesse der Gemeinde an den Gartenanlagen und Liegenschaften betont, im übrigen aber ihre Wünsche nur im allgemeinen dargelegt und sich die genauere Feststellung der für die Zwecke der Gemeinde anzusprechenden Güter vorbehalten. Zu diesem Behufe fand am 6. d.M. bei der Magistratsdirektion eine Besprechung aller beteiligten Magistratsreferenten statt wobei die für die Lösung dieser Angelegenheit massgebenden leitenden Gesichtspunkte und die wichtigsten Ansprüche der Gemeinde Wien klargelegt wurden, insbesondere die Notwendigkeit betont wurde, die Auslieferung dieser Güter an die Spekulation zu verhindern.

In der Denkschrift wird ausgeführt, dass die Uebernahme und Nutzbarmachung der Krongüter rechtlich in erster Linie den Staat als den Rechtsnachfolger der Krone berühre, tatsächlich aber am stärksten und unmittelbarsten die Stadt Wien, in deren Weichbild oder in deren Nähe die meisten und wichtigsten Güter gelegen sind; die Gemeinde Wien erachtet es daher als eine ihrer ersten Pflichten ihr Interesse an diesen Besitztümern, mit allen ihr zu Gebote stehendem Nachdrucke, zur Geltung zu bringen. Die Gemeindeverwaltung erhofft sich dabei die verständnisvolle und entgegenkommende Würdigung seitens der Staatsverwaltung denn das Interesse der Stadt Wien deckt sich vollkommen mit dem öffentlichen Interesse. Dieses rechtfertigt wohl auch die Bitte, der Staaterat möge die Gemeinde Wien vor jeder Verfügung über eines der Güter rechtzeitig in Kenntnis setzen und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die Erinnerungen an eine jahrhundertlange Vergangenheit und die gebieterischen Forderungen der neuen Zeit verlangen in gleicher Weise, dass diese Besitztümer ohne allen

Vorbehalt und alle Einschränkung dem Genusse und dem Nutzen der Allgemeinheit zu geführt und erhalten bleiben. Ganz im Einklange mit diesem Grundsatz wird die Gemeinde Wien jedem Versuche entgegenzutreten, diese Güter, seien es Baulichkeiten, Gärten oder Liegenschaften der Privat-spekulation, in welcher Form immer auszuliefern. Diesem obersten Grundsatz entspricht es auch, dass Kulturgüter von unschätzbarem Werte, wie sie die Hofburg, die Hofmuseen darstellen umgekehrt den kommenden Geschlechtern und dass Kunstanstalten, wie die Hoftheater ihrer erhabenen Widmung erhalten bleiben. Diese Stätten, die der Kunst und der Wissenschaft dienen, bilden einen Kulturschatz des ganzen Staates und seine Verwaltung gebührt daher ausschliesslich dem Staate, der sie vor jeder Entweihung ( Errichtung von Postämtern ) behüten wird. Die Gemeinde Wien wird ihre Ansprüche überall dort zurückstellen, wo es sich um allen Staatsbürgern gewidmete Kulturschätze handelt. ( Schloss Schönbrunn, Schloss Hetzendorf, Belvedere ) Die Gartenanlagen aber dienen in erster Linie der Stadt und ihren Bewohnern; zu ihrer Verwaltung kann nur die Gemeinde Wien berufen sein, die dann auch die Verwaltung und Erhaltung zu besorgen haben wird. Sie sind als öffentliches Gut unentgeltlich in die Verwaltung der Gemeinde Wien zu übertragen.

Hinsichtlich der Güter teils Krongüter, teils Güter des privaten Familienfonds tritt ein Wettbewerb der Interessen des Staates und der Gemeinde Wien ein. Hier wird daher ein Vergleich der beiderseitigen Interessen stattfinden müssen und der stärkere Bedarf und das höhere Interesse entscheiden. Zur Durchführung aller der Gemeinde im Kriege auferlegten Aufgaben, die eine sprunghafte Steigerung der Verwaltungstätigkeit der Gemeinde mit sich brachte, benötigt die Gemeinde dringendst einen Teil der Besitztümer der Krone, die durch entgeltliche Erwerbung Gemeindevermögen werden sollen. Sie ist der Besitz der an der Spital der Gemeinde und an das Versorgungshaus angrenzenden Teile des Lainzer Tiergartens die unerlässliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung dieser Anstalt. Das Gebiet des Tiergartens eignet sich aber auch wie kein anderes zur Errichtung von neuen Anstalten, für Tuberkulosefürsorge, einer grossen Kinderpflegeanstalt, Waisenhäusern etc. Von grösstem Wert für die Gemeinde ist der Besitz der ganzen Lobau für Wohnzwecke der landwirtschaftlichen Arbeiter ist die Sicherung der Jagdhäuser und Jagdhütten in der Lobau und in Asperrn notwendig. Weiter strebt die Gemeinde Wien den Hofrärischen Besitz auf der Simmeringer Halde an, der allseits von Gemeindebesitz umschlossen ist. Ausserordentlich erwünscht wäre die Pachtung von Orth. Angemeldet wird neben der Ueberlassung des Praters die Erwerbung der Kriau und des Vorparkes von Schönbrunn, welche letzterer bereits eine Verwendung für Jugendfürsorge gefunden hat. Hinsichtlich Schönbrunn ( Seitengebäude ) Hetzendorf und Laxenburg behält sich die Gemeinde vor, Anträge wegen teilweiser Verwendung zur Kinder- und Rekonvaleszentenfürsorge zu stellen. Auch die Räume des Reservespitals im Augarten könnten mit den Grünflächen gleichfalls zur Jugendfürsorge herangezogen werden. Die Gemeinde Wien kann es weiters nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, dass der Stadterweiterungsfonds seinem ganzen Ursprunge nach nicht zum gemeinsamen Eigentum, der Teilstaaten des ehemaligen Oesterreichs gehört.

In dem Gebäude der ungarischen Garde in der Neustiftgasse könnte ein Teil der städtischen Sammlungen würdige Unterbringung finden. Zur Deckung des dringendsten Bedarfes denkt die Gemeinde an folgende Baulichkeiten: Gebäude der Leibgarde in der Mariahilferstrasse, Gebäude der Leibgarde Reiterschwadron in der Lerchenfelderstrasse, das Hofmobilien- und Materialdepot, auf der Mariahilferstrasse und die Hofstallungen.

Schliesslich macht die Gemeinde auf die unschöne Tiergartenmauer aufmerksam, durch deren Abtragung sich Ziegel und Steine gewinnen, sowie Arbeitsgelegenheit ( Notstandsarbeiten ) schaffen liessen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, dass der Kaisergarten, der kaum je von den Mitgliedern oder Hofes benützt wurde, der Öffentlichkeit raschestens erschlossen werden müsse. Dringlich seien ferner die Uebernahme des Augartens und insbesondere des Lainzer Tiergartens, von welchem der an das Jubiläumsspital und Versorgungshaus grenzende Streifen den Pflinglingen dieser beiden Anstalten zur Verfügung zu stellen wäre. Im Tiergarten wären ferner Sport- und Spielplätze zu errichten. Ein Teil wäre auch als Naturpark, der gewisse eine Sehenswürdigkeit für Einheimische und Fremde bilden wird, zu erhalten. Mit dem vorliegenden Antrage des VB. Reumann und jenen des StR. Winter sei er einverstanden.

StR. Kienböck wünscht, dass wenigstens ein Teil des Lainzer Tiergartens für Spaziergänger sofort geöffnet werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass ein solches Ansuchen bereits an den Staaterat gestellt wurde, die Erledigung werde offenbar dadurch verzögert, dass der Abschuss von 80 % des Wildbestandes angeordnet wurde und jetzt im Zuge ist. Bezüglich des Praters müsse vorgesorgt werden, dass die Kriau, welche Besitz von Mitgliedern des Kaiserhauses sei, nicht der Privat-spekulation überliefert werde. Auch dieses Gebiet könne teilweise für Kinderfürsorge-Zwecke in Anspruch genommen werden. Der Bürgermeister spricht sich ferner für die energische Forderung der Ueberlassung des Stadterweiterungsfonds aus, der gegenwärtig über 20 Millionen Kronen beträgt und dessen Eigentumsanspruch in den 60 er Jahren von der Gemeinde nicht nachdrücklich genug geltend gemacht wurde.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Stadtrat möge ihn ermächtigen, mit dem Staatsamt wegen Ueberlassung des Stadterweiterungsfonds an die Gemeinde Wien Verhandlung zu pflegen.

StR. Winter wünscht die Erhaltung der Schönbrunner Menagerie und die Deckung der Kosten durch Errichtung einer Volks A.G., die Aktien lautend auf 20 bis 30 K, die Uebernahme des Fasangartens für Erholungsstätten und Sportplätze. Gewisse Teile des Schönbrunner Schlosses, in denen sich Kunstwerke von grossem Werte befinden, seien in dem jetzigen Zustande zu belassen. Er wünscht ferner ein Durchweg durch den Volksgarten mit dem Eingang vom Ring aus, die Uebernahme des Parkes Augartens und Errichtung einer fairen Strasse zum Nordwestbahnhof, die Erhaltung des Lainzer Tiergartens als Naturpark mit Ausnahme des südlichen Teiles der für die Pflinglinge des daselbst befindlichen städtischen Anstalten und für Kindergesundheitszwecke in Anspruch zu nehmen sei.

StR. Müller wird darauf hin, dass er bereits vor 6 Wochen dem Bürgermeister über die Uebernahme verschiedener Krongüter gesprochen und dass der Bürgermeister erklärt

habe, diese Angelegenheit kässe sich nur im Einvernehmen mit dem Staatsamte regeln. Auch seine Parteigenossen wünschen, es mögen recht viele Flächen für Wohlfahrtszwecke, insbesondere für Kinder angefordert werden. GR. Müller bittet bei dieser Gelegenheit, die Gemeinde möge sich auch der Hofbediensteten und Hofgärtner annehmen.

StR. Spalowsky wünscht die eheste Eröffnung der Hofburg als einziger Durchzugsstrasse von Mariahilf in die Innere Stadt. Der Schönbrunner Park müsse der Wiener Bevölkerung auch weiterhin als Erholungsstätte vollständig erhalten bleiben.

Er müsse sich dagegen aussprechen, für die Schönbrunner Menagerie eine Volks A.G. zu gründen. Die Arbeiterschaft würde sich kaum daran beteiligen können und die Bevölkerung würde erbittert sein, wenn sie Eintrittsgebühr zahlen müsste. Auch er bittet, Vorsorge zu treffen, dass die Hofbediensteten nicht geschädigt werden. Er bittet schliesslich auch auf die Einbeziehung des Schlösschens und Parkes Hetzendorf in die Aktion nicht zu vergessen.

StR. Knoll betonte die Wichtigkeit, auch den zweiten Teil der Lobau, der noch im Besitze des Hofrars ist, zu erwerben, oder wenigstens durch einen langfristigen Pachtvertrag der Gemeinde dienstbar zu machen. Die Lobau werde in der Zukunft für die Errichtung landwirtschaftlicher Güter der Gemeinde Wien eine besondere Rolle spielen.

StR. Vaugoin tritt dafür ein, dass ebenso, wie Versailles auch Schönbrunn in und ausser im unveränderten Zustande erhalten werden soll. Der Schönbrunner Park und der Lainzer Tiergarten müssten der ganzen Bevölkerung zur Verfügung bleiben.

Er macht ferner darauf aufmerksam, dass die Tiere der Schönbrunner Menagerie, deren Bestand von 4000 auf 1600 zurückgegangen sind und er bittet, vorzusorgen, dass für die seltenen Exemplare, welche nicht nachgeschafft werden können, die Verpflegung herbeigeschafft wird.

StR. Jung macht darauf aufmerksam, dass er schon seinerzeit als Bezirksrat für den Durchbruch einer Strasse durch den Augarten eingetreten sei. er wünscht ferner, dass die sanitätswürdigen Wohnungen der Diener endlich bedient werden. StR. Jung bemerkt weiters, dass Bürgermeister Dr. Lueger und StR. Offenberger sich energisch gegen die weitere Verbauung des Parkes ausgesprochen haben.

Der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt bei dieser Gelegenheit, dass gelegentlich der von ihm mit dem Fürsten Montenuovo geführten Verhandlungen das mündliche Versprechen gegeben wurde, dass der Prater nicht weiter verbaut werde. Bezüglich der in der Debatte gefallenen Anregungen erklärte er, dass jede einzelne Aktion den Gegenstand der Beratungen im Stadtrate bilden wäre.

Nach dem Schlusswort des Referenten wurde dessen Antrag, sowie der Antrag des Bürgermeisters einstimmig angenommen. Ebenso wurden die Anträge der StRe. Winter und Knoll zum Beschluss erhoben.

+ + +

In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellte StR. Max Winter einen eingehend begründeten Antrag, die beiden Seitentrakte des Schönbrunner Schlosses, den sogenannten Meidlinger Kavalierttrakt und den Hietzinger Vallerietrakt



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

3. Ausgabe.  
=====

21. Jahrgang. Wien, 17. Dezember 1918.

№ 482.

---

## Die Schliessung der Theater.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete in der heutigen Stadtratssitzung über des Ansuchen der Theaterdirektoren um Aufhebung der Theatersperre am Samstag, Sonntag und an den Weihnachtsfeiertagen. Der Stadtrat lehnte nach einer eingehenden Wechselrede, an der sich Vicebgm. Reumann und die Stadträte Emmerling, Hellmann, Hohensinner, Pick, Spalowsky, Tomola, Vaugoin und Winter beteiligten, das Ansuchen einstimmig ab. Der Stadtrat könne es nicht verantworten, angesichts der herrschenden Notlage, welche die Sperrung der Schulen und anderer Bildungsstätten erforderlich mache, die Aufhebung der Theatersperre bei der Landesregierung zu beantragen. Der Stadtrat mache den Staatsrat darauf aufmerksam, dass es nicht zweckmässig sei, irgendwelche Ausnahmen der allgemein verfügetn Spar- und Sperrmassnahmen zu bewilligen, dagegen sei das Staatsamt für sociale Fürsorge anzugehen, die staatliche Fürsorge für arbeitslos gewordene Theaterangestellte eintreten zu lassen.

---

als Erholungsheim für unterernährte Kinder sofort in Benützung zu nehmen, und entsprechend auszugestalten. In jedem der beiden Trakte könnten leicht 170 Kinder untergebracht werden, was bei einem 8 wöchentlichen Aufenthalt jeder Gruppe für das Jahr 1919 2100 Kinder, bei einem 6 wöchigen Aufenthalte aber 2800 Kinder ausmachen würde. Während des Aufenthaltes wäre für die Kinder eine Nachhilfeunterricht einzuführen, damit sie nichts vom Schuljahre versäumen. Dieser Unterricht wäre von der Gemeinde beizustellen, während der ganze Erholungsstättenbetrieb vom Arbeiterverein Kinderfreunde und dem Verein Kinderschutzzstationen zu besorgen wäre. Die Beistellung der inneren Einrichtung wäre vom Staatsamte für Heereswesen anzusprechen. Zu den Verpflegskosten möge die Gemeinde für jedes Kind täglich 1 Krone beitragen. Einen gleich grossen Betrag hätten die Vereine von den Eltern oder Vormunden der Kinder einzuheben. - Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

-----

Die Flüchtlingslager Oberhollabrunn und Steinklamm. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Str. Max Winter über die weitere leihweise Ueberlassung der Flüchtlingslager Oberhollabrunn und Steinklamm an die Gemeinde Wien bis 30. Juni 1919 und die prinzipielle Verpflichtung zur definitiven Uebernahme beider Lager von diesem Datum ab. Während der Zeit der leihweisen Ueberlassung werden beide Lager in der bisherigen Weise für die sozialpolitischen Aufgabe der Gemeinde verwendet. Die vom Stadtrate gebilligten Anträge gelangen in Gemeinderate zur Verhandlung.

-----

GR. Dr. Haszala berichtet gegenüber dem Gemeinderat: Dr. Tanneberg, dass die christlich soziale Partei nicht mehr Schuld am Weltkriege hat, wie ~~man~~ die reichsdeutsche Sozialdemokratie. Der Führer der reichsdeutschen Sozialdemokratie Ludwig Frank hat sich ~~er~~ als einer der ersten als Kriegsfreiwilliger gemeldet. ( Rufe Dr. Tanneberg nicht! -- Heiterkeit ) Die reichsdeutsche Sozialdemokratie hat sich im Weltkrieg grossartig gehalten, dafür wird sie jetzt <sup>in</sup> dem Kampf von einem linksradikalen Sozialdemokraten, also einem engeren Gesinnungsgenossen des GR. Dr. Tanneberg in den Staub gezerzt. In der August Nummer 8 des „Kampf“ ist zu lesen, dass die sozialdemokratische Jugendorganisation in Deutschland die freiwilligen Bataillone ausgefüllt und an den chauvinistischen Treiben den tätigen Anteil genommen hat. Wenn sich Dr. Tanneberg über die Schuld am Weltkrieg infertieren will, dann empfehle ich ihm das Buch „Der Sozialismus im Weltkrieg“ seines reichsdeutschen Genossen David zu lesen. Ich stelle fest, dass unsere ganzen christlichsozialen Landtagskandidaten, soweit die der christlichsozialen Arbeiterpartei angehören sich nie für eine Verschlechterung des Gewerbeschulgesetzes erklärt haben. Ich will zum Schlusse nur einige zitieren, was der sozialdemokratische Führer Tarnertorfer über Dr. Tanneberg geschrieben hat: „Über jenen Dr. Tanneberg, der den deutschen Arbeiter auf ein niedriges Niveau hinabsinken will, über jenen Dr. Tanneberg in dessen Adern kein Blut, sondern Tinte fliesst.“ Ich will die anderen Zitate nicht vorbringen, aber wenn es Dr. Tanneberg gefällig ist, will ich ja alles zum Besten geben, was Tarnertorfer über ihn geschrieben hat. ( Beifall bei den Christlichsozialen. )

GR. Spalovsky stellt fest, dass nicht nur er, sondern eine Anzahl seiner Freunde sich ausdrücklich geweigert haben, für eine Verschlechterung des Gewerbeschulgesetzes zu stimmen und es nie seine Sache war sich des Mundes Dr. Pettai's oder eines anderen zu bedienen, da er seine Meinung öffentlich herauszusagen pflegte. Die Verbesserungen, die im Gewerbeschulgesetz erzielt worden sind, sind in erster Linie unserer Tätigkeit zu verdanken, wir haben keine Ursache solche Verdächtigungen, wie sie von Dr. Tanneberg vorgebracht wurden, anzunehmen. Wir haben auch keine Ursache unsere Ansichten infolge des Krieges zu wandeln. ( Beifall bei den Christlichsozialen. )

Nach dem Schlussworte des Referenten Stadtrates Tomola, wird der Stadtratsantrag angenommen.

Die Anträge Untersüller, Hummelhardt und Dr. Tanneberg werden genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

GR. Tomola berichtet über die Subventionen für Weihnachtsbeteiligung, schliesst sich dem im Stadtrat gestellten Antrage, dass die Beteiligungen ohne Feierlichkeiten und ohne Dankeskundgebungen der Kinder vorgenommen werden, bemerkt aber, dass infolge der vorgeschrittenen Zeit, diese Massnahme heuer noch nicht geltend gemacht werden konnte.

GR. Schmitz schliesst sich ebenfalls den Anregungen im Stadtrate an, da es sich um verschämte Arme handelt, die die Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen sich scheuen. Gegen ein Verbot der Weihnachtsfeiern sei er aber unbedingt.

Redner schildert dann die Tätigkeit der katholischen Wohltätigkeitsvereine und teilt mit, dass er selbst als Vinzenzbruder ( Heiterkeit ) - GR. Hierhammer: Lachen Sie nicht! GR. Breuer: Das ist eine Höhe! ... gewirkt und dass er bei Weihnachtsfeiern nichts für die Armen beschämendes herausgefunden habe.

GR. Professor Wolny: Die ganze christliche Bevölkerung war empört, als sie aus der Zeitung erfuhr, dass GR. Winter im Stadtrat den Antrag einbrachte, die Gewährung von Weihnachtssubventionen sei abhängig zu machen von dem Gelingen der künftigen Festlichkeiten. GR. Winter hat selbst bezüglich des sozialdemokratischen Vereines „Die Kinderfreunde“ erklärt, diese Stellen eine erweiterte Familie dar. Dasselbe sind die Vereine, welche zu Weihnachten Kinder betheilen. Zu dieser Beteiligung kommen nie die eigentlichen Spender und Wohltäter, sondern nur die Eltern so dass diese Weihnachtsteilung ein wahres Familienfest ist. Wenn vielleicht hier und da ein Missbrauch getrieben wird, so dürfe man doch nicht verallgemeinern. Ein jeder Angriff aufs katholische Weihnachtsfest müsse zurückgewiesen werden.

GR. Max Winter: Mein Antrag im Stadtrate wurde aus dem Gefühl der hohen Sittlichkeit geboren. Ich will aus den Proletariatskindern keine Bettelkinder machen, wir brauchen aufrechte Menschen und das müssen wir durch den Antrag zum Ausdruck bringen. Ich hoffe, das wir es durchsetzen, das wir den Kindern Kleider und Schuhe dann geben, wenn sie sie brauchen. Nach eingehender Begründung stellt Redner den Antrag: Den Vereinen die Kinder zu Weihnachten betheilen, wird empfohlen, von jeder öffentlichen Beteiligung der Kinder abzusehen, insbesondere aber, von jeder öffentlichen Dankesagung durch die Kinder.

GR. Hellmann: Durch öffentliche Dankesagungen wird der Charakter der Kinder in der schädlichsten Weise beeinflusst. Es wurden von katholischen Damen auch nachgefragt, ob das zu betheilende Kind ein eheliches oder uneheliches ist ( Heftig ). Wir müssen soweit kommen, dass die Gemeinde aus

ihren Mitteln das gibt, was sie schenken dürfen.

GRin. Proft: Meine Partei betrachtet die Vorlage des Referenten als eine Vorlage aus der vergangenen Zeit des letzten Gemeinderates, was auch der Referent betont hat. Ich habe mich zum Worte gemeldet, um entgegen den Ausführungen des GR. Schmitz über Weihnachtsfeiern der Vereine meine Erfahrungen anderer Natur entgegenzustellen. Es handelt sich um die Weihnachtsfeier in einer Schule, an der ich selbst teilnahm und die auch den anderen längere Zeit im Gedächtnisse blieb, wo alle Kinder, ohne Unterschied, ob arm, ob reich betheilt wurden. Was die Armen mehr bekamen, das haben sie bekommen ohne dass jemand davon wusste und das wäre ein Weg, den man betreten könnte. Es wird die Meinung verbreitet, dass durch eventuelle Bzw. Wohltätigkeit nicht mehr existieren würde. Wir sprechen uns nur gegen die gegenwärtige Art der Beteiligung aus. In der Vorlage sind im ganzen 6000 Kronen und wenn es den Vereinen auf diese 6000 Kronen ankommt, tut mir die Wohltätigkeit leid. Gegen diese Art der Wohltätigkeit müssen wir uns wenden. Zum Schlusse beschwerte sich die Rednerin über die Abschaffung von Leuten die vor der Kirche in Ottakring sozialdemokratische Flugblätter verteilten, durch einen Funktionär der christlichsozialen Partei und bemerkt, dass letztere ungeschult in der Kirche Agitation betreiben. Ich habe eigentlich nur deswegen gesprochen, um die von den Vorgängern von drussen und von der Verfassung in welcher sich um ere Parteiengehörigen befinden, wenn wir bei solchen Anträgen die Hand erheben. Wir sind nicht gegen die Beteiligung, sondern nur gegen die Art und Weise derselben.

GRin. Frau Strobl weist darauf hin, dass die Kinder, die im 18. Bezirk betheilt werden, fast durchwegs der sozialdemokratischen Partei angehören. Sie würde sich damit befremden, dass die zu Weihnachten spendierten Kleider an die Schulen geschickt werden. Sie bemerkt schliesslich, dass wenn die ~~sozialdemokratischen~~ Sozialdemokraten Parteizettel vor der Kirche verteilten, dies den Anschein erweckt, als ob sie etwas verdecken wollten. ( Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen. )

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Stadtratsantrag angenommen. Der Antrag Winter wird genügend unterstützt.

VB. Neumann schliesst die Sitzung mit der Bemerkung: Nachdem die Tagesordnung nicht erledigt ist, wird es notwendig sein, zwischen Weihnachten und Neujahr noch eine Sitzung abzuhalten.

ren Mütter übertags außer Haus weilen, muß gesorgt werden, und da gebe ich die Anregung, daß, die in Bezirke bestehenden Horte während der Mittagspause die Kinder nicht übernehmen, daß auch ein solches Heim errichtet werde, eventuell in der Schule Wintergasse 34, um zur Mittagszeit die Kinder zu beaufsichtigen und zu verköstigen. Zum Schlusse danke ich als Vertreter des Bezirkes für die Unterstützung der Gemeinde und empfehle denselben auch weiterhin der gemeinderätlichen Fürsorge.

GR. Malcher macht darauf aufmerksam, dass das Gebäude nur mit einfachen Fenstern versehen sei, es müsse deshalb, wenn es auch im Winter benützt werden soll, rechtzeitig für einen genügenden Vorrat von Kohle gesorgt werden.

GR. Rummelhart begrüßt die Vorlage als ein neues Glied in der Kette der Fürsorgeaktionen, die die Gemeinde in den letzten Jahreshalben geschaffen hat. Er wünscht aber auch, dass für Einrichtungen für Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter in reichlicher Masse gesorgt werde. Er stellt den Antrag, die Gemeinde Wien möge dafür Sorge tragen, dass die von der Lehrlingsfürsorgekommission ins Leben gerufene Aktion Wiener Lehrlinge auf Land, die bis jetzt in Pottendorf und in Oberhollabrunn untergebracht waren, auch im kommenden Jahre fortgesetzt werde. Der Redner wünscht ferner, dass Rekonvaleszenten und Tuberkulosenheime für Jugendliche errichtet werden.

GR. Marie Schwarz gibt ihrer Freude über die rege Anteilnahme an der Jugendfürsorge und darüber Ausdruck, daß man der Familienzuehung soviel Wert beilegt. Wir müssen unsere Mädchen und Frauen eingehender zu Müttern erziehen, als es bisher geschehen ist. Die Mädchen müssen auf ihre häusliche Tüchtigkeit hingewiesen werden. Der Stadtrat möge besonders darauf dringen, daß in den in Frage stehenden Anstalten hauswirtschaftliche Abteilungen für Mädchen gegründet werden. Ich schliesse mich den Ausführungen des Gemeinderates Rummelhart vollinhaltlich an und stelle den Antrag: Zur Ausgestaltung des hauswirtschaftlichen Unterrichtes für Mädchen in den Erziehungsanstalten Steinkämm und Oberhollabrunn sind Frauen den Beratungen des Gemeinderates beizuziehen. (Beifall).

GRin Dr. Alma Seitz: Ich begrüße wärmstens den Plan, dass in Wien ein 2. Durchzugsheim errichtet wird, da die Anstalt in der Siebenbrunnengasse auch nicht annähernd ausgereicht hat. Es ist vor allem in sanitärer und hygienischer Hinsicht manche Unzulänglichkeit aufgetaucht. Es waren dort zwar weltliche Schwestern, die fachlich geschult sind, angestellt. Das dies dennoch nicht genügt hat, liegt daran, daß es an einer autoritären Stelle gefehlt hat. Es fehlte auch an der pädagogischen Leitung. Die Beamtenschaft hat sich schlecht und recht geplagt, mit den Kindern auf gleich zu kommen. Ich würde mir den Vorschlag erlauben, derartigen Mängeln dadurch vorzubeugen, daß eine hygienisch und pädagogisch geschulte und praktisch geübte Frau mit der Leitung ausgerüstet wird. Ein Recht wunder Punkt in der Siebenbrunnengasse ist die Frage der Kostplätze. Da hat an Kräften gefehlt, die Erhebungen über die Kostfamilien durchführen; sie wurde mangelhaft oder gar nicht gemacht. Dem sucht man in letzter Zeit beizukommen, daß man mit dem deutschen Schulverein in Verbindung getreten ist, der mit seinen Gruppen verlässliche Kostfamilien auftritt und Erhebungen macht. Es würden sich auch Frauenvereine finden, die an lauffähige Gruppen besitzen und in einen Lokale in Umkreis brave Kostaltern ausfindig machen und sich ständig informieren. Sollen

gemeinnützige Fürsorgevereinigungen als Hilfsorgane herangezogen werden. Die Fürsorge für die Jugend verlangt die allergrößte Aufmerksamkeit und wenn es auf Grund der Erfahrung möglich ist, Mängel abzustellen, so wird jeder diese Möglichkeit gerne ergreifen.

Galt Dr. Hildegard Burjan: Unsere ganz besondere Aufmerksamkeit müssen wir den Mädchen über 14 Jahre zuwenden. In diesen 4½ Kriegsjahren hat die Moral unter der Jugend zwischen 14 und 20 Jahren einen furchtaren Tiefstand erreicht. (Sehr richtig). Wir haben in Wien allein das Asylhospital im 12. Bezirk wo gleichzeitig gewöhnlich 400 und oft mehr geschlechtlich erkrankte Mädchen untergebracht wärd. Es sind das gewöhnlich ganz junge Mädchen von 14 bis 15 Jahren, oft von 15 bis 16 Jahren. Sie werden gepflegt und dann wieder auf die Strasse gesetzt und der Weg zu ihrem alten Laster bleibt ihnen offen oder richtiger gesagt, es bleibt ihnen kein anderer Weg übrig. Die Stellen, die sich solcher Mädchen annähmen, sind viel zu wenig, wir brauchen auch für diese Mädchen Erziehungsheime oder wie sie immer heißen mögen. Wenn solche Objekte weiter von der Gemeinde herangezogen werden, so möge man auch an diese Mädchen denken. Es gibt auch eine Kategorie von Mädchen, für die noch gar nicht vorgesorgt ist, es sind dies, ich bitte den Ausdruck zu verzeihen, die ganz unverantwortlichen. Es ist ganz richtig heute bemerkt worden, daß nichts so ansteckend und gefährlich ist, wie wenn man die weniger schlechten zu den ganz schlechten Elementen gibt. Wir brauchen unbedingt ein Heim für ganz unverbesserliche zum Schutze für unsere anderen Anstalten und Erziehungsheime. (Zustimmung). Bezüglich einer Bemerkung der Frau Kollegin Müller möchte ich sagen, es klingt sehr demokratisch, daß wir ehrenamtliche Kräfte nicht brauchen und die gesamte soziale Arbeit von besoldeten Kräften besorgt werden soll. Man soll hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Zu keiner Arbeit gehört soviel Bildung und Schulung als zur sozialen. Es ist aber nicht gesagt, daß nur die besoldeten Kräfte, die sie haben, wir sollen auch die Frauen, die das Verantwortlichkeitsgefühl dafür haben, heranziehen, wenn sie auch keine Bezahlung verlangen. Man soll allen das staatsbürgerliche Gewissen anerkennen. Man soll das eine nicht ausschalten und das andere nicht forcieren. Wir sehen einen Fortschritt darin, daß neben sehr tüchtigen bezahlten sozialen, ebenso tüchtige unbezahlte soziale Kräfte arbeiten. (Beifall).

GR. Hödl begrüßt es, daß der Wiener Gemeinderat in den letzten Jahren ganz besonders mit der Frage der Kindergärten beschäftigt hat. Die nationale Frage spielt da eine ungeheure Rolle. Wir haben in den Randbezirken Kinder in die Schule bekommen, die kein deutsches Wort sprechen konnten und da war der Kindergarten eine Voraussetzung für die Volksschule. Es ist notwendig, daß eigene Fürsorgerinnen herangebildet werden. Die Trennung der Fürsorge von der Schule hat das Beste für die Fürsorge selbst erzielt. Das Gefühl, das das Kind in der Schule ein Almosen oder einen Bittel empfängt, muß aus dem Herzen des Kindes genommen werden, sonst wird die Selbstachtung von vornherein getötet. Wenn einmal die Gesellschaftsprüfung so weit sein wird, daß jede Frau daheim bleiben und ihre Kinder selbst erziehen kann dann wird die Fürsorge wieder in das richtige Geleise kommen. Nicht nur die Kinder armer Eltern sind fürsorgepflichtig, sondern auch Eltern der sogenannten besseren Ständen mit den abgenutzten Gehirnen erzeugen Kinder, die fürsorgepflichtig sind. Ich wünsche, daß die Weihnachtsbescherungen nicht

in der Öffentlichkeit durchgeführt werden, sondern im Geheimen. Man soll denen, die bedrückt sind, etwas geben, aber nicht so, daß sie das Gefühl haben, daß sie etwas geschenkt bekommen. Die Weihnachtsbescherungen sind häufig nur Rechtfertigungen dazu, damit sich Leute, die viel haben, im Gefühl des Wohltuns sonnen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

Während des nun folgenden Schlusswortes des Berichterstatter Stadtrat Winter kommt es zu einer lebhaften Scene. Der Berichterstatter kommt zu Beginn seiner Ausführungen auf die Rede des Gr. Wolny zu sprechen und wünscht, dass dessen Berufsgenossen auf die schädlichen Folgen des Kapitalismus hinweisen. Auf einen Zwischenruf eines Christlichsozialen sagt der Berichterstatter, die Sozialdemokratie ist älter als der Christlichsozialismus, was lebhaften Widerspruch und Gelächter bei den Christlichsozialen hervorruft. Berichterstatter Stadtrat Winter bemerkt darauf, wenn Jesus Christus während des Krieges auf Erden gewandelt und seine Lehren verkündet hätte, dann wäre er sicherlich gekreuzigt oder gekreuzigt worden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten! Rufe bei den Christlichsozialen: Das hätte die rote Garde besorgt.)

Stadtrat Winter: Ich wüßte die Freiheit aller Religionen. ....

STR. Grünback: Nehmen Sie uns nicht unsere Überzeugung, wir reden auch nicht von den Juden.

GR. Roß: Das gehört nicht zum Referat. Die Debatte ist auf religiöses Gebiet geschoben worden.

GR. Effenberger: Überhört solche Provokationen.

Vorsitzender VBGM. Reumann: gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht den Berichterstatter nicht fort während durch Zwischenrufe zu unterbrechen und herauszufordern.

GR. Langer ( Sozialdemokrat ) Wenn Sie den Kampf haben wollen, wir nehmen ihn auf. ( Neuerliche Zwischenrufe und Unruhe ) Berichterstatter STR. Winter fährt nun in seinem Schlussworte fort und führt aus, dass das Fürsorgeministerium, das Flüchtlingslager Asparn an der Zaya für die Aufnahme Unverbesserlicher in Aussicht genommen habe. Nach zwei tatsächlichen Berichtigungen des Gr. Wolny und der GRtin Müller werden die Referentenanträge einstimmig angenommen und die Zusatzanträge des Gr. Rummelhardt unter der GRtin Schwarz und DR. Seitz genügend unterstützt.

VBGM. Rain übernimmt den Vorsitz.

GR. Ullreich berichtet über die Bestellung eines Baurechtes der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Heimhof" in XV. Pilgeringasse gelegenen Baustellen. ( Angenommen )

StR. Tomola referiert über die Subventionierung von fachlichen Fortbildungsschulen.

GR- Untermüller ( Christlich Social ) wünscht die endliche Regelung des fachlichen Unterrichtes, insbesondere die Einführung des Tagesunterrichtes und Abschaffung des Sonntagsunterrichtes. Er stellt den Antrag die Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen werden in Zukunft nur dann bewilligt, wenn die Genossenschaften den Nachweis erbringen, dass sie in zielbewusster Weise auf die Einführung des Tagesunterrichtes und die Abschaffung des Sonntagsunterrichtes hinarbeiten. Die Entscheidung ob diesem Erfordernis Rechnung getragen wurde, soll der paritätische Ausschuss des Arbeiterfürsorgeamtes treffen. Im nächsten Jahre soll darüber berichtet werden, zu welcher Zeit der Unterricht erteilt wurde.

GRtin. DR. Alma Seitz spricht den Wunsch aus, dass die Genossenschaften mehr als bisher ihre gewerblichen Fachschulen den Frauen und Lehrlingen öffnen.

GR. Rummelhardt weist darauf hin, dass schon jetzt in vielen Gewerben der Tagesunterricht eingeführt ist, dass aber während des Krieges eine durchgreifende Regelung nicht möglich war. Er stellt den Antrag genossenschaftliche Schulen sollen in Zukunft nur dann subventioniert werden, wenn für die Lehrlinge des betreffenden Gewerbes keine fachliche Fortbildungsschule besteht, oder wenn die genossenschaftliche Schule eine über das Mass des Lehrplanes der fachlichen Schule hinausgehende Fortbildung vermittelt.

Dr.

GR. Danneberg: Wir Sozialdemokraten werden für die Subventionen der Fachschulen stimmen, obzwar in der ganzen Frage der gewerblichen Schulausbildung und des Lehrlingswesens viel zu beanstanden ist. Beim Berichte selbst fehlen die Daten, was diese Fachschulen für Einnahmen und für Ausgaben haben. In der heutigen Sitzung wurde bereits viel gesprochen von Hilfen für alle möglichen Dinge. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Hauptursache von aller Not der Krieg ist, dessen Verschulden eine Politik, an der Ihre Partei.....(stürmische Zwischenrufe GR. Rummelhart: Es wird nichts wie provoziert! Das ist eine öffentliche Verleumdung! ) GR. Danneberg: Die Wahrheit ist halt unangenehm zu hören, aber sie muss gesagt werden.

Der Redner stellt schliesslich folgenden Antrag: Den Genossenschaften ist bei Auszahlung der Subventionen der Fachschulen mitzuteilen, daß eine Subvention für das nächste Schuljahr nur dann erfolgt, wenn ab Herbst 1918 der Unterricht nur an Wochentagen stattfindet und spätestens um 6 Uhr abends endet.

GR. Ellen stellt folgenden Antrag: Bei den diversen Militärbauleitungen sind verschiedene Arten von Ziegel, Eisen, Zement, etc. noch vorhanden, die für die projektiert gewesenen Bauten nicht mehr Verwendung finden. Da in Wien jedoch ein grosser Mangel an diesem Baumaterial herrscht, sei eine Kommission einzusetzen, welche die entsprechenden Erhebungen zu pflegen hat, um die vorgedachten Baumaterialien dem Wiener Bauhandwerke zuzuführen.

GR. Ellend beantragt mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Bauhandwerkes die Einsetzung einer Kommission von Fachleuten, welche Erhebungen zu pflegen habe, wieviel unfertige Bauten derzeit in Wien bestehen, mit deren Besitzern und Interessenten in Verbindung zu treten, um ein Uebereinkommen darin zu treffen, dass gegen entsprechende Sicherstellung von Seite der Gemeinde die Beistellung der Rohmaterialien verfügt werde, um damit der bestehenden Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit teilweise zu steuern. Die Kommission sei zu beauftragen, binnen 4 Wochen dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Dr. Hendla stellt einen Antrag, betreffend Regelung der Rechtsverhältnisse der Beirpersonen an den Hilfsschulen für schwachbefähigte Kinder und führt aus: Seit dem Jahre 1885, dem Gründungsjahre der ersten Wiener Hilfsschule an Währing, ist die Frage der Erhaltung der in 8 Wiener Gemeindebezirken bestehenden Hilfsschulen für schwachbefähigte schulpflichtige Kinder mit insgesamt 53 Hilfsschulklassen eine unregelmässige. Ebenso ungeklärt wie die Erhaltungfrage der Hilfsschulen sind bis jetzt die Rechtsverhältnisse der Hilfsschullehrerschaft. Der Hilfsschullehrer ist heute ein Volksschullehrer, der für den Unterricht an der Hilfsschule eine Remuneration bezieht, deren Bezug jedoch im Falle der Erkrankung oder Einrückung des Lehrers zum Militärdienste eingestellt wird. Bei der Bemessung der Kriegszulage wird die Remuneration nicht in Betracht gezogen, desgleichen nicht bei der Pensionierung einer Hilfsschullehrkraft. Und doch sind die Hilfsschullehrpersonen Lehrpersonen in Hauptamte und nicht im Nebenamte. Für den Unterricht an Hilfsschulen wird eine spezielle Fachprüfung verlangt, welche eine vertiefte Aneignung mehrerer ganz neuer Fächer verlangt. Die Arbeit bei nervösen geistig zurückgebliebenen Kindern ist ausserordentlich aufreibend und stellt der Unterricht die höchsten Anforderungen an die Geduld und Ausdauer des Lehrers. Neben dieser anstrengenden Arbeit in der Klasse warten des Hilfsschullehrers noch die ausgedehnten Fürsorgearbeiten im Interesse der Schulentlassenen. Er beantragt daher unter anderem die Hilfsschule als öffentliche selbstständige Schule anzuerkennen, an jeder Hilfsschule eine definitive Leiterstelle zu systematisieren, die definitiven Lehrpersonen in allen Bezügen und Rechten den definitiven Bürgerschullehrkräften gleichzustellen. Den Hilfsschullehrpersonen die nach den vorstehenden Bestimmungen sich ergebenden Mehrbezüge bis zu einer gesetzlichen Regelung als Zulage zu ihren gesetzlichen Bezügen aus Gemeindegeldern zu bewilligen.

GR. Knoll stellt den Antrag, die Gemeinde Wien im Einvernehmen mit dem Staate wolle eine Gesellschaft ins Leben rufen, welche für die Industriellen und Gewerbetreibenden Rohstoffe importiert, beziehungsweise aus dem Inlande zur Verfügung stellt, um diese Betriebe erzeugungsfähig zu machen.

GR. Hohensinner stellt folgenden Antrag: Alla nach abgelegter Bürgerschulprüfung in provisorischer oder definitiver Verwendung an Bürgerschulen anfallenden Triennien werden um 50 K erhöht, um die jungen Lehrer zur raschen Ablegung der Prüfung zu veranlassen, damit die Bürgerschule vollkräftige von Idealen erfüllte Lehrkräfte erhält. Die Ersatzzulage für Lehrer in nichtleitender Stellung wird festgesetzt, wie folgt. Bei der 7. Zulage mit K 200.-, bei der 8. mit K 200.- und bei der 9., die mit 29 Dienstjahren erreicht wird, mit K 400.- Das Quartiergeld ist nach 4 Dienstjahren mit 1200 Kronen, nach 8 Jahren mit 1500, nach 13 Jahren mit 1900 Kronen festzusetzen.

GR. Sodlak stellt folgenden Antrag: Der Stadtrat möge entweder im Kreise eigener Arbeiten oder durch ehestige Bestellung eines besonderen Ausschusses die Frage der Versorgung Wiens mit Elektrischer Kraft durch Ausbeutung der Wasserkraft der Donau oder andere im Lande Niederösterreich ( Obere Erlauf, Obere Ybbs, Untere Enns, Kampfluss ) gelegenen Wasserkraft mit thunlichster Beschleunigung in Beratung ziehen. sich mit dem der Republik Deutschösterreich glücklicherweise zur Verfügung stehenden hervorragenden Fachmännern ehestens in Verbindung zu setzen, um den Plan, der eine Lebensfrage für Wien bedeutet zu verwirklichen.

GR. Hellmann beantragt die Schaffung eines neuen Gehaltgesetzes mit Gleichstellung der Volksschullehrer und der Magistratsbeamten Ferner Gleichstellung der Lehrerinnen mit den Lehrern, Aufhebung der Lehrstellen 2. Klasse, Definitivum nach abgelegter Lehrbefähigungsprüfung für Volksschullehrer und Dienstalterszulagen alle 2 Jahre. Abschaffung des Substitutionsunwesens und Erhöhung der Leiterzulagen.

GR. Rumelhart beantragt, dass die Heimkehrer, welche schon früher im städtischen Dienste als Diurnisten standen, sofort wieder in den Dienst aufgenommen werden.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Referate des VZBGM. Reumann und des GR. Vaugoin über Herstellung von Klein- und Mittelstandswohnungen werden über Wunsch aus dem Plenum auf die nächste Sitzung verschoben. Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VZBGM. Hoss berichtet über Bewilligungen von einzelnen Weihnachts- und Neujahrgeldern für städt. Bedienstete. Die Anträge werden genehmigt.

GR. Max Winter legt die Berichte über die Errichtung eines Durchzugsheimes für Kinder in ehemaligen Kinderhorten der Flüchtlingszentrale und über die vorläufige Verwendung und dauernde Erwerbung der Flüchtlingslager Oberhollabrunn und Steinklamm. Er führt dabei aus: Die Referate beinhalten die erste Aktion der Fürsorge der Gemeinde für verwahrloste Jugend. Bei diesem ersten Schritt und die praktische Betätigung müssen wir uns darüber klar werden, wieviel wir überhaupt auf diesem Gebiete leisten können. Die Verwahrlosung der Jugend ist nicht eine Geburt des Krieges, obwohl sie der Krieg ins Ungemessene gesteigert hat, sondern sie ist so alt, wie der Kapitalismus, denn die Eltern werden den Kindern genommen, wenn man sie zu Lohnsklaven macht. Die Fürsorge ist nur ein Schritt mehr zum Menschentum, denn was uns vor schwebt ist, dass wir künftighin an Stelle der Fürsorge

die Versorgung setzen, dass die Kinder nicht verwahrlost werden. Dafür gibt es keine bessere Lösung, als dass wir die Eltern von dem Druck der kapitalistischen Gesellschaftsordnung befreien. Die Partei, der ich angehöre, weisse allerdings dass dieser Schritt nicht von heute auf morgen gemacht werden kann, aber ich möchte doch den Satz aussprechen, dass Spielwiesen billiger als Tuberkulosenheime sind und dass es billiger, menschlicher und schöner ist, wenn wir die Jugend bei Zeiten mit guten Menschen und guten Büchern in guten Räumen umgeben, als dass wir später für die Jugend Fürsorgeeinrichtungen und wenn die nicht ausreichen Besserungsanstalten und schliesslich Kerker schaffen müssen. Die Gemeinde Wien macht nun mit den vorliegenden Referaten einen wirklich ernsten Schritt nach vorwärts.

GR. Wolny: Ich gebe meiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass jene alten Sozialdemokratischen nebulösen Vorstellungen von der „grossen Weltkaserne“ endlich fallen gelassen worden sind. ( Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: „Wer hat die gemacht“? ) Ich kenne den Zwischenrufer persönlich nicht, kann aber sagen, dass ich lesen und hören habe. Es gereicht mir zur Befriedigung, dass wir uns endlich auf beiden Seiten auf dem einzig richtigen Boden der Kindererziehung gefunden haben und das ist die Familie. Wir waren auch nicht einverstanden mit der alten Bezeichnung der Fürsorgeanstalten; das Land hat in Eggenburg nicht mehr eine Besserungsanstalt, sondern ein Erziehungsheim. Betreffs des Durchzugsheims im XX. Bezirk appelliere ich an das Jugendamt, es möge nicht in den Fehler verfallen, in welchen die grosse Fürsorgeaktion „Wiener Kinder nach Ungarn“ verfallen ist, dass man Kinder mit Familien anderer Konfession zusammengesperrt hat. Ich will gewiss nicht sagen, dass es mit Absicht geschehen ist.

GR. Dr. Scheu: Hoffentlich!

GR. Wolny: Ich bedauere ausserordentlich, dass ein Mensch eine solche Bemerkung macht ( Zwischenrufe des GR. Neustadtl ) Das ist eine solche Reizbarkeit, wenn ich das Wort Konfession ausspreche, denkt er nur an das Judentum, als wenn es auf der Welt sonst keine Konfession gebe. Diese Klagen kamen nicht von den Kindern, sondern von der Ungarischen Gesellschaft. In rein katholische Gemeinden wurden protestantische oder jüdische Kinder zugewiesen ( Zwischenrufe. ) Herr Dr. Scheu wir denken uns die Republik so, dass jeder nach seiner Paeon leben kann. Freiheit auch für uns Katholiken ( Beifall bei den Christlich-Sozialen ) Der Redner schliesst nach Besprechung der Ausspeisung und der Ausgaben für Haushaltungskunde mit der Bitte den Gemeinderäten Gelegenheit zu geben, dass durchzugsheim in 20. Bezirk zu besichtigen.

GRin Anitta Müller: Ich bin für die Anträge des Herrn Referenten, da wir Frauen aller Parteirichtungen alle Bestrebungen unterstützen, die das Elend der Kinder zu lindern suchen. In dieser Uebergangszeit wollen wir alle gemeinsam Staat und Gesellschaft unsere Kräfte anbieten, um den Kindern zu helfen. Wir sind immer für Kinderheime und Spielplätze aufgetreten, wir haben uns immer gewehrt für Kasernen Schulen und so weiter, wir traten immer für den Mutterschutz und für die Jugendfürsorge ein. Wir Frauen sind die berufensten Vertreterinnen, auch wir sind dafür, dass die Familie dem Kind erhalten bleiben muss, und dass das Kind in die Familie gehört. Vorerst muss die Proletarierfrau in die Familie zurück, denn die abends müde Arbeiterfrau ist keine Erzieherin für ihre Kinder. Wir Frauen, die wir auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge gearbeitet haben, treten aber dafür ein,

das uns geeignete Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden. Wir arbeiteten bisher äusserst erschwert, da uns solche nicht zur Verfügung standen, da nur Leute nach ihrem Vermögen oder nach der Stellung, die ihr Mann einnimmt, an unserer Seite waren. Ich trete daher dafür ein, dass an Stelle dieser berahlten Kräfte zur Seite gestellt werden. Bisher hat es an solchen gefehlt, weil der soziale Beruf der schlecht bezahlteste war. Im Nachhange zu dem Referat über das Durchzugsheim tut es mir leid, bedauern zu müssen, dass es nur für 40 Kinder geschaffen wurde. Bei dieser Gelegenheit muss ich das unerquickliche Kapitel von der Sietenbrunnengasse streifen. Das Gebäude, der städtischen Kinderübernahmestelle gleicht alles eher, als einem Kinderheim, es gleicht einem Gefängnis. Errichtet wurde diese Stelle vor vielen Jahren. Der Raum entspricht nicht der Anzahl der dort untergetrachten Kinder. So ist der Belag im Jahre 1909 von 1186 Kindern, im Jahre 1913 auf 4761 Kinder gestiegen, also um 3585 mehr, als dort sein sollen. Sie verfügt über dreihundert Betten, meist sind dort 800 Kinder täglich untergebracht, sodass 10 Kinder in 4 Betten schlafen müssen. Auf der Säuglingsabteilung, die übrigens in bester Ordnung ist, herrscht eine Sterblichkeit über 50%, ebenfalls wegen Raumangel. Krätze und Mundfäulnis herrschen dort vor und einzelne Kinder haben die Folgen noch nach vielen Jahren zu tragen. Knochentuberkulose wird nicht isoliert. Schwachsinnige, taube und blinde Kinder sind mit anderen Kindern in einem Raume untergebracht, der zugleich Schlaf- und Wohnzimmer ist. Nun muss auch berücksichtigt werden, dass eine Menge von Kostkindern, die aus Böhmen und Mähren stammen, weiters durch die Einstellung der Unterhaltsbeiträge sich die Anzahl der Kinder um ein bedeutendes vermehren werden. Wenn die Stadt Wien Steinklamm und Oberhollabrunn für verwahrloste Kinder in Aussicht nimmt, so bitten wir in erster Linie, dass die verwahrlosten Kinder aus der Sietenbrunnengasse Berücksichtigung finden, wo sie in drei Tagen und wenn es ge-

scheite Kindern sind, schon in drei Stunden verwahrlosen, wenn die menschliche Gesellschaft weigert sich, verwahrloste Kinder zu übernehmen. Ich habe einen Versuch unternommen und 60 Kinder aus der Sietenbrunnengasse in Wien unterzubringen versucht, was aber ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wir bitten also, dass man sich der Kinder in der Sietenbrunnengasse besonders annehme.

GR. Koppensteiner: Das in Betracht kommende Gebäude hat den Geburtsfehler ohne Hof zu sein, wo die Kinder Luft schöpfen könnten. Was allerdings dadurch gut gemacht werden könnte, das man die Kinder in den Angarten führt. Als pädagogischer Leiter der Kindergärten des 20. Bezirkes mag ich für die Errichtung der zahlreichen Kindergärten der Gemeinde Wien in dankenswertester Weise erinnern. Durch Schaffung des Jugendamtes, dessen bewährter Leiter Direktor Cold ist, und durch eine Reihe von Anträgen, des verehrten Stadtrates Tomola hat die Gemeinde Wien ein staatliches Gebäude erstehen lassen. Bei dieser Gelegenheit will ich einen Wunsch der Bevölkerung des 20. Bezirkes, der exponiert ist und von Bewohnern der ärmeren Schichten erfüllt ist, und zwar nach Errichtung weiterer Kindergärten, insbesondere der Errichtung des Rosegger-Kinderheimes aussprechen. Die Gemeinde hat bereits den Grund angekauft, und ich glaube, dass es nicht schwer sein wird, diesem Wunsche zu entsprechen. Auch für die Gruppe der gefährdeten Kindern, de-

Herrn Dr. Weiskirchner: Ich sehe den Vorschlägen der Arbeiterschaft entgegen und es wird mir dann Ehre und Pflicht sein, die Herren und Damen, die für die Bezirksvertretung nominiert werden, auf ihren Platz einzuführen. Ich bin nicht verpflichtet gewesen, dem Herrn GR. Dr. Hein von der Vereinbarung zwischen der christlichsozialen und sozialdemokratischen Partei Kenntnis zu geben, ich habe es als höflicher Mensch getan und mir gedacht, er soll auch davon wissen, und wenn er gerechtfertigte Wünsche äußert, würde es bei beiden Volksparteien gewiss keinen Anstand begegnen. Nachdem aber Herr Dr. Hein von brutaler Vergewaltigung spricht, werde ich mich um ihn weiter nicht kümmern, sondern die Vereinbarung dem Landeshauptmann vorlegen damit er sie genehmigt, damit die Bezirksvertretungen konstituiert werden, ob es Herrn Dr. Hein recht oder nicht recht ist. (Beifall)

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Es wird bald ein Jahr vorüber sein, seit der Bezirkswirtschaftsrat der Stadt Wien keine Sitzung abgehalten hat, ein klarer Beweis dafür, wie die von Ernährungsamt geschaffenen Institutionen sich bewähren und funktionieren. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, Massnahmen zu treffen, damit dem Bezirkswirtschaftsrat Arbeiten zugewiesen werden oder derselbe aufgelöst werde?

HGM. Dr. Weiskirchner antwortet: Der Bezirkswirtschaftsrat hat aus inneren und äusseren Gründen eigentlich nie eine ordentliche Tätigkeit entfaltet. Der innere Grund ist der, dass die von mir ins Leben gerufene Obmännerkonferenz im Einvernehmen mit allen Parteien immer die notwendige Massnahme getroffen hat, und der äusserliche Grund ist der, dass die k.k. Statthalterei zu bestehen aufgehört hat. Nur zweimal hat dieselbe diesen Rat um ein Gutachten ersucht, die in zwei Sitzungen erledigt wurden. Mit der Statthalterei haben nun auch die früheren Organisationen zu bestehen aufgehört und bin ich daher nicht in der Lage den Bezirkswirtschaftsrat einzuberufen. Es wird Sache des neuen Gemeinderates sein, zu erwägen, ob wir einen Ernährungsausschuss oder welche andere Institution ins Leben berufen werden.

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Die Baumwollzentrale hat noch ungeheure Mengen von Stoffen; nicht allein in Wien herrscht Stoffmangel, sondern diese Vorräte würden sich glänzend als Kompensationsmittel für Lebensmittel eignen. Nun erfahre ich, dass nach Jugoslawien bereits italienische und französische Stofffabrikate eingeführt werden und uns dieses Gebiet für den Lebensmittelaustausch konkurrenzirt wird. Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt zu verlangen, dass durch gerichtliche geordnete Sachverständige das Lager der Baumwollzentrale aufgenommen wird und von diesen Sachverständigen Vorschläge ausgearbeitet werden, um diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten.

HGM. Dr. Weiskirchner: In dieser Interpellation wird die Frage von Kompensationen berührt, die wir hergeben wollen, um Lebensmittel und Kohlen zu erhalten. Die ganze Frage fällt ausschliesslich in die Kompetenz des Ernährungsamtes und entzieht meiner Wirksamkeit. Ich stehe auf den Standpunkt, dass die angesammelten Stoffe und die angehäuften Bekleidungswaren nicht zu Kompensationen zu verwenden seien, sondern der Bevölkerung zugeführt werden sollen, damit wir unsere Familien in erster Linie damit betheiligen können. Ich werde also in diesem Sinne auch meine weiteren Schritte verfolgen.

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Unter den Kriegsvordienern ist die Steuerpflicht im immer grösserem Masse zu bemerken und ich glaube, dass vom Staatsamt für Finanzwesen doch Massnahmen dagegen getroffen wurden. Es wird deshalb gefragt: Sind dem Bürgermeister noch keine Massnahmen bekannt, die sich gegen die Steuerpflicht richten?

HGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Hier hat der Herr Interpellant eine österreichische Eigentümlichkeit berührt. Nach meiner Meinung ist auch hier der Ausweg zu spät. Heute schon am Platz. Früher hätten solche Gesetze geschaffen werden sollen, um die Abwanderung der Kriegsgewinnsgelder in die Schweiz und in das neutrale Ausland zu verhindern. Trotzdem bin ich auch heute natürlich noch bereit das Staatsamt für Finanzen um entsprechende Massnahmen zu ersuchen. Ob sie noch so wirksam sein werden, wie vor einem halben Jahr, möchte ich bezweifeln.

GR. Schäfer interpelliert wegen eines ohne Beaufsichtigung auf den Gründen der ehemaligen Adria Ausstellung aufgefundenen Lagers von Handgranaten und Explosivstoffen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Der Magistrat wird behufs Feststellung jener Unterkunfts- und Ausrüstungsanstalten, in denen sich etwa noch Explosivstoffe befinden könnten, zunächst das Einvernehmen mit dem Staatsamt für Heerwesen pflegen und sodann im Bedarfsfall das Erforderliche veranlassen.

Es ist ungemein bedauerlich, dass durch die Raschheit und völlige Unordnung der Sachdemobilisierung sich solche Ereignisse vollziehen.

GR. Hermann Fischer stellt folgende Anfrage: Ist es dem Bürgermeister bekannt, dass viele Spitalsabteilungen der Zentralbettenausweisstelle weniger Betten angeben, als in der Tat vorhanden sind. Gedenkt er sich mit den diversen Faktoren und kompetenten Stellen der Landesregierung ins Einvernehmen zu setzen, dass derartige Vorkommnisse vermieden werden. Gedenkt er anzuregen, dass in der Zentralbettenausweisstelle abwechselnd ein Direktor der Wiener Krankenanstalten oder sein Stellvertreter Dienst macht, der das Recht besitzt, sich entweder von dem Bettenmangel in einem Spital persönlich zu überzeugen, oder direkt einem Spital den Auftrag zu geben, dass für gewisse Fälle unter allen Umständen Platz gemacht werden muss? Wenn für manche interessante Fälle oder für vom Stadtrat empfohlene Patienten Platz geschafft werden kann, müsste es der Bürgermeister durchsetzen können, dass der wirkliche Bettenmangel nicht noch durch gewisse Unarten zu einem grossen Uebelstande heranwächst.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Den Schwierigkeiten kann nur begegnet werden, wenn es gelingt, das Spitalsprogramm durchzuführen und eine Vermehrung der Spitalbetten zu erzielen. In Betracht kommt insbesondere die Übernahme des Landwehrspitals in der Breitenseerkaserne, der Kriegsspitaler 1 und 2 und die Erbauung eines neuen Spitals im 21. Bezirk. Der Bettenmangel wird auch daher, dass auf den Kliniken Angehörige des polnischen ukrainischen und auch tschechoslowakischen Staates liegen. Es ist ja unsere Pflicht, auch diese Patienten zu versorgen, wie können aber annehmen, dass die Kranken in ihren eigenen Staaten späterhin jene Kliniken finden werden, die zu ihrer Heilung notwendig sind.

GR. Schorsch stellt folgende Interpellation: In der Zentrale Simmering der städtischen Elektrizitätswerke ist ein Zettel affigiert das Inhaltes: Für Dienstzwecke werden Revolver und Pistolen samt Munition gekauft. Jene Heimkehrer, welche im Besitze solcher Waffen sind, und sie zu verküßern gedenken, mögen sie der Werkeleitung gegen Vergütung übergeben. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass diese Aufforderung entfernt werde und dass Waffen und Munition, die auf Grund einer solchen Aufforderung angekauft wurden und Eigentum des österreichischen Staates sind, diesem zurückgestellt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke hat bekanntlich nicht nur in Wien, sondern auch in den auswärtigen Betrieben wie Ebenfurth und Zillingsdorf während der letzten Kriegsjahre die Lebensmittelbeschaffung für ihre Angestellten auf sich nehmen müssen und besitzt daher in den genannten Orten grössere Lebensmittellager. Dieselben waren insbesondere in Ebenfurth und Zillingsdorf, bezw. Neufeld infolge der durch den Zusammenbruch des Hinterlandes und der anfangs ungeordneten Zurückführung der heimkehrenden Truppen eingetretenen Unsicherheit stark gefährdet und mussten daher vor allfälligen Plünderungen geschützt werden. Zu diesem Zwecke wurden aus den angestellten des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth und des Bergwerkes Mauthausen gebildet, welche mit Handwaffen ausgerüstet werden sollten. Da solche in Waffenhandlungen nicht aufzutreiben waren und wegen Dringlichkeit ihrer Beschaffung umständliche Eingaben an die Heeresverwaltung nicht erst eingebracht werden konnten, gleichzeitig aber bekannt war, dass zahlreiche Militärpersonen eigene Handwaffen besitzen, wurden diese aufgefordert, dieselben der Direktion zu dem angegebenen Zwecke käuflich zu überlassen. Die Verleitung der Heimkehrer zur Abgabe kriegslicher Waffen war selbstverständlich niemals beabsichtigt und wäre unter allen Umständen von dem Verkäufer ein Nachweis seines Eigentumsrechtes an der zu verkaufenden Waffe verlangt worden. Uebrigens wird noch bemerkt, dass Waffen auf Grund dieser Aufforderung nicht angeboten worden sind und es daher zu keinem solchen Kaufe gekommen ist.

GR. Edmund Melcher stellt folgende Interpellation: Der österreichische Ingenieur- und Architektenverein hat eine Sammelstelle für heimgekehrte Techniker geschaffen, um Ingenieuren und Architekten, die stellenlos sind, Posten zu sichern, die ihrer Bildung und Befähigung entsprechen. Neben den Technikern muss aber auch Sorge getragen werden für die vielen Baumeister, von denen Hunderte in den Schützengraben gelegen und die ihr Blut für das Vaterland vergossen haben. Auch die Baumeister hoffen auf ausreichende Arbeit und lohnenden Erwerb. Um dieses Ziel zu erreichen erscheint es mir notwendig, die Aufmerksamkeit des Herrn Bürgermeister neuerlich auf die Untergrundbahn zu lenken. Ich erlaube mir daher die Anfrage, in welchem Stadium befindet sich die Angelegenheit der Untergrundbahn und ist der Bürgermeister geneigt, dem provisorischen Gemeinderat die Gelegenheit zu geben, sich mit der Frage der Untergrundbahn zu beschäftigen?

HGM. Dr. Weiskirchner: Meine Damen und Herren! Mit der Frage der Untergrundbahn können wir uns erst wieder in dem Augenblick befassen, wo wir über den zukünftigen Weg klar sind, den Wien einzuschlagen hat. Wir wissen heute nicht, bleibt Wien die Hauptstadt des kleinen und dürftigen Staates Deutschösterreich, tritt Wien in irgend ein Verhältnis zu Deutschland oder einer, die aus dem alten deutschen Reich sich bildenden Teilrepubliken, ist es möglich, dass die Donaustaaten sich zu einem wirtschaftlichen Donaubund freier Staaten vereinigen, ich weiss es nicht, davon wird aber die Zukunft erstens abhängen und davon wird auch abhängen, welche Komunalpolitik der Wiener Gemeinderat sich einzuschlagen bemüht findet. Ob wir eine Untergrundbahn brauchen, kann ich jetzt nicht sagen. Es gibt genug Notstandsbauten zur Unterbringung von Technikern und zahllosen Arbeitern, dass gerade nicht das unendlich kostspielige Projekt von Untergrundbahnen in Angriff genommen werden muss, ohne der Rentabilität in der Zukunft versichert zu sein.

Die GR. Domes, Heitzinger und Grollig stellen den Antrag, die Subvention des Wiener Volksbildungsvereines mit Rücksicht auf sein grosses verdienstvolles Wirken auf 5000 Kronen jährlich zu erhöhen.

Der Antrag wird der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Doppler stellt folgenden Antrag: Eine langjährige Forderung der Hausbesorgerchaft geht dahin, dass sie von der Trottoirreinigung befreit und diese von der Gemeinde Wien übernommen werde. Die enormen Preise, die heute für die erforderlichen Gerätschaften bezahlt werden müssen, bedeuten eine grosse materielle Belastung des meist unzureichend entlohnten Hausbesorgerstandes. Die Reinigung liegt im Interesse der Allgemeinheit, so dass nicht der einzelne Hausbesitzer oder dessen Hausbesorger hierzu herangezogen werden kann, sondern eine öffentliche Körperschaft hiefür sorgen muss, dies aber kann nur die Gemeinde Wien sein. Der Gemeinderat wolle daher beschliessen: Die Trottoirreinigung wird in die Eigenregie der Gemeinde Wien übernommen.

GR. Doppler stellt folgenden Antrag: Der Magistrat der Stadt Wien wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Hausbesorgerorganisationen über den Bestand und die Zahl gesundheitsschädlicher Hausbesorger-Wohnungen Erhebungen zu pflegen, diese Räumlichkeiten durch Kommissionen, der auch Vertreter der Hausbesitzer- und Hausbesorgerorganisationen beizuziehen sind, untersuchen zu lassen und den Gemeinderat hierüber binnen vier Wochen Bericht zu erstatten.

GR. Doppler stellt folgenden Antrag, der Dienerschaft der Gemeinde Wien an Stelle des jährlichen Schuh-Pauschaltes von K 16.- ausnahmsweise einmal jedem Diener für das Jahr 1919 ein Paar Lederschuhe in natura auszufolgen. Dieser Beschluss ist im Monate Jänner 1919 durchzuführen.

GR. Doppler stellt folgenden Antrag: Die Aushilfsdiener im Dienste der Gemeinde Wien einschliesslich der Schulen, Bezirksämter und Bezirksvertretungen werden als definitive Dienststellen systemisiert. Die bisherigen und neu eintretenden Aushilfsdiener werden nach Ablauf einer einjährigen, zufriedenstellenden Dienstleistung zu definitiven Dienern ernannt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johnny Michew.**  
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 18. Dezember 1918. Nr. 483.

**Richtigstellung der Marmeladeabgabe.** In der gestern verlautbarten Notiz über die morgen beginnende Marmeladeabgabe hat sich insoferne ein Irrtum eingeschlichen, als selbstverständlich nicht  $\frac{1}{2}$  kg, sondern  $\frac{1}{4}$  kg für jede Person des Haushaltes zur Ausgabe gelangt.

**Maassnahmen gegen das Schwarzfahren.** Zur Abstellung der vielen Schwarzfahrten auf den städtischen Strassenbahnen wurde im Sommer dieses Jahres von den Gemeinderäten Ignaz Fischer, und Bigner beantragt, bei den frequentierten Endstationen Bahnsteigsperranlagen mit Vorverkaufsstellen einzurichten. Auf Grund von Erhebungen hat sich ergeben, dass die Einrichtung einer solchen Anlage 80 bis 100.000 Kronen und die Betriebskosten jedesmal ungefähr 80 Kronen betragen würden. Mit Rücksicht auf diese unverhältnismässig grossen Kosten und der fast unmöglichen Beschaffung der erforderlichen Baustoffe hat StR. Schneider die Ablehnung dieser Anträge beantragt und der Stadtrat der Ablehnung zugestimmt.

**Brennholzversorgung in Lainzer Tiergarten.** Um den Mangel an Brennmaterialien in Wien einigermaßen zu steuern, ist, wie bereits mitgeteilt wurde, Bürgermeister Dr. Weiskirchner an den Staatsnotar mit dem Ersuchen herangetreten, das Sammeln von Kleubholz im Lainzer Tiergarten den Armen der angrenzenden Bezirke zu gestatten. Auch hat der Bürgermeister die Aufmerksamkeit des Herrn Staatsnotars auf die Durchforstung der Waldbestände des Tiergartens gelenkt und um Ueberlassung des bereits dort lagernden aufgearbeiteten Brennholzes ersucht. Das Staatsnotariat hat nunmehr den Bürgermeister eingeladen, wegen Uebernahme des aufgearbeiteten Holzes, sowie weiterer Schlägerungen sich mit dem Oberjägermeisteramt ins Einvernehmen zu setzen; Der Abtransport des Holzes und die Vornahme der Schlägerungen wurde bereits in die Wege geleitet. Auf das Sammeln von Kleubholz hat das Staatsnotariat grundsätzlich gestattet und werden diesbezüglich die näheren Modalitäten noch verlaublich werden.

Sehr geehrter Herr Kollega!

Nachdem für das kommende Jahr wieder neue Tramwayfreikarten ausgestellt werden, ersuche ich Sie, mir möglichst umgehend eine auf Karton aufgelegene Photographie im Visitenkartenformat nebst K 10.- für die Stempelgebühr zu übermitteln. Die Strassenbahndirektion macht aufmerksam, dass sie heuer nur aufgelegene Photographien verwendet.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
F. Michew.

Wiener Gemeinderat  
Sitzung am 18. Dezember 1918.

Vorsitzender Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** bringt eine Zusage des Staatskanzlers Dr. Renner auf die Interpellation des GR. Dr. Hein über die Wahlkreiseinteilung zur Kenntnis, wonach die Interpellation erst nach den Beratungen des Ausschusses in den Staatsrat gelangt sei, dass der Inhalt derselben jedoch infolge von Anträgen der Abgeordneten Dr. Kuranda und Friedmann Gegenstand der Beratungen war. Weder die Staatsratskommission, noch der Wahlgesetzausschuss habe aber diesen Anträgen zugestimmt.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** macht folgende Mitteilung: In der furchtbaren Kohlennot, in die wir durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit geraten sind, haben wir auch die Hilfe der Gesandten der neutralen Staaten zur Abwendung der drohenden Katastrophe erbeten. Diese Bitte hat die wohlwollendste und rascheste Förderung erfahren. Nunzins Graf Valfré ist als Doyen der Gesandten der neutralen Mächte und im Namen derselben für die Stadt Wien eingetreten. Weiters hat es der Nunzins unternommen, das wohlwollende Interesse des Heiligen Vaters für unsere schwer geprüfte Vaterstadt anzurufen. Die Gesandten von Schweden und der Schweiz haben sich persönlich nach Prag begeben und dort selbst die von uns übernommenen Schritte nachdrücklich unterstützt. Ich beehre mich dem versammelten Gemeinderate dies zur Kenntnis zu bringen und fühle mich Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich den diplomatischen Korps, Seiner Eminenz den apostolischen Nunzins und den Herren Gesandten von Schweden und der Schweiz für Ihr machtvolles Eingreifen im Namen der Stadt Wien von dieser Stelle aus den tiefempfundenen Dank ausspreche.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** teilt weiters mit: Es waren heute 2 Wiener Bürger bei mir, die Herren Engelhart und Wanko, welche namens des Direktoriums des Wiener Trabrennvereines Titress von 80.000 Kronen Kriegsanleihe mir übergaben mit der Bestimmung diesen Betrag dem Karolinen Kinderspital im 9. Bezirk zur Linderung seiner Not Bravourufe zu übermitteln. Diese Tat zeigt von gutem Bürgersinn und halte ich mich verpflichtet, namens des Gemeinderates den herzlichsten Dank auszusprechen. Der Betrag wird sofort seinem Zwecke zugeführt werden und habe ich die Genugtuung, dass wenigstens ein Kinderspital für die nächste Zeit versorgt ist. Es wird aber auch unsere Aufgabe sein, den anderen Kinderspitälern zu helfen und jene Hilfe zu bringen, die sie besitzen müssen.

Der Bürgermeister teilt noch mit, dass die Wiener Sterilisierungsgesellschaft für arme Schulkinder des 3. Bezirkes 1000 Kronen und M. Dämmichen, österreichisch-ungarischer Generalkonsul in Stockholm das Ergebnis einer Sammlung von K 584.- für wohlthätige Zwecke gespendet haben. Ueber die Anfrage des GR. Jung aus der letzten Sitzung, betreffend die Unterbringung der jüdischen Truppe der Stadtschutzwache in den beiden Schulen, 2. Bezirk Weintraubengasse 13 und Untere Augartenstrasse 3 wird folgendes berichtet: Die beiden Schulen, stehen seit Kriegseingangs in militärischer Verwendung. Beide wurden in letzter Zeit vom Platzkommando der jüdischen Truppe der Stadtschutzwache zugewiesen. Letztere Schule wurde speziell aus dem Grunde in Anspruch genommen, weil die bisher von der genannten Truppe benutzten Räumlichkeiten in der

Schule 20. Bezirk Traustrasse 9 wegen sanitärer Uebstände geräumt werden mussten. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass die Schulen durch die wiederholten Diquartierungen während der Kriegszeit sehr stark gelitten haben, das weiters gegenwärtig die Heeresverwaltung Kasernen und andere Bequartierungsobjekte genügend zur Verfügung stehen, ferner im Hinblick auf den alten Bestand der beiden genannten Schulhäuser und die veralteten Abortanlagen in denselben, endlich mit Rücksicht darauf, dass gerade der 2. Bezirk ein besonders kinderreicher ist, wird der Magistrat an den zuständigen Stellen wegen ehester Rückstellung der genannten Schulgebäude herangetreten. Im übrigen wird es doch endlich wieder an der Zeit sein, dass der volle Unterricht eingeführt werden muss. Ich habe mich deshalb an den Staatsrat gewendet, um in dieser Weise und in diesem Sinne Ordnung zu machen.

Die GR. **Kohl**, **Langer** und **Simon** stellen folgende Anfrage: Anlässlich der Uebersiedlung des alten Naschamrktes, wurde Auftrag gegeben, alle Objekte auf den Gründen des alten Platzes ehestens abzutragen. In einer missverständlichen Auffassung dieses Auftrages hat die städtische Strassenbahn auch das Wartehaus, gegenüber der Seession abgetragen, obwohl das Wartehaus unbedingt notwendig ist. Es wird daher gefragt, wann ein neues aufgestellt wird.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner**: Ich muss mir selbst die Situation ansehen und werde dann die nötigen Verfügungen treffen. Ich betachte die Interpellation des GR. Kohl für gerechtfertigt.

GR. **Gohout** interpelliert darüber, ob es nicht möglich sei, den Buchdruckereien die Benützung der Motore bis 4 Uhr nachmittags zu gestatten, da die Maschinen infolge des Zurichtens oft stundenlang stehen müssen.

Der Bürgermeister erwidert, dass er diese Interpellation als Antrag behandeln werde.

GR. **Dr. Hein** stellt namens des demokratischen Parteiverbandes folgende Anfrage: Entsprechend der vor kurzem erfolgten Umgestaltung des Wiener Gemeinderates soll auch in nächster Zeit eine Neukonstituierung provisorischer Bezirksvertretungen stattfinden. Unser Verband tritt programmgemäss für eine Demokratisierung der Bezirksvertretungen und ausgiebiger Heranziehung der Vertreter der Arbeiterschaft zu diesen Körperschaften ein. Wir stehen auf dem Standpunkte, dass nach Analogie der Zusammensetzung der provisorischen Nationalversammlung und der provisorischen Landesversammlung die Neukonstituierung der provisorischen Bezirksvertretungen auf Grundlage der Wahlergebnisse aus der allgemeinen Curie des Gemeinderates eventuell der letzten Reichsratswahlen stattfinden sollte. Demgemäss würde das freiheitliche Bürgertum zwar eine erhebliche Einbusse in der Vertretung des zweiten Bezirkes erleiden, doch würde unseren Vertretern die Mehrheit in der Bezirksvertretung der Inneren Stadt, eine erhebliche Anzahl von Mandaten in dem 4., 7. und 9. Bezirk, sowie ein Sitz in der Vorsteherung im 1., 4., 7. und 9. Bezirke gebühren. Alle diese berechtigten Forderungen des freiheitlichen Bürgertums finden in den Vorschlägen der anderen Parteien nicht die mindeste Berücksichtigung. Man geht in diesen Vorschlägen sogar so weit, die bürgerlich freiheitlichen Vertreter des 9. Bezirkes, in welchem die Zahl der bürgerlich freiheitlichen Stimmen noch bei der letzten

Wahl aus der allgemeinen Curie weit höher war, als die der sozialdemokratischen Stimmen, auf 2 sage zwei unter dreissig Mitgliedern einzuschränken. Indem ich gegen eine derartige allen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit widersprechende brutale Vergewaltigung des demokratischen Bürgertums entschiedenen Protest erhebe, stelle ich die Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, bei seinen Vorschlägen wegen Umgestaltung der Bezirksvertretungen alle Parteien, demnach auch das freiheitliche Bürgertum nach Massgabe der aus den letzten allgemeinen Wahlen hervorgehenden Kräfteverhältnisse gleichmässig zu berücksichtigen?

Bgm. **Dr. Weiskirchner**: Bevor ich die Interpellation beantworte, muß ich den Herrn Gemeinderat Dr. Hein wegen des in der Interpellation enthaltenen Ausdruckes „brutale Vergewaltigung“ zur Ordnung rufen. Die Vereinbarungen zweier Volksparteien dürfen nicht als brutale Vergewaltigung bezeichnet werden. (Zwischenruf des Gem.-Rates Dr. Granitsch). Herr Gemeinderat Dr. Granitsch, ich rufe auch Sie zur Ordnung! Ich möchte die beiden Herren, die doch Juristen sind, bitten, die ergangene Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 4. Dezember 1918 über die einstweilige Ergänzung der bestehenden Gemeindevertretungen zu lesen. Die Nationalversammlung, der wir im Gemeinderate einstimmig Treue gelobt haben, hat ein Gesetz beschlossen, demzufolge die Nationalversammlung sich vorbehält, eine Gemeindevahlordnung zu erlassen und zwar so, daß binnen drei Monaten die definitiven Wahlen in den Wiener Gemeinderat vorgenommen werden können. Bis dahin sind die bestehenden Gemeindevertretungen zu umzugestalten, daß die Vertreter der Arbeiterschaft entsprechend Sitz und Stimme finden. (Zustimmung, Zwischenrufe der Gemeinderäte Dr. Hein und Dr. Granitsch). Reden wir doch nicht von Kosten, sondern von allgemein öffentlichen Angelegenheiten. Ich bitte Herr Dr. Granitsch zu verzeihen, Sie kommen immer wieder auf das <sup>alte</sup> Wahlkörpersystem zurück. (Zwischenrufe). Herr Dr. Granitsch scheint der Meinung zu sein, daß er das Wort hat und ich ihn durch unberufene Zwischenrufe unterbreche. (Heiterkeit). Nach dem § 1 der Vollzugsanweisung sind die Vertreter der Arbeiterschaft annähernd in jenem Verhältnis in die Gemeindevertretung zu berufen, in dem sich die Zahl der über 24 Jahre alten männlichen Arbeiter zu der Zahl der übrigen über 24 Jahre alten männlichen Einwohner der Gemeinde zur Zeit der Berufszählung vom 31. Dezember 1910 befand. Ich muß hier von diesem Platze sagen, daß die Sozialdemokratische Partei mit Entgegenkommen das Verhältnis im Gemeinderate und in den Bezirksvertretungen bestimmt hat. (Hört!). Bei strikter Anwendung dieser Relation wäre das Verhältnis für die bürgerlichen Parteien ungünstiger ausgefallen. Jetzt Herr Dr. Granitsch frage ich Sie: Welcher Arbeiterschaft vertreten Sie denn? (Rufe bei den Sozialdemokraten und bei den Christlichsozialen: So ist es! - Zwischenrufe des Interpellanten). Sie haben es während Ihrer Dezzennien langen Herrschaft nicht verstanden, auch nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft unter Ihre Herrschaft zu bringen. (Zustimmung). Nach der Vollzugsanweisung der Staatsregierung hat sich der Bürgermeister mit den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft ins Einvernehmen zu setzen. Ich habe das pflichtgemäß mit den Vertretern der sozialdemokratischen der christlichsozialen und deutschnationalen Arbeiterschaft getan. Ich habe keine Verpflichtung gehabt, nicht mit Herrn Dr. Hein ins Einvernehmen zu setzen, weil er kein Vertrauensmann der Arbeiterschaft ist.

GR. **Stein** Er vertritt uns ja auch nicht, wenn er uns die Ausschussmandate wegnimmt. (Heiterkeit).

Die Frage der Theatersperre. Zu Beginn der heutigen Stadtratsitzung brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein Schreiben des Staatskanzlers zur Kenntnis, nach welchem der Staatsrat mit Rücksicht auf die Gefahr der Arbeitslosigkeit so vieler Bühnenangestellter und im Interesse der Aufrechterhaltung des Theaterbetriebes überhaupt beschlossen habe, den Theaterbetrieb wenn möglich mindestens einige Tage in der Woche aufrecht zu erhalten. Der Bürgermeister teilt ferner mit, dass er gestern im Parlament eingeladen wurde, um dort mit dem Staatsrate Dr. von Licht einer Besprechung über die Wünsche der Theaterdirektoren beizuwohnen. Dr. von Licht erklärte, dass der Staatsrat die Ansicht der Gemeinde hören wolle, die Entscheidung liege aber bei der Landesregierung, bzw. beim Staatsrat. Er machte eine Reihe von Argumenten geltend, welche für den teilweisen Betrieb der Theater sprechen. Dem Bürgermeister wurde auch ein eingehendes Memorandum der Theaterdirektoren überreicht. Infolgedessen wird sich heute vormittags der Stadtrat nach Anhörung des Obermagistratsrates Dr. Müller und der Direktoren Karel und Menzel neuerdings mit der Frage beschäftigen. Aus der gestrigen Besprechung gehe hervor, dass wohl ein Teil der Theater während des Krieges reiche Einnahmen erzielt haben, ein anderer Teil aber vor dem Konkurse stehe. Die Theaterdirektoren ersuchten auch, dass sie vom Stadtrate gehört werden und es werden ~~deswegen~~ deshalb die Abgeordneten der Parteien Emmerling, Dr. Hein und Regierungsrat Schmid gemeinsam mit dem Bürgermeister und den Vizebürgermeistern Rein und Reumann die Abordnung empfangen. Der Bürgermeister besprach sodann die bisherigen Ergebnisse des Vertrages mit dem tschecho-slovakischen Staate über die Kohlenlieferungen und konstatierte mit Bedauern, dass die Bestimmungen nicht vollständig eingehalten werden und wieder neuerliche Forderungen gestellt werden, insbesondere was die Beistellung von Lokomotiven.



Um 11 Uhr vormittags fand eine Konferenz unter Beiziehung des Obermagistratsrates Dr. Müller statt, in welcher konstatiert wurde, dass der Vollzugsausschuss der Theaterdirektoren und Angestellten am 9. Dezember ein Memorandum verfasst habe, welches aber der Gemeinde bisher noch nicht zugekommen sei. Darin wird ausgeführt, dass der Vollzugsausschuss sich im Schleichhandel Kohle verschaffen könne, die er der Gemeinde zur Verfügung stellen wolle.

Obermagistratsrat Dr. Müller erklärte, dass, wenn dies der Fall sei, man den Direktoren erlauben könne, bis auf weiteres vorläufig an Samstagen und Sonntagen zu spielen und zwar des Theaters, Kinos, Varietés und Konzertsälen.

Der Referent brachte weiter zur Kenntnis, dass auch eine Reihe anderer Gewerbe sich an den Stadtrat wegen Aufhebung der Beschränkungen gewendet haben, insbesondere wünschen die Kaffeehäuser eine Stunde länger als die Gasthäuser offen halten zu dürfen, die Zuckerbäcker wollen bis 9 Uhr offen halten und die übrigen Ladengeschäftsinhaber bis 6 Uhr, dafür aber in der Früh um eine Stunde später aufsperrn.

Heute vormittags erschienen auch in Vertretung der 22 bedeutendsten Kunstvereine Wiens Vorstand Markl der Philharmoniker, Generalsekretär Lafite der Gesellschaft der Musikfreunde, Generalsekretär Dr. Botstiber der Konzerthausgesellschaft, Oberinspektor Lukas vom Singverein,

Präsident Boruthau und Professor Hans Wagner von der Wiener Oratorien-Vereinigung beim StR. Schwer, um ihm die völlig gefährdete Existenz der Wiener künstlerischen Vereinigungen darzustellen, welche vor allem dadurch in Frage gestellt werden, dass die Abhaltung von Proben unmöglich gemacht sei. StR. Schwer nahm die Darstellungen mit grossem Interesse entgegen und versprach, sein möglichstes zu tun.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michler.  
Wien, I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 20. Dezember 1918. Nr. 488.

Strassenbahn-Freikarten für Invalide. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Schneider über den Antrag des GR. Huber den in den Wiener Spitälern untergebrachten Invaliden bis zur Versetzung in das Zivilverhältnis Freikarten für die Strassenbahn zur Verfügung zu stellen. Der Berichterstatter führte aus, dass schon bis jetzt Einzelfreikarten mit schwarzem Kreuz bis zur Höchstzahl von 160.000 Stück monatlich an die Spitäler zur Verteilung an die Verwundeten, Geisenden und sonstigen Kriegsbeschädigten unentgeltlich abgegeben werden. Die Verabfolgung dieser Einzelfreikarten wird auch weiterhin stattfinden.

Ein Darlehen für das Karolinen Kinderspital. Der Magistrat hat über Auftrag des Gemeinderates vom 26. November Erhebungen über die materielle Lage der Wiener Kinderspitäler gepflogen. Ungefähr gleichzeitig war ein Notschrei in den Zeitungen erhoben worden, dass das Karolinen Kinderspital im 9. Bezirk, wenn nicht raschest Hilfe komme, bis 1. Jänner 1919 den Angestellten kündigen und den Betrieb einstellen müsse. In einer vor einigen Tagen dem Bürgermeister überreichten Eingabe ersuchte das medizinische Doktorenkollegium und das Verwaltungskomitee der genannten Anstalt mit dem Bemerken, dass eine Sanierung des Betriebes unbedingt notwendig sei und die Anstalten beim Ausbleiben der erforderlichen Hilfe spätestens am 1. März 1919 den Betrieb einstellen müsse den Bürgermeister, er möge die nötigen Verfügungen treffen, damit der Betrieb aufrecht erhalten werden könne. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Dr. Haas dem Karolinen-Kinderspital zur Deckung des Betriebsabganges ein Darlehen von 60.000 Kronen unter der Bedingung zu geben, dass dieses Darlehen nach einem Jahr zurückgezahlt wird.

## 2. Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 20. Dezember 1918. Nr. 488.

Abgesagter Empfang. Wegen dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner entfällt der Empfang am Montag, 23. d.M.

Beförderungen im Magistrate. In Stände der rechtskundigen

Beamtinnen wurden ernannt: Alexander Much, August Hofer, tit. Sekretär, Dr. Robert Mayr, Dr. Ferdinand Wagner, Dr. Franz Reichel von Reichspurg, Dr. Robert Reineck, Richard Edler von Radler, Dr. Friedrich Lantzberg, Dr. Robert de Frantz, Eduard Ritter von Eisenbach, Dr. Richard Huber, Dr. Franz Urban, Martin Jehl, Ludwig Schramm, tit. Sekretär, Dr. Viktor Wather tit. Sekretär, Dr. Otto Schatzowitz, Dr. Hans Liebl tit. Sekretär, Dr. Wilhelm Landskron, Dr. Leopold Telatko, Dr. Heinrich Pawlik, Dr. Leopold Schindler, Karl Urban, Dr. Rudolf Wiesmauser, Rudolf Wagner, Dr. Franz Kerner, Dr. Franz Libano, Dr. Karl Siller, August Hämisch, Dr. Robert Gewinner, Dr. Robert

Starzikowsky, Dr. Josef Limanschek, Franz David tit. Sekretär, Dr. Karl Wiesenberger, Dr. Artur Bittmann, Dr. Alois Altmann, Dr. Ludwig Kennet, Dr. Otto Lorenz zu Magistratssekretären; Dr. Franz Riefler, Dr. Franz Kiefer, Artur Hampel, Dr. Josef Hartl, Dr. Karl Fenzl, Heinrich Baumer, Dr. Ludwig Trönte, Dr. Robert Faltl, Karl Travisek, Alexander Hausleitner, Dr. Alexander Deipenbrock, Dr. Paul von Hruby, Dr. Adolf Schweng, Dr. Viktor Kritscha zu Magistrats-Oberkommissären; Dr. Viktor Mayer, Dr. Rudolf Neumayer, Dr. Erwin Hammer, Dr. Max Felkel, Dr. Johann Dietrich, Dr. Georg Weiler, Dr. Theodor Baumgartner, Dr. Otto Halbmayr zu Magistrats-Kommissären; Dr. Johann Scharnagl, Dr. Franz Binder, Dr. Wilhelm Hammerschmidt, Dr. Rudolf Sterl, Dr. Richard Blasl, Dr. Friedrich Simak, Dr. Ferdinand Spandl, Dr. Hermann Just zu Magistrats-Konzipisten. Im Konstriptionsamte wurden ernannt: Ferdinand Friedl, Josef von Baumgarten, Hermann Eichinger, Robert Pribyl, Richard Astner, Karl Zeckl, Franz Neumayer, Leopold Portune, Stanislaus Hajacki, Ernst Reiter, Friedrich Zeitlberger, Rudolf Polt, Rudolf Pokorny, Viktor Maroher, Rudolf Zelinger, Adolf Köck, Franz Bambult zu Konstriptionsamts-Kontrolloren; Friedrich Kreuzberger, Friedrich Ual, Ernst Sellinger, Max Zöchling, Anton Humplik, Richard Nacal, Franz Müllner, Ferdinand Bessel, Richard Riedl zu Konstriptionsamts-Kommissären; Otto Formasek, Anton Hainreich, Johann Witek, Leopold Panek, Josef Sterba, Karl Werper zu Konstriptionsamts-Offizialen. Im Stände der Stadtbuchhaltung: Ernst Wolf, Johann Gindl, Karl Bioul, Johann Cizek, Friedrich Licht, Ludwig Mikka, Johann Albrecht, Alfred Kautz, Viktor Hellmann, Felix Ferge, Hubert Wenger, Rudolf König, Rudolf Schneider, Karl Polatzek, Leopold Adam, Alois Schluscha, Viktor Kayerhofer, Franz Hemece zu Rechnungs-Oberrevidenten; Gustav Broser, Max Trauschke, Franz Krämel, Heinrich Hein, Rudolf Pretsch, Adolf Reichert, Richard Mayr, Anton Kornfeld, Karl Zandra, Engelbert Wilstel, Josef Muzznatter zu Rechnungs-Revidenten; Anton Ritberger, Franz Oberleitner, Karl Brosch, Gustav Kks, Johann Haidinger zu Rechnungs-Offizialen; August Prochaska zum Rechnungs-Assistenten. In der Stadtgartendirektion wurden ernannt: Josef Deyerl, Franz Kollmann, Josef Wurga zu Assistenten 1. Klasse.

Ernennungen in der Hauptkasse. Oberkontrollor Josef Terzer wurde zum Hauptkassen Vizedirektor und die Oberkontrollore Anton Stöckl und Josef Machan zu Titular Vizedirektoren ernannt.

Pensionierung. Dem Ansuchen des Magistratsrates Anton Oesterreicher um Versetzung in den bleibenden Ruhestand wurde Folge gegeben.

Errichtung von Tuberkulosen Fürsorgestellen. In der letzten Sitzung des Stadtrates stellte StR. Dr. Haas folgende Anträge: Die Errichtung und der Betrieb von fünf Fürsorgestellen für Tuberkulose auf Kosten der Gemeinde Wien wird grundsätzlich genehmigt. Für die Errichtung dieser fünf Fürsorgestellen wird ein Kredit von 75.000 Kronen, für den Betrieb im ersten Halbjahre 1919

ein Kredit von 75.000 Kronen eröffnet. Das städtische Gesundheitsamt wird beauftragt, nach Eröffnung der Fürsorgestellen entsprechende Staatsbeiträge zu den Errichtungs- und Betriebskosten in Anspruch zu nehmen. Das Gesundheitsamt wird ferner beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob durch die gegenwärtige Lage des Roten Kreuzes dieses im Stande ist, die in Aussicht genommenen Fürsorgestellen im 19. und 23. Bezirk ehestens zu errichten, widrigenfalls das Gesundheitsamt bezüglich dieser Stellen ehestens Anträge stellen soll.

VB. Reumann bemerkt hierzu: So lange nicht für eine entsprechende Ernährung vorgesorgt werden kann, ist die Tätigkeit der Fürsorgestellen eine sehr problematische. Die erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose hänge auch mit der Wohnungsfrage zusammen. Er wünscht die Vorlage eines Berichtes über die bisherigen Erfolge der Fürsorgestellen.

StR. Dr. Hein beantragt, es mögen neuerliche Erhebungen gepflogen werden, wozu die für Tuberkulosenfürsorge gesamt 23 Millionen Kronen verwendet wurden, ob ein Teil dieses Betrages auf Wien entfallen ist und an die Stadt abgeliefert wurde.

StR. Knoll vermisst das System in der Tuberkulosenfürsorge. Der Staat müsse die Verpflichtung haben, für die Tuberkulosenfürsorge der Stadt Wien einen gewissen Betrag auszuwerfen.

StR. Ehammer regt an, die Leitung der Zweigvereine vom Roten Kreuz sollen berichten, wie viel von den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln für die Tuberkulosen Fürsorge anfallen.

StR. Müller wünscht eine bevorzugte Versorgung der Tuberkulosen mit Milch, Fleisch etc. allenfalls zu ermäßigten Preisen.

StR. Melcher macht darauf aufmerksam, dass ein Tuberkulosenheim in Pressbaum-Fullnerbach für 70 bis 80 Kranke vollständig fertig sei. Es handle sich bloss um die Herstellung der Zufahrtsstrasse und Errichtung der Liegehalle; dies erfordere 50.000 Kronen.

Der Referentenantrag und sämtliche Zusatzanträge wurden angenommen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michlew.

Wien. I., Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

=====

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 20. Dezember 1918. No 490

-----  
Die Nahrungsmittelhilfe der Schweiz Prof. Ferrière hat aus Genf folgendes Telegramm an Bgm. Dr. Weiskirchner gerichtet: Bin sehr glücklich, dass meine Schritte bei der schweizerischen Regierung und bei den amerikanischen Beauftragten ausgezeichnete Würdigung gefunden haben und Ap-provisionierungsmassnahmen schon teilweise in Ausführung sind. Erhoffe rascheste Hilfe.

Bgm. Dr. Weiskirchner hat mit folgendem Telegramm erwidert: Wärmsten Dank für die erfreuliche Mitteilung. Ihre hochherzige Aufklärungstätigkeit über das in Wien herrschende Elend festigt in der Wiener Bevölkerung die Zuversicht, dass wir durch die Intervention des Auslandes, insbesondere des edlen Schweizervolkes, in absehbarer Zeit von der grössten Not erlöst werden. Nehmen Sie für Ihr Fürsorgewerk den innigsten Dank entgegen und seien Sie versichert, dass Ihnen die Wiener für Ihre von reinsten Menschlichkeit getragenen Bestrebungen in dankbarer Hochschätzung stets verbunden bleiben werden.

-----  
Christbaumverkauf. Auf dem städtischen Lagerplatze XX. Treustrasse 55 werden von der Gemeinde Wien Christbäume verkauft.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Dr. Franz Michow,**  
Wien. I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 21. Dezember 1918. Nr. 491.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 22. bis 28. Dezember gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 24 des Einkaufscheines. Der Preis des städtischen Unterzündholzes beträgt 38 h für weiches und 30 h für hartes Holz.

Butterverkauf. In der Woche vom 22. bis 28. Dezember gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen sowie bei den Konsumentenorganisationen 40 Gramm Butter pro Kopf zur Ausgabe. Der Preis für 4 dkg beträgt K 1.32. Die Konsumenten werden darauf aufmerksam gemacht, dass in Anbetracht der Kohlenknappheit die Butterabgabestellen berechtigt sind, mit Ausnahme von Samstag bereits um 4 Uhr das Lokal zu sperren. In der Weihnachtswoche findet der Butterverkauf ausnahmsweise bereits am Montag statt. Ausserdem wird darauf aufmerksam gemacht, dass durch einige Tagesblätter irrtümlich die Nachricht gebracht wurde, dass durch Molkerei Filialen und Butterabgabestellen Eier und Käse abgegeben wird; dieses entspricht nicht den Tatsachen. Die Eier werden auf den Märkten zur Verteilung gebracht, der Käse durch Händler und Konsumentenorganisationen.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag 21. Dezember 1918. Nr. 492.

Schuhe für städtische Angestellte. Der Stadtrat beschloss in der letzten Sitzung nach einem Antrage des StR. Spalowsky denjenigen städtischen Angestellten, welche zum Bezuge eines Stiefelbauschaales berechtigt sind, im Jahre 1919 Schuhe anzufolgen. Die Ausgabe von Schuhen erscheint zweckentsprechender als eine Erhöhung des Stiefelbauschaales, da es den Angestellten auch im Falle einer bedeutenden Erhöhung des Pauschaales nicht möglich sein dürfte, im freien Handel für den Dienst geeignete entsprechende strapazfähige Schuhe zu erwerben. Die Beistellung von Schuhen an diese Angestellten erfordert einen Betrag von 165.000 Kronen.- Ferner wird auch den städtischen Gartenarbeitern 1 Paar Schuhe unentgeltlich beigegeben. Der Betrag hierfür beziffert sich mit 14.000 Kronen.

Weihnachtsspenden. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des StR. Tomola zur Beschaffung von Schuhen und Äpfeln für die Beteiligung der Kinder in den öffentlichen Kindergärten der Gemeinde Wien anlässlich der Weihnachtsfeier 44.000 Kronen.- Nach einem Antrage des StR. Schmid wurden der Kinderbewahranstalt in Ebenfurth 100 Kronen gespendet.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Tomola wurde das Rotter'sche Buch „Die Josefstadt“, Geschichte des 8. Wiener Gemeindebezirkes für sämtliche Volks- und Bürgerschulen

angekauft. - Für Instandsetzungen in der rückgestellten Schule 8. Bezirk Laudongasse 5 wurden nach einem Antrage des StR. Schwer 7500 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Vaugoin erwirbt die Gemeinde Wien die in Speising zwischen der Anton Laneergasse und der Biraghygasse gelegenen Katastral-Parzellen im Ausmasse von 262'20 m<sup>2</sup> um den Betrag von 5000 Kronen. - Nach einem Antrage des StR. Schmid wurde eine Weihnachtsremuneration von 273.295 Kronen an die Beamten und Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke einschliesslich des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth und der Braunkohlen - Bergbau - Gewerkschaft Zillingsdorf und für Arbeiter eine solche im Betrage von 134.977 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Siegl wird für Herstellungen auf der Liegenschaft 20. Bezirk Jägerstrasse 106 die Baubewilligung erteilt.

Kartoffelabgabe. Dienstag, Donnerstag (Feiertag) und Freitag werden im 19. Bezirk Kartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte J bis L der Kartoffelkarte abgegeben.

Unbeschränkte Abgabe von städtischem Sauerkraut. Zuzufolge Sicherstellung grosser Mengen Sauerkrautes ist die Gemeinde Wien in der Lage, Sauerkraut durch die städtischen Abgabestellen bis auf weiteres ohne Einschränkung und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abzugeben. Gleichzeitig wird der Kleinhandelspreis, mit Wirksamkeit vom 27. d.M. auf K 1.60 für das kg herabgesetzt.

Wien, Montag, 23. Dezember 1918.

Nr. 493.

-----  
Angeebung des Gemeinderatspräsidiums. Gestern Vormittags erfolgte im Empfangssalon des Bürgermeisters durch den Landeshauptmann v. Steiner die Angelobung des neugewählten Gemeinderatspräsidiums, und zwar des Bgm. Dr. Weiskirchner und der Vicebgm. Hoss, Rain und Reumann. Nach einer kurzen Begrüßung und Beglückwünschung verlas Landeshauptmann v. Steiner folgende Angelobungsformel:

Sie werden bei Ihrer Ehre und Treue geloben, dem deutsch-österreich. Vaterlande treu und gehorsam zu sein, die von der Nationalversammlung beschlossenen Grundgesetze, Gesetze und die auf deren Grundlage erlassenen Vollzugsanweisungen des Staatsrates unverbrüchlich zu beachten und das Ihnen anvertraute Amt des Bürgermeisters der Stadt Wien treu und redlich nach Ihrem besten Wissen und Gewissen zu verwalten sowie die Ihnen in dieser Eigenschaft des Bürgermeisters nach dem Gesetze vom 24. März 1900 und nach den Gesetzen überhaupt obliegenden Pflichten nach ihrem vollen Umfange genau und gewissenhaft zu erfüllen.

Nach der Angeebung dankte Bgm. Dr. Weiskirchner namens des Präsidiums.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew.  
Wien. I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

---

21. Jahrgang. Wien, Montag, 23. Dezember 1918. Nr 494.

---

Aus dem Rathaus. Der Gemeinderat tritt in der kommenden Woche Montag, 30. d.M. um 3 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen. - Stadtratsitzung findet diese Woche keine statt.

---

Die Hilfe der Schweiz. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Bundespräsidenten Calonder, Bern nachfolgendes Telegramm abgesandt: Auf's tiefste bewegt von der hochherzigen Teilnahme, die die Vertreter aller Nationalitäten der Schweiz, allen Voran Herr Bundespräsident und Nationalrat Jaeger, der an der Kriegsnot so bitter leidenden Wiener Bevölkerung entgegenbringen, bitte ich im Namen des Wiener Gemeinderates den innigsten Dank entgegenzunehmen. Möge der Gedanke der Menschlichkeit, der im edlen Schweizervölke immer seine überzeugtesten Vorkämpfer besass, bald überall siegen und den schwerkgeprüften Völkern ein menschenwürdiges Dasein sichern.

---

Der Bericht des Wohnungsamtes für November. Im Monat November ist der Stand der leerstehenden Wohnungen mit 259 oder 0'047 % des gesamten Wohnungsbestandes fast unveränderlich gegen den Vormonat geblieben. Von den ausgewiesenen Leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 205 (0'051 % aller Kleinwohnungen), der kleineren Mittelwohnungen 35 (0'067 % aller kleineren Mittelwohnungen), der grösseren Mittelwohnungen 5 (0'007 % aller grösseren Mittelwohnungen) und der grossen Wohnungen 14 (0'052 % aller grossen Wohnungen). Die leerstehenden Geschäftsräumlichkeiten haben im Berichtmonate mit 2899 einen weiteren Rückgang gegen den Monat Oktober 1918 (3124) erlitten. Die Besucherzahl des Wohnungsnachweises hat im November mit 5585 die höchste bisherige Besucherzahl erreicht. Durch die Organe des Nachweises wurden 1508 Wohnungen und Geschäftslokalitäten revilliert.

---

Herstellungen im Direktionsgebäude der Strassenbahn. Der Stadtrat genehmigte in der letzten Sitzung nach einem Antrag des StR. Schmid die Durchführung von verschiedenen Erneuerungen und Instandsetzungsarbeiten sowie die Erneuerung und teilweise Umlegung der elektrischen Beleuchtungsanlage der Klagel- und der Telephonanlagen und die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für die beiden Direktionsgebäude der städtischen Strassenbahnen Favoritenstrasse 9 und 11 mit den Kosten von 137.000 Kronen.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michler*.

Wien. I., Neues Rathaus.

3 A u s g a b e n

21. Jahrgang Wien, Montag, 23. Dezember 1918 Nr. 426

Der Strassenbahnverkehr zu den Feiertagen. Am Christtag und am Stefanitag, sowie am Neujahrstag und am Heiligen 3 Königtage wird der Verkehr auf den städtischen Strassenbahnen nur in demselben Ausmasse wie am letzten Sonntage, d. h. der besonders eingeschränkte Verkehr unter Aufrechterhaltung der Hauptlinien durchgeführt.

Löbliche Redaktion!

Die Notiz „Aus dem Rathause“ ist insoferne abzuändern, als am Freitag eine Stadtratssitzung abberaumt ist.



Aktion „Schutz vor Winterkälte“. Da ursprünglich für ganz Österreich gedachte Wohlfahrtswerk „Schutz vor Winterkälte“ wurde über Verfügung des Bürgermeisters mit 16. Dezember in Wien für die Schulkinder durchgeführt. Derselben stiegen den Kindern in ca. 45 Schulen beheizte und beleuchtete Räume zur Verfügung. In denen etwa 22 000 bis 28 000 Schulkinder unter Aufsicht von Lehrpersonen tagsüber von 8 bis 10 und 2 bis 6 Uhr sich aufhalten und nützlicher Beschäftigung obliegen können. Zwischen 8 und 6 Uhr wird den Kindern ein Teller warmer Suppe zum Preise von 10 Hellern verabreicht. Die Suppe wird von einer Reihe von Kriegsküchen oder auch in der Schule selbst zubereitet. Der Zuspruch ist ein über alles Erwartetes reger, so dass an einen weiteren Ausbau dieser Wohlfahrtsaktion gedacht werden muss. Voraussetzung, dass das nötige Heizmaterial zur Verfügung gestellt werden kann. Eine ähnliche Aktion ist für Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter in Vorbereitung und wird ihre Leben retten, so bald die Schwierigkeiten wegen Sicherstellung des Heizmaterials behoben sind.

Nachtsaufsätze. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Tomala in heurigen Winter den Betrieb auf den öffentlichen Straßenpflanzungen in St. Johannpark im 9. Bezirk der Bezirksvorsteher, in der Döcker Allee in Hütteldorfgasse im 6. Bezirk der Ortsgruppe Mariabühl und in Hause 8. Bezirk Schmittgasse 11 der Ortsgruppe Kobalstadt des Jugendführervereins und in 12. Bezirk Steinhilfengasse dem Verein zur Pflege der körperlichen Erziehung zu überlassen.

Umgestaltung der Bezirksvertretungen. Landeshauptmann von Steiner hat an Bürgermeister Dr. Feiskirchner folgenden Erlaas gerichtet: In Gemäßheit des § 3 der Vollzugsanweisung der Staatsrates vom 4. Dezember 1918 findet die n.ö. Landesregierung die behufs Ergänzung der Wiener Bezirksvertretungen vorgeschlagene Art der Verteilung der Mandate mit der Abänderung zu genehmigen, dass in 9 Wiener Gemeindebezirken auf die christlich-sozialen Parteien 15, auf die sozialdemokratische Partei 11 und auf die bürgerlichen Parteien 4 Mandate zu entfallen haben, so dass in allen 21 Bezirken zusammen die Christlich-Sozialen 342, die Sozialdemokraten 227 und die übrigen Parteien 61 Mandate erhalten. Die Neuordnung der Bezirksvertretungen stellt sich nunmehr

1. Bezirk	Christlich-Sozial	20	Bürgerlich-Sozial	10	Vorsteher	Christlich-Sozial
2. Bezirk	Chr. s.	12	soz. dem.	15	Vorst.	Soz.
3. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	10	Vorst.	Stellv. Chr. s.
4. Bezirk	Chr. s.	20	soz. dem.	5	Vorst.	Chr. s.
5. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	12	Vorst.	Soz.
6. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	10	Vorst.	Chr. s.
7. Bezirk	Chr. s.	20	soz. dem.	5	Vorst.	Chr. s.
8. Bezirk	Chr. s.	20	soz. dem.	5	Vorst.	Christ. s.
9. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	11	Vorst.	Soz.
10. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	15	Vorst.	Chr. s.
11. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	15	Vorst.	Chr. s.
12. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	12	Vorst.	Soz.
13. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	10	Vorst.	Soz.
14. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	15	Vorst.	Chr. s.
15. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	15	Vorst.	Chr. s.
16. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	17	Vorst.	Soz.
17. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	8	Vorst.	Soz.
18. Bezirk	Chr. s.	18	soz. dem.	3	Vorst.	Chr. s.
19. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	15	Vorst.	Chr. s.
20. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	15	Vorst.	Chr. s.
21. Bezirk	Chr. s.	15	soz. dem.	15	Vorst.	Chr. s.

Regelung des Verkehrs mit Pferden. Die Staatsrat für Kriegs- und Übergangswirtschaft hat den Verkehr mit Pferden und anderen Vieharten und die Schlachtung kriegerischer Tiere geregelt. Für Wien wurde auf Grund dieser Bestimmungen von Magistrats als politischer Behörde mittels Kundmachung verordnet, dass die Besitzer von Pferden, Maultieren, Mauldeeln und Eseln verpflichtet sind, ihren Bestand an diesen Tieren mit dem Stichtage vom 28. Dezember d. J. bis spätestens 1. Jänner 1919 schriftlich bei der Veterinärabteilung jenes k. k. ö. b. Bezirkes zu melden. In dessen Spalten der angelegten Karte ist Vieh von Viehbesitzern eingestellt. Hierbei ist insbes. darauf anzugeben, welche Tiere nach dem 31. Oktober vor dem k. k. Oberkommando der Pferdebesitzern vorgelegt wird in eigenem Interesse die erwähnte Eintragung dieser Kundmachung beigelegt.

Kartoffelabgabe. Gemäß dem Bescheid des k. k. Bezirkes Wien 2. Bezirk Kartoffeln und zwar für den Kopf gegen Abrechnung der Abgabe mit 1 der Kartoffelkarte abzugeben.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michler,  
Wien. I., Neues Rathaus

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 27. Dezember 1918. Nr. 498.

**Regelung des Verkehrs mit Pferden.** Das Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft hat den Verkehr mit Pferden und anderen Einhufern und die Schlachtung solcher Tiere geregelt. Für Wien wurde auf Grund dieser Bestimmungen vom Magistrate als politischer Behörde mittel Kundmachung verordnet, dass die Besitzer von Pferden, Maultieren, Mauleseln und Eseln verpflichtet sind, ihren Bestand an diesen Tieren mit dem Stichtage vom 25. Dezember bis längstens 1. Jänner 1919 schriftlich bei der Veterinärabteilung jenes magistratischen Bezirksamtes zu melden, in dessen Sprengel das anmeldepflichtige Tier von Viehbesitzer eingestellt ist. Hierbei ist insbesondere anzugeben, welche Tiere nach dem 31. Oktober erworben, bezw. übernommen wurden. Den Pferdebesitzern Wiens wird im eigensten Interesse die genaueste Einhaltung dieser Kundmachung nahegelegt. In der oben erwähnten Vollzugsanweisung wurde überdies verordnet, dass Hausschlachtungen von Pferden u. s. w. verboten und andere Schlachtungen von nach dem 31. Oktober 1918 erworbenen, bezw. übernommenen Pferden nur mit Bewilligung der zuständigen politischen Behörde (in Wien das magistratische Bezirksamt) gestattet sind.

**Zuckerabgabe.** Im Laufe dieser Woche wird die vom Staatsamt für Volksernährung angeordnete Abgabe der halben Zuckerquote pro Dezember durchgeführt werden. Zucker darf nur an diejenigen Haushaltungen abgegeben werden, welche für den Monat Dezember noch keinen Zucker erhalten haben. Der vom Staatsamt für Volksernährung zur Verfügung gestellte Zucker stammt zum größten Teile aus dem Verpflegungsmagazin Tulln, ist leicht gefärbt, jedoch laut eines Entschens des Sachkomitees des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Volksernährung unschädlich und für den menschlichen Genuss geeignet.

**Zulagen für die Sanitätsmannschaft.** Der Stadtrat beschloss heute nach einem Berichte des StR. Dr. Haas den nicht-ärztlichen männlichen Sanitätspersonen in den Stationen bis Ende Jänner 1919 eine tägliche Zulage von K 10.- den Stationsleitern und Führern von K 20.-, den weiblichen Personal der Stationen und der Absonderungsstelle, sowie den Sanitätspersonale in den Bezirken eine Zulage von K 8.- für jeden im Dienste zugebrachten Tage, rückwirkend vom 16. November 1918 zuzuerkennen. Die Kosten betragen rund 100.000 Kronen monatlich.

**Ankauf von Kinderschuhen.** Nach einem Antrage des StR. Richter wurde beschlossen, 700 Paar Kinderlederschuhe mit Holzsohlen und 384 Paar Kinderlederschuhe mit Ledersohlen vom Landsturmbereichskommando Nr. 39 um den Pauschalpreis von 13.691 Kronen für Zwecke des städtischen Jugendamtes anzukaufen und der Fürsorgerin des städtischen Jugendamtes Frau Lunzer und ihrem Manne Oberleutnant Lunzer Regimentsführer der Volkswehr in Wien die sich um das Zustandekommen dieser Aktion verdient machten, den Dank auszusprechen.

**Der Stand der Kohlenfrage.** Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellte in der heutigen Sitzung des Stadtrates die Frage wegen der Spar- und Sperrmassnahmen neuerlich zur Diskussion. Er bemerkte, dass zur Ueberraschung der Gemeindevertretung das Staatsamt ohne Anhörung der Gemeinde und auch ohne jene der Polizeidirektion eine Verfügung über den Betrieb in den Theatern, Kinos, etc. getroffen habe. Ueber Aufforderung des Bürgermeisters gaben dann die der Beratung beigezogenen städtischen Beamten Aufschlüsse über den gegenwärtigen Stand der Kohlevorräte und über Einlieferungen. Magistratsrat Dr. Fastenbauer teilte mit, dass der Tageseinkauf für Hausbrand Gewerbe und Industrie kaum zur Deckung des Küchenbrandes und der Approximierungsbetriebe diene. An die Einführung des Zimmerbrandes könne leider noch immer nicht gedacht werden. Oberinspektor Gläber der städtischen Gaswerke gab bekannt, dass die tägliche Einlieferung an Gaskohle gerade hinreichte, um den Betrieb mit den angeordneten Einschränkungen aufrecht zu erhalten. In den letzten Tagen sei auch diese Anlieferung herabgesunken, offenbar mit Rücksicht darauf, dass während der Weihnachtsfeiertage Kohle nicht gefördert, deshalb auch nicht verschickt wurde. Direktor Karel der städtischen Elektrizitätswerke bemerkte, dass die tägliche Einlieferung tief unter dem Verbräuche sei, so dass der Vorrat sich ständig vermindere. <sup>Winters</sup> kein Schnee- und Frostwetter eintritt, werde es mit Hilfe der Zillingsdorfer Kohle auch weiter möglich sein, den stark eingeschränkten Strassenbahnbetrieb aufrecht zu erhalten. Die Situation müsse aber jedenfalls als äusserst kritisch für die Elektrizitätswerke bezeichnet werden. Der Direktor der städtischen Strassenbahnen Ing. Spängler beantragte den Strassenbahnverkehr zu Sylvester trotz der Verlängerung der Betriebszeit in den Gast- und Kaffeehäusern, sowie an den anderen Tagen um 8 Uhr endigen zu lassen.

Nach einer längeren Debatte, an welcher sich die StRe. Spalowsky, Dr. Hein, Emmerling, Winter, Melcher, Hoheasinner, Müller, Vaugoin, Weigl, Schwer, Körber, Dr. Kienböck und Jung beteiligten, teilte VB. Reumann mit, dass der Ausschuss des Theaterdirektoren - Verbandes den dringenden Wunsch geäußert habe, der Stadtrat möge sich schon heute über die Bewilligung der Vorstellungen nach Neujahr äussern.

Ueber Antrag des Berichterstatters Bürgermeister Dr. Weiskirchner wurden folgende Beschlüsse gefasst: Der Stadtrat nimmt die Verfügung des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten bezüglich der Vorstellungen am 29. u. 31. d.M. und 1. Jänner zur Kenntnis, verwahrt sich jedoch dagegen, dass diese Verfügung ohne Anhörung der Gemeindevertretung erlassen ist. Unter der Voraussetzung, dass sich die Situation hinsichtlich der Kohleanlieferung nicht verschlechtert wird, dem Staatsamte nahegestellt, den Theater- und Vergügungs-Unternehmungen die Erlaubnis zu erteilen, am Sonntag, 5. und am Montag, (Feiertag), 6. d.M. Vorstellungen unter den bekannten Einschränkungen abzuhalten.

Der Strassenbahnverkehr wird am Sylvesterabend um 8 Uhr, sowie an jedem anderen Tage beendet.

Das Staatsamt wird <sup>dringend</sup> ersucht, entweder für eine Verweigerung der Kohleanlieferungen zu sorgen, oder die Eingabe der Gemeinde vom 3. d.M. hinsichtlich der Sperr- und Sperrmassnahmen zu erledigen.

<sup>Der Inspektor</sup> wird allwöchentlich einen amtlichen Bericht über die Anlieferung von Kohle zur Information der Bevölkerung herauszugeben.

lauten: " Sie werden bei Ihrer Ehre und Treue eidestätig geloben, der deutschösterreichischen Republik treu und gehorsam zu sein etc ". Dieser Abänderungsvorschlag wird dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung beschäftigt.

Aenderung des bisherigen Dienstes. Der Stadtrat beschloss heute nach einem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner den für die städtischen Beamten vorgeschriebenen Dienstes, resp. die Argelobung den geänderten Verhältnissen entsprechend abzuändern. Die Einleitungsformel wird nunmehr

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow.  
Wien. I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe.  
=====

Wien, Freitag, 27. Dezember 1918.      Nr. 499.

---

Löbliche Redaktion!

Die Notiz über die Zuckerabgabe kann heute  
nach einer abends ausgegebenen Information aus tech-  
nischen Gründen heute noch nicht publiziert werden.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew.  
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 28. Dezember 1918. Nr. 500.

Abgabe von Speck aus den Gemeindevorräten. Zur Jahreswende bringt die Gemeinde Wien neuerlich aus ihren Vorräten ein größeres Quantum Speck in der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischware, zur Abgabe und zwar diesmal für jene Besitzer von Einkaufsscheinen, welche bei der Weihnachtsabgabe aus irgend einem Grunde die Speckzubusse nicht bezogen haben. Bezugsberechtigt sind wieder Besitzer amtlicher Einkaufsscheine ohne Unterschied der Farbe. Der Speck wird nur gegen Abtrennung der Ziffer 55 des amtlichen Einkaufsscheines und der beiden Abschnitte Nr. 120 der Fettkarte für nicht rayoniertes Fett verkauft werden. Auf jeden amtlichen Einkaufsschein gelangen so viele Mal 5 dkg Speck zum Preise von K 1.- zur Abgabe, als bezugsberechtigte Personen auf demselben ausgewiesen sind. Besitzer amtlicher Einkaufsscheine mit dem Buchstaben A bis L sind am 30., solche mit den Buchstaben M bis Z am 31. d.M. nach Massgabe der Vorräte bezugsberechtigt.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag der kommenden Woche werden im 13. Bezirke Kartoffeln und zwar  $\frac{1}{4}$  kg für den Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte J bis L der Kartoffelkarte.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Mittwoch, 1. Jänner, an welchem Tage ausnahmsweise der Fleischverkauf und Genuss gestattet wurde, beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden die mit den Ziffern 25 und 26 versehenen Abschnitte des Rindfleischkaufsscheines und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge, ~~2/3~~ welche für diese Woche mit einem Achtel Kilogramm einschliesslich der Zuwege für jede Person des Haushaltes festgesetzt wurde, gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt.

Abgabe von Unterzundholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzundholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt vom 29. d.M. bis 4. Jänner gegen Abtrennung des Zifferabschnittes 25 des amtlichen Einkaufsscheines. Der Preis bleibt unverändert.

Petroleumabgabe im Jänner. Der Verkaufspreis für Petroleum beträgt vom 29. d.M. angefangen 80 h pro Liter. Die Abgabe erfolgt im Monat Jänner in denselben Wochenmengen wie im Monat Dezember.

An den Numzius Grafen Valfrè Mit tiefster Dankbarkeit hat die Wiener Bevölkerung die hochherzigen Bestrebungen verfolgt, die Euer Exzellenz zur Besserung der traurigen Ernährungslage in Wien bekundet haben; als Bürgermeister der so schwer geprüften Stadt möchte ich die Gelegenheit, die mir die Jahreswende bietet, benützen, um Euer Exzellenz nochmals für Ihre warmherzige und werktätige Teilnahme an dem Schicksal meiner Mitbürger den ergebensten Dank zu übermitteln und Euer Exzellenz zu bitten, Ihr hochvermögendes Interesse der Stadt auch weiterhin bewahren zu wollen. Wie die Stadt die vom Geiste christlicher Nächstenliebe erfüllte Gesinnung, die Euer Exzellenz der Wiener Bevölkerung in schwerer Zeit entgegenbrachten, niemals gergessen wird, so begleitet sie das Wirken Euer Exzellenz mit dem aufrichtigsten Segenswunsche für die Zukunft.

An den schweizerischen Gesandten Dr. Bourcart: Die Wiener Bevölkerung blickt heute mit tiefer Dankbarkeit auf das Liebeswerk der Schweizer Bevölkerung, das in Ausführung begriffen ist und das grosse Elend in unserer Stadt zu lindern sich anschickt. Wir wissen, dass unsere so schwer geprüfte Bevölkerung in der hoch verkarteten Person Euer Exzellenz einen warmherzigen Anwalt der Menschlichkeit bei dem edlen Schweizervolke gefunden hat und sind Euer Exzellenz für Ihre erfolgreichen Bemühungen vom Herzen dankbar. Aufrichtig wünschen wir, einen Teil unserer Dankesschuld dadurch abtragen zu können, dass Euer Exzellenz sich in unserer Stadt wohlfinden. Möge das neue Jahr Euer Exzellenz Gesundheit und Kraft erhalten und Ihr Wirken in der hoffentlich bald genesenden Stadt mit den besten Erfolgen begleiten.

An den argentinischen Gesandten Dr. Perez: In aufrichtiger Dankbarkeit für die gütige Hilfsbereitschaft, die Euer Exzellenz der Wiener Bevölkerung in ihren schweren Ernährungsorgen bekundet haben, beehre ich mich, Euer Exzellenz anlässlich des Jahreswechsels meine innigsten Glückwünsche zu übermitteln. Euer Exzellenz haben durch eigene Wahrnehmung das Elend beobachten können, das durch die Greuel des Krieges dem schwer geprüften Volke auferlegt worden ist; an der Erlösung aus einem solchen Jammer mitgewirkt zu haben, wird Euer Exzellenz zur dauernden Genugtuung gereichen. Mögen die Sorgen und Mühen, die mit der Mission Euer Exzellenz verbunden sind, durch dieses Bewusstsein teilweise vergolten und möge uns die Freude beschieden sein, Euer Exzellenz noch recht viele Jahre in unserer Stadt wirken zu sehen.

An den schwedischen Gesandten Baron Beck-Friis: Ich gebe mir die Ehre, Euer Exzellenz anlässlich des Jahreswechsels die ergebensten Glückwünsche zu übermitteln und Euer Exzellenz bei dieser Gelegenheit für Ihre hochherzige Teilnahme an den Bestrebungen zur Linderung der Kriegesnot in unserer Stadt nochmals den aufrichtigsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Euer Exzellenz bitte ich, der aufrichtigen Hochschätzung und Verehrung versichert zu sein, die die Stadt Wien Euer Exzellenz in Würdigung Ihrer menschenfreundlichen Gesinnung entgegenbringt.

Die Hilfe der Schweiz. Der Stadtpräsident Naegeli von Zürich hatte sich mit der Züricher Abordnung trotz des Christasendes zur Konstituierung der Schweizer Hilfsaktion auch Bera begeben. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat aus diesem Anlass an den Stadtpräsidenten Naegeli folgende Telegramm gerichtet: Hoherfreut über Ihre werktätige

Teilnahme und die opferwillige Hilfsbereitschaft der Züricher Bevölkerung sende ich im Namen der schwergeprüften Stadt Wien herzlichsten Dank und versichere Sie unserer unbegrenzten Hochachtung.

Aus dem Stadtrat. In der letzten Stadtratsitzung wurden nach einem Antrage des StR. Dr. Haas für die Instandsetzung des schadhaften Deckenverputzes und für Weissigungsarbeiten an den Wänden der Hauptküche in Versorgungsheim im 13. Bezirk 14.698 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Winter erhält die, vom Feuerwehrkommando zur Bewachung der Barackenanlagen in Ober Hollabrunn zugewiesene Mannschaft eine tägliche Zulage von 10 Kronen per Mann. - Nach einem Antrage des VB. Raim werden die Magistratsanträge betreffend die Vergebung der Kanal- und Senkgrubenräumung in allen Bezirken genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Müller wurde für den Kleintierzucht- und Schrebergartenverein „Eparsette“ im 12. Bezirke eine Subvention von 500 Kronen, dem Verein „Gartenfreunde“ im 12. Bezirk eine solche in der Höhe von 500 Kronen und nach einem Antrage des StR. Spalowsky dem Verein der katholischen Arbeiterinnen im 9. Bezirk eine Subvention von 600 Kronen bewilligt.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat tritt bekanntlich am Montag um 3 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Am gleichen Tage hält um  $\frac{1}{2}$  3 Uhr nachmittags der Stadtrat eine Sitzung ab. Die nächste Stadtratsitzung der kommenden Woche findet am Donnerstag statt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

Wien, am 28. Dezember 1918.

---

Abgabe von Sauerkraut. Die Abgabe von Sauerkraut durch die städtischen Abgabestellen wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt; die Ware wird bis auf weiteres ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. Der Preis beträgt K 1.60 für 1 kg.

---

I. Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Montag, 30. Dezember 1918. Nr 503.

Besterste Schweizer Lebensmittelzug. Im Laufe des heutigen Tages wird der erste Zug der Schweizer Lebensmittelaushilfe in Wien einlangen. Im Auftrage des Bürgermeisters ist Obermagistratsrat Formanek gestern abends nach St. Pölten gefahren, um die den Zug begleitenden Schweizer Offiziere namens der Gemeinde Wien zu begrüßen.

St. Pölten, 30. (E. D.)

Der erste Zug mit der Schweizer Lebensmittelhilfe erlitt heute früh 7 Uhr 18 Min. bei der Einfahrt in die hiesige Station einen Unfall, angeblich wegen falscher Weichenstellung. Es entgleisten hierbei 5 Waggons, einer wurde stark beschädigt. Menschenleben waren nicht gefährdet.

Der Zug ist begleitet von schweizerischen Mannschaften und Linzer Volkswehr. Wegen der Aufräumarbeiten würde auch die St. Pöltner Volkswehr requiriert und es ist anzunehmen, dass der Zug noch im Laufe des heutigen Nachmittags in Wien eintrifft.

... um 4 Uhr nachmittags  
... der schweizerische Hilfszug ...  
... nach  
... St. Pölten, von dort um ca. 1 Uhr mittags abgefahren  
... nach Haindorf geführt worden. Hier wurden die  
... die in St. Pölten von Obermairstrasser  
... im Auftrag des Bürgermeisters beauftragt worden waren, von einem  
... der schweizerischen Gesandtschaft und Herren des Staatsamtes  
... beauftragt und zu den Wagen verladen. Die die ins Hotel  
... während die Mannschaften den Zug ins Lärerhaus geleitet  
... von der Verwaltung übernommen und unter die Bewachung des  
... der Zug bestand aus 78 Waggons darunter  
... enthält also 40 Waggons Ladung, die aus diversen Lebens-  
... Kondensmilch, Kokosfett, Zucker etc.  
... Offiziere und Mannschaften der Begleittruppe tragen die schweizeri-  
... welche die Aufschrift  
... Der Unfall in St. Pölten ist ledig-  
... hat keinen  
... an dem Inhalt der Waggons anverrichtet.

Nachdem zu diesem Referate noch eine Reihe von Bedenken vorgetragen  
ist, wird die Debatte abgebrochen und in der nächsten Sitzung beendet zu  
werden.

GR. Spalovsky berichtet über die Verbesserung der Lohn und Dienst-  
verhältnisse der Betriebsführer des städt. Fabrikbetriebes.

GR. Beermann bemängelt, dass in dem Berichte sich über die niederen  
Lohnsätze befinden, während von den Kriegsgeldern und sonstigen Zu-  
läsen keine Erwähnung getan wird. Dies könnte den Schein erwecken, dass  
die Gemeinde Wien Anstellungen mit 125 Kronen Monatslohn annehme, anderer-  
seits könnte man aber auch glauben, dass man in die Einstellung der Feuerun-  
gsgeldern denke. Bezüglich eines Urlaubes stellt er den Zusatzantrag, dass  
den Angestellten an dem Handlungsgeldgesetz noch 4 monatlicher  
Dienstzeit ein bezahlter Urlaub von 10 Tagen zu gewährt sei- und verlangt  
die Gleichstellung nach dem Handlungsgeldgesetz.

GR. Spalovsky bemerkt in seinem Schlussworte, dass der Magistrat  
auf den Standpunkt stehe, dass diese Kategorie in Ansehung ihres Urlaubes  
nicht dem Handlungsgeldgesetz unterstehe und stellte fest, dass der  
Mindestlohn mit Zurechnung der Feuerungsgeldern und der sonstigen

der 300 Kronen monatlich betrage. Bezüglich der Einstellung der  
Kriegsgeldern habe übrigens der Gemeinderat bereits beschlossen, die  
Hälfte derselben in den Gehalt einzubringen und mit dem Abbau erst dann  
zu beginnen, wenn wiederum die früheren bestanden Lebensmittelpreise  
zur Geltung kommen. Im Übrigen wird mit dem Zulassensystem gebrochen  
werden müssen und ein eigenes Gehalts- und Versorgungssystem einseitlich  
für alle angeworbenen geschaffen werden, welche große soziale Reform in  
den jetzigen Zeiten nicht durchführbar ist. Der Referent an und Zusatz-  
antrag wird angenommen.

GR. Spalovsky beantragt dem Verein der kath. Arbeiterinnen  
eine Kasse in Ansehung von 20 Zentner und eine Subvention von 300  
Kronen zu bewilligen.

Frau GR. Emy Freudenthal wir stehen auf dem Standpunkte der  
Selbsthilfe und lehnen ab, dass eine öffentliche Körperlichkeit Organi-  
sationen unterstützt, die für irgend eine Partei oder Standesgruppen  
Sonderinteressen vertreten. Wir werden gegen den Antrag stimmen. Stadtbr.  
Spalovsky antwortet in seinem Schlussworte, dass der Verein weder eine  
gewerkschaftliche noch eine politische Organisation ist, sondern haupt-  
sächlich charitativer Zwecke verfolgt und die Subvention zur Erhaltung  
des Arbeiterinnenheimes erhält, indem Arbeiterinnen ohne Unterschied  
der Religion Pflege und Unterkunft finden.

Stadtbr. Dr. Haas beantragt dem Zentralverein für Busch- und  
Pflege für das Jahr 1918 neben der ordentlichen Subvention von 2000 Kronen  
noch eine außerordentliche Subvention in Betrag von 30000 Kronen zu  
bewilligen.

Frau GR. Dr. Hildegard Eurlan tritt dafür ein, dass dem Vereine  
der eine unbedingte Notwendigkeit ist, eine große Menge Aktien gekauft  
und Lebensmittel im ausreichenden Maße zur Verfügung gestellt werden.  
Sie bittet den Verein um Vorschläge zu machen, wie die Tätigkeit des  
Vereines ausgebaut und in diese auch besonders die Hauswuchspflege  
einbezogen werden könnte. (Beifall)

StR. Dr. Haas berichtet über die Errichtung von fünf Fürsorgestellen  
auf Kosten der Gemeinde Wien und beantragt für den Betrieb im ersten  
Halbjahr 1918 einen Kredit von 75.000 und für deren Errichtung einen glei-  
chen Betrag zu beschließen.

GR. Pich bemerkt, dass die Verwendung von Marschenlagern ganz nützlich  
sein, doch dieser Ausweg sei einseitiger, er kann höchstens

dort nützlich sein, wo es sich um Ledige handelt. Wo es sich über um  
ein Mitglied einer Familie dreht, kommt die Schwierigkeit entgegen, denn  
mit der Entfernung des Erzherrn aus der Familie steht dieser umso mehr Hun-  
ger bevor. Die Fürsorge stellt werden erst dann ihren Zweck erreichen, wenn  
eine großzügige Wohnungsfrage Platz greift, wobei allerdings auch ganze  
Straßenzüge fallen müssten, die Wohnungen enthalten, in denen man krank  
wird. Auch eine Wohnungsberatung sei zu bedenken, um Familien, wo die Ge-  
fahr der Infektion vorliegt, hygienische Wohnungen zu verschaffen.  
Der Stadtratsantrag wird angenommen.

StR. Schneider beantragt die sachträgliche Genehmigung einer  
außerordentlichen Weihnachtsfeier für die Arbeiter und Aufseher der  
städtischen Steinbrüche in Oberösterreich im Betrage von 50.000 Kronen.  
Frau GR. Roschek stellt den Antrag, der Magistrat wird beauftragt, dem  
Magistrat einen genauen Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der  
Arbeiter in den städtischen Steinbrüchen in Oberösterreich und  
Vorschläge zur Verbesserung der ganz unhaltbaren Arbeitsbedingungen zu  
erstatten.

Der Stadtratsantrag wird angenommen. Der Antrag Roschek genügend  
unterstützt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält folgende Schlussansprüche:  
Es drängt mich bei dieser Anlasse, meinen Mitarbeitern im Präsidium, den  
Bezirksvorstehern, den Bezirksvertretungen, den Beamten des Magistrates und  
den Angestellten und Arbeitern der städtischen Unternehmungen, den besten Dank für ihre Mitarbeit in diesem  
Jahre auszusprechen. Ich darf wohl der Erwartung Ausdruck geben, dass es im  
neuen Jahre gelingen wird, durch Zusammenfassung aller Kräfte jene Wieder-  
aufrichtung der Wirtschaft in unserer Stadt zu erlangen, damit wir auch  
zufriedene Bewohner blicken können. Glückauf im neuen Jahre!  
(Lebhafte Zustimmung)

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Jenny Mischew.  
Wien. I. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 30. Dezember 1918. Nr. 504.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 30. Dezember 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilung: Das Staatsamt für soziale Fürsorge hat der Gemeinde Wien zur Erhaltung des öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweises eine Subvention von 20.000 K gewährt. Die Subventionierung erfolgte insbesondere im Hinblick auf die Ausgestaltung der Frauenabteilung des Arbeitsnachweises und auf die Unterstützung des Arbeiterfürsorgewesens bei Einrichtung und Durchführung der Arbeitslosenunterstützung.

Gesendet haben: Die erste oesterr. Sparkasse zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 6000 K, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial an die Armen Wiens 2000 K, und zur Verteilung von Speisemarken ebenfalls an die Armen Wiens 2000 K; Dr. Ernst Blich, übermittelt ein Legat nach Fräulein Henriette Ventura per K 2350 zur Ausspeisung armer Schulkinder der Gemeinde Wien ohne Unterschied der Konfession. Die Wiener Sterilisierung Gesellschaft 2000 K an Stelle der alljährlich veranstalteten Weihnachtsbescherung, für arme Schulkinder des 3. und 11. Bezirkes. Viktor Mautner Ritter von Markhof für die Armen des 3. Bezirkes 500 Kronen, Notar Dr. Guido Mülker für die Armen des 3. Bezirkes 200 Kronen.

GR. Philp verliest dieeingelaufenen Interpellationen.

GR. Dr. Dannenberg und Max Winter stellen an den Bürgermeister eine Anfrage wegen der Abstimmung über seinen vom Anfragersteller gestellten Antrag, betreffend die Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen und fragt:

1.) Ist der Herr Bürgermeister der Ansicht, daß in den beiden vorliegenden Fällen die Geschäftsordnung irrtümlich gehandhabt wurde?

2.) Ist der Herr Bürgermeister, falls er dieser Ansicht nicht ist, geneigt, dafür zu sorgen, daß dem Gemeinderate ehestens Vorschläge für eine Geschäftsordnung unterbreitet werde; welche die Anfrage der Antragsteller und Abstimmung, sowie die der Interpellationen im Sinne der Geschäftsordnung für die Nationalversammlung regelt?

3.) Ist der Herr Bürgermeister bereit, die beiden vom Stadtrate zugewiesenen Anträge dort zur Abstimmung zu bringen, bevor die Auszahlung der Subventionen erfolgt?

4.) An welche Genossenschaften, bezw. Wohltätigkeitsvereine, sind Subventionen gemäß dem Beschlusse des Gemeinderates vom 18. Dezember bereits ausbezahlt worden, ohne daß die beim Stadtrate zugewiesenen Zusatzanträge dort zur Verhandlung gekommen wären?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Was die Anfrage ad 1 anbelangt, komme ich in eine gewisse Verlegenheit. Ich habe nämlich während des Referates des Herrn Kollegen Winter nicht den Vorsitz geführt, auch nicht die Abstimmung durchgeführt, son-

dern es war Kollege Reumann Vorsitzender. (Hört!) Nun soll ich meine Ansicht kundgeben über die Art und Weise, wie Kollege Reumann die Geschäftsordnung gehandhabt hat. Das tue ich nicht, denn da komme ich mit meinen Vize-Bürgermeistern in Konflikt. In dem Augenblicke, wo ein Vize-Bürgermeister an meinerstatt den Vorsitz führt, hat er alle Rechte, aber auch Pflichten und daher auch die Verantwortung des Vorsitzenden. Es würde aber auch zu weit führen, wollte ich die Art und Weise, wie die Vize-Bürgermeister den Vorsitz führen, einer Kritik unterziehen. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich daher von einer Beantwortung des Punktes 1 absehe. Was die anderen Punkte anbelangt, kann ich mitteilen, daß ich soeben veranlasst habe, daß der Stadtrat diese beiden Akten erledigt; sie sind wunschgemäß im Stadtrate zur Erledigung gekommen und damit ist diese Angelegenheit auch erledigt.

GR. Harold stellt an den Bürgermeister die Anfrage, warum der so schön gelegene Bauplatz am Karlsplatz noch immer unverbaut geblieben ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Frage der Verwertung der Grundfläche in der Nähe der Karlskirche ist seit Jahren auf der Tagesordnung, aber alle bisher vorgelegten Projekte

haben einer Gruppe von Architekten und Künstlern Widerstand gefunden. Während der Kriegszeit haben wir eine neue Ausschreibung wegen Projekten über eine zweckmäßige und künstlerisch befriedigende Lösung dieser Frage veranlasst. Es ist nun damals ein Regulierungsplan überreicht worden, der nach Anschauung des Stadtbaudirektors eine befriedigende Lösung ergibt. Es wird nun diesbezüglich im Stadtbauamt gearbeitet und das Ergebnis der Studien dann im Stadt- und Gemeinderate vorgelegt werden.

GR. Kurz Franz stellt die Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister bereit, sofort zu veranlassen, daß über den unverbauten Zwischenraum von Nr. 139 bis 155 und von Nr. 140 bis 160 der Goldschlagstrasse, das sogenannte Astfeld, die Strasse ausgebaut und der Uebergang in Stand gesetzt wird?

Bürgerm. Dr. Weiskirchner antwortet, daß die Anfrage so spät überreicht würde, daß die notwendigen Erhebungen bei den Aemtern nicht mehr gepflogen werden konnten, weshalb die Anfrage in der nächsten Sitzung beantwortet werden wird.

GR. Kurz Franz stellt folgende Anfrage: Die Baracken der Schmelz in der Heilrich Collinatrasse stehen größtenteils leer. Trotzdem ist die in der Nähe befindliche Bürgerschule Reindlgasse 19 noch immer von Militär belegt. Ist der Herr Bürgermeister daher bereit, das Staatsamt für Heerwesen darauf aufmerksam zu machen, dass die sofortige Räumung dieses Schulgebäudes unschwer durchzuführen wäre:

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Das städtische Schulgebäude 13. Bezirk Reindlgasse 19 ist seit 19. Mai 1917 für 900 Mann des Landsturm Bezirks Kommandos Nr. 1 angefordert und ist nach dem Papierausweis mit 1000 bis 1300 Mann belegt. Mit den an die militärischen Dienststellen ergangenen Erlasse vom 26. November 1918 hat das Staatsamt für Heerwesen hinsichtlich der Schulgebäude in Wien verfügt, dass zwecks Freimachung derselben unverzüglich Erhebungen einzuleiten sind, um die in solchen Gebäuden untergebrachten Truppen, Aemter und s.w. anderweitig unterzubringen. Ein Haupthindernis für die Freimachung der Schulen ist der Umstand, dass viele Kasernen noch für Spitzzwecke in Verwendung stehen und dass die Baracken vielfach

in einem derart desolaten Zustand sich befinden, dass sie nicht einmal für Bequartierungszwecke, viel weniger für Spitzzwecke benützt werden können. Die Baracken auf der Schmelz können infolge ihres Zustandes gegenwärtig für Belagzwecke nicht mehr in Betracht kommen. Dagegen befinden sich die Barackenbauten in der Heilrich Collingasse in einem besseren Zustand, doch sind dieselben derzeit noch von einem liquidierenden Ersatzkörper besetzt und besteht nach den gepflogenen Erhebungen die Absicht, dieselben zu verkaufen. Ein diesbezüglicher Antrag liegt bereits bei der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung vor. Ich glaube es wäre auch notwendig, dagegen Stellung zu nehmen, die Baracken sollen nicht verkauft, sondern für militärische Zwecke verwendet werden, denn auf diese Weise entsteht wieder ein Hindernis, dass unsere Schulen nicht frei werden.

GR. Panosch fragt an: Einige der Wiener Molkereien und Großhändler haben an Ihre Abnehmer ein Schreiben gerichtet, in dem mitgeteilt wird, dass die Milch ab 1. Jänner 1919 eingestellt werden muss. Da diese Massnahmen eine grosse Anzahl kleinere Geschäftsleute empfindlich trifft, wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist durch die städtischen Milchversorgungsstelle auf die Molkereien und Milchgrosshändler einzuwirken, dass die weitere Belieferung mit Milch auch weiter, wenn auch in verringertem Masse aufrecht erhalten bleibe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Durch den grösseren Verbrauch von Milch auf dem flachen Lande während der Feiertage ist die Gesamtanlieferung nach Wien, die am 22. d.M. noch rund 77.000 Liter betrug zu den Feiertagen auf 64.000 Liter herabgegangen. Dieser Umstand dürfte nun einzelne Milchlieferanten zu diesem Schreiben veranlasst haben. Eine Genehmigung der Milchversorgungsstelle zu diesem Schritt wurde nicht eingeholt und ist dem Amte bisher noch ein derartiger Fall zur Kenntnis gekommen. Er betrifft Milchlieferungen aus dem Znaimer Bezirk und warum diese Milch ausgeblieben ist, können sie sich leicht denken, weil indessen die Besetzung Südmähren durch die Tschecho-Slowaken erfolgt ist. Inzwischen haben sich die Anlieferungen wieder bedeutend erhöht und beträgt die Gesamtanlieferung am 27. d.M. betrug 66.677 Liter und am 28. d.M. 78.291 Liter. Die Milchversorgungsstelle wird unverzüglich erheben lassen, ob tatsächlich noch andere Milchlieferanten in derselben Weise gegen ihre Einsteilkunden vorgegangen sind und bejahenden Falles die Verfügung treffen, dass alle Einsteilkunden auch in Hinkunft auch mit Milch versorgt werden.

GR. Wolssl stellt folgende Anfrage: In den letzten Wochen waren in den armen Bevölkerungskreisen Gerüchte im Umlauf, dass das Frühstück für Schulkinder, das vor zwei Jahren eingeführt wurde, wegen Mangels an Nahrungsmitteln eingestellt wird. Es wird daher gefragt: Sind diese Gerüchte wahr und, wenn das der Fall ist, was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um diese schwere Schädigung der Schuljugend aufzuhalten. Wieviel Kinder erhalten das Schulfrühstück und woraus besteht dasselbe?

Der Bürgermeister erwidert: Die Gerüchte, dass die Kriegsfürsorgezentrale die Aufhebung dieser Aktion in Erwägung ziehe, sind durchaus unzutreffend und unbegründet.

Vielmehr ist die Kriegsfürsorgezentrale darauf bedacht, diese Aktion nach Massgabe der zur Verfügung stehenden Lebensmittel und des stetig steigenden Bedürfnisses auszubauen. Die seitens der einzelnen Schulleitungen eingehenden Ansuchen um Erhöhung der Frühstückportionen sind immer Berücksichtigt worden. Auch stehen die erforderlichen Lebensmittel soweit zur Verfügung, dass der ungestörte Betrieb dieser Aktion für die nächsten Monate gesichert ist. Dermalen werden täglich rund 17 Portionen verausgabt und zwar 12.000 Portionen Malzkaffee und Brot und 5000 Portionen Bichelkaffee. Ich muss feststellen, dass diese Aktion, die nunmehr über 1 Jahr besteht, sich vollkommen bewährt hat und für die Kinder eine wahre Wohlfahrt geworden ist.

GR. Dr. Loewenstein richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er nicht in der Lage wäre, bei der niederösterreichischen Landesregierung dahin zu wirken, dass für bestimmte Gruppen von Kranken, bei denen einwandfrei auf Grund einer ärztlichen Untersuchung nachgewiesen werden kann, dass für sie die Benützung des elektrischen Aufzuges mit Rücksicht auf ihren Krankheitszustand eine unbedingte Notwendigkeit ist, Ausnahmebestimmungen festgesetzt werden könnten, damit die Kranken ohne weitere Gefährdung ihres Krankheitszustandes und ohne Schädigung ihrer materiellen Existenz der beruflichen Tätigkeit nachgehen können.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Durch die Einstellung des Betriebes der Aufzüge werden gewiss zahlreiche Kranke schwer betroffen. Es ist aber in Betracht zu ziehen, dass nicht alle solche Kranke in Häusern wohnen, in denen Aufzüge vorhanden sind; wenn demnach gewissen Gruppen von Kranken die Benützung der Aufzüge gestattet wird, so werden doch nicht immer eine sehr grosse Anzahl von Kranken verbleiben, deren Los eben infolge des Mangels von Aufzügen nicht erleichtert werden kann. Dazu kommt noch der Umstand, dass die Einschränkung der Benützung der Aufzüge auf bestimmte Kranke nicht überwacht werden kann. Ich kann daher, so bedauerlich gewisse die Sperrmassnahmen sind, eine Ausnahmebestimmung nicht befürworten; ich werde aber den städtischen Elektrizitätswerken die Weisung erteilen, dass, sobald es die Verhältnisse in der Kohlenanlieferung irgendwie zulassen, die Aufhebung der Aufzugssperre bei der Landesregierung beantragt wird.

GR. Schäfer stellt folgende Anfrage: Trotz aller wirtschaftlichen Probleme, deren Lösung in unserem neuen Staate die Zukunft bringen soll, darf man als Vertreter eines gewerbereichen Bezirkes die Fragen der Gegenwart nicht übersehen. Zu diesem für Wien brennenden Fragen, die der sofortigen Lösung zuzuführen sind, gehört die Frage des Renn- und Trabersportes. Viele 100.000 Kronen sind jedes Jahr durch die Rennen und Traben und den dazugehörigen Luxus den Wiener Gewerbetreibenden zugutegekommen. Es wird daher gefragt, ob der Herr Bürgermeister beim Staatsrat dahin intervenieren wollen dass er seine Stellungnahme über die Abhaltung von Galopp- und Trabrennen im Jahre 1919 baldigst im Interesse der oben angeführten Umstände bekannt gebe.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Janus Michau.*  
Wien I., Neues Rathaus.

u s g a b e .

21. Jahrgang Wien, Dienstag, 31. Dezember 1918. Nr. 505.

**Erweiterung der städtischen Berufsvormundschaft.** Ab 1. Jänner erweitert das städtische Jugendamt seine Berufsvormundschaft in der Weise, dass es nicht nur im 14. und 16. Bezirk (wie bisher) die Berufsvormundschaft über alle unehelichen Kinder ausübt, sondern dass von diesem Zeitpunkte an auch in den Bezirken 3., 11., 12., 13. und 15. diese Vormundschaft übernimmt. Eine Reihe weiterer Bezirke, insbesondere solche mit Arbeiterbevölkerung, werden in der nächsten Zeit folgen.

**Abgabe von Wohlfahrtsfleisch.** Mit Genehmigung des Staatsamtes für Volksernährung wird in der 86. Woche an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufsscheine für jeden Kopf 1/8 kg Wohlfahrtsfleisch zum Preise von 1 K gegen Abtrennung der Abschnitte 25 und 26 in den bekannten Ständen und Geschäften der Wroesslschlöcherer an folgenden Tagen abgegeben werden: Donnerstag, 2. A bis F, Samstag, 4. G bis K, Sonntag, 5. L bis R und Dienstag, 7. S bis Z.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang Wien, Dienstag, 31. Dezember 1918. Nr. 506.

**Neujahrgratulationen im Rathaus.** Heute erreichten eine Reihe von Korporationen beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner um ihm ihre Neujahrswünsche zum Ausdruck zu bringen. Vorerst erschien das Präsidium des Bezirkschulrates, bestehend aus dem VB. Hess, dem gewesenen Bezirksvorsteher Dr. Matthis, und Magistratsrat Paul. Diesen schloss sich die Bürgervereinsigung an, mit ihrem Präsidenten Brauneiss und den Vorstandsmitgliedern Rott, kaiserlichen Rat Huschauer und Pichler. Dann erschien das Exekutivkomitee und der Verwaltungsrat der Ersten Wiener Walzmühle Vonwiller & Co. A.G. und der städtischen Brotfabrik A.G. und zwar Generaldirektor Resch, Magistratsrat Dr. Rosskopf, Lagerhausdirektor Dr. Nübel.

Weiters erschien das Präsidium des Bürgerklubs und zwar der Obmann GR. Regierungsrat Schmid, Landesrat Kunschak, die StRe. Agermayer und Brauer, die GR. Leitner und kaiserlicher Rat Philp, sowie Sekretär Chefredakteur Sonnensteiner.

Regierungsrat Schmid hielt an den Bürgermeister eine längere Ansprache, in welcher er ausführte:

Das Jahr 1918 gehört zu den verhängnisvollsten, welche in der Geschichte Oesterrechs verzeichnet sind. Entbehrungen und Lebensmittelnot in Permanenz, unerwartet trauriger Ausgang einer bis zum Schluss erfolgreich geführten Kampfes; der nicht auf dem Schlachtfelde, sondern durch Zermürbung der Fronten vom Hintertande aus verlorene Krieg, der Zerfall des alten Reiches in eine Anzahl von nationalen Republiken, der Umsturz alles Bestehenden, das sind die Zeichen des Jahres 1918. An seinem Schlusse als Folge des bitteren Waffenstillstandes ein überstürztes regelloses Durckfluten von Hunderttausenden aus dem Süden und Osten in die Heimat. Statt freudigen Willkommen fanden diese Hunderttausende auf ihrem Marsche Feinde statt Brüder. Auf den Eisenbahnen wurden sie in Ungarn, wie in Mähren und

Böhmen, sowie in Krain u. s. w. ihrer Habe beraubt, ja oft gänzlich ausgeplündert. Hungrig und entkräftet, ohne Mäntel und Schuhe trafen sie in ungeordneten Scharen in Wien ein. Für ihre Ernährung war seitens der Armeeverwaltung keine Vorkehrung getroffen worden, ihre Verpflegung musste daher auf Rechnung des Zivils erfolgen und so stieg die Lebensmittelnot in Wien auf den Höhepunkt. Dazu kam, dass der Winter eingebröckelt war, aber keine Kohle angeliefert wurde. Wien war tatsächlich der Hungersnot und dem Erdrienen ausgesetzt, wenn nicht rasch Hilfe kam. Wenn unsere Stadt in dieser entsetzlichen Not standhalten konnte, so danken wir dies hauptsächlich Dir, hochverehrter Herr Bürgermeister, der Du unverzagt und mit eiserner Energie das Recht der Bevölkerung auf Lebensmittel und Kohle bei den Regierungen verfochten, um jeden anrollenden Waggon gekämpft hast und schliesslich, wenn alles Bemühen gescheitert war, immer wieder aus den Vorräten der Gemeinde soviel an die Bevölkerung verteilen konntest, um der äussersten Not zu steuern!

Freilich war das immer nur Hilfe für den Augenblick und die Approximationsschwierigkeiten bestehen noch weiter. Allein es zeigt sich bereits ein Hoffnungsschimmer in der rührenden Hilfsbereitschaft der Schweiz und in der Intervention der neutralen Gesandten, welche Du angerufen hast. Es ist uns Hilfe zugesagt und wir können mit Berechtigung auf eine Besserung der Situation rechnen. Ist einmal die Knappheit der Lebensmittel überwunden, dann wird auch bald ein Abbau ihrer Preise eintreten und es wird in unserer hartgeprüften Stadt wieder erträgliche Lebensverhältnisse geben. Das neue Jahr wird also gewiss besser sein, als das verfllossene, vor allem auch deshalb, weil es uns den Frieden bringt. Freilich wissen wir nicht, wie dieser Frieden aussehen wird.

Wenn man helfen will, muss man vor allem klar sehen und sich fragen, was wird aus Wien, welches nicht mehr Haupt- und Residenzstadt eines grossen Reiches, sondern nur die erste Stadt eines recht kleinen und armen Deutschösterreichs ist, dessen Umfang nach täglich kleiner wird infolge der Unersättlichkeit der Staaten, welche sich auf den Trümmern des alten Oesterreiches gebildet haben. Die industriereichen Gebiete Deutschböhmens, Mährens und Schlesiens werden von den Tschechen und Polen besetzt, ebenso die reichen Steinkohlen- und Braunkohlenlager dem Staate Deutschösterreich strittig gemacht. Alle diese Grossindustrien und Bergwerksbetriebe etc. hatten bis jetzt ihre Generaldirektionen in Wien, ebenso hatten die Eisenbahnen ihre Zentralen hier; sie zahlten daher auch den grössten Teil ihrer Erwerbsteuer in Wien und die Gemeinde erhob davon ihre Zuschläge. Durch die Auflösung dieser Wiener Zentralen und durch die Verlegung der Direktionen nach Prag, Brünn, Laibach, Krakau u. s. w. erleidet die Stadt Wien einen riesigen Schaden, der sich noch gar nicht abschätzen lässt. Der Staat Deutschösterreich und seine Hauptstadt Wien können sich von diesem Schaden nur erholen, wenn bald und ausgiebig an die Schaffung neuer Industrien auf Heimatsboden geschritten wird und wenn das heimische Gewerbe energisch und zielbewusst gefördert wird. Hierzu ist die Erzeugung elektrischer Energie aus unseren Wasserkraften eine strikte Notwendigkeit. Die Kohlen werden uns von unseren Nachbarn immer teurer und knapp geliefert werden. Eine neue Industrie verträgt aber auch knappe Brennstoffe nicht. Hier hilft für uns nur die Weisse Kohle

Eine weitere Aufgabe wird es sein, Wien zu einer Fremdenstadt ersten Ranges zu machen. In diesem Behufe müssen unsere Theater und Konzertunternehmungen im grossen Stile gefördert, aber auch reformiert und veredelt werden; denn mit solchen Operetten werden wir Wien nicht zu einer Weltkunststadt machen können. Unsere Kunstausstellung und Museen müssen ausgiebig gefördert werden; wir haben ja herrliche Sammlungen in Wien, sie sind nur zu wenig bekannt. Unsere Hochschulen, Kunstschulen, Musikschulen, Bibliotheken und wissenschaftlichen Institute müssen ausgestaltet werden, vor allem aber für Wien günstige Verkehrsverhältnisse, also gute und Schiffverbindungen geschaffen werden; unsere herrliche landwirtschaftliche Umgebung und die architektonischen Reize unserer Stadt, besonders die Reste von Alt Wien, welche unbedingt erhalten werden müssen, werden denn das Uebrigste tun, um uns einen grossen Fremdenzuzug zu ermöglichen. Das Alles sind natürlich Aufgaben der Zukunft; sie können im kommenden Jahr höchstens angebahnt und ~~verbahnt~~ nicht aber durchgeführt werden.

Wir legen alle Aufgaben, welche für das Schicksal Wiens ausschlaggebend sind, getrost in Deine Hände. Wir sind überzeugt, Du wirst Dich in gewohnter Hingebung widmen, mit gewohntem Geschick und Energie wirst Du sie lösen und meistern! Es ist nur eins noch notwendig, dass unser Herrgott Dich schütze, Dir Deine Gesundheit und Kraft bewahre. Wenn denn noch der voraussichtlich günstiger Ausfall der Wahlen die Reihen unserer Partei verstärken wird und Dir dadurch ein mächtiger Rückfall geboten ist, dann wird Dir in Deinem Bestreben Wiens Zukunft zu sichern und seine vielgeprüfte Bevölkerung zu neuem Wohlatande zu bringen, nichts in Wege stehen können. In diesem Sinne bringe ich Dir, Hochverehrter Herr Bürgermeister, sowie Deine beiden getreuen Mitbürger Hoss und Rain die herzlichsten Glückwünsche des Bürgerklubs dar, gleichzeitig mit der Versicherung, dass wir alle stets in unbedingter Treue zu Dir stehen, um Dich mit allen Kräften unterstützen werden. Einer für alle und alle für Einen, so soll und wird es auch im Jahre 1919 gelten für Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Bürgerklub.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: Der verehrte Obmann hat ein weitausehendes Programm im markigen Zügen entwickelt, dem ich nichts hinzuzufügen habe, als den einen Wunsch, dass uns der liebe Gott alle erhalten möge, um es auch durchführen zu können. Schon heute regt sich aller Orten das Bestreben, die Partei zu verleunden und zu besudeln. Ich verahre mich auf das entschiedenste dagegen, dass je im Rathause eine Kriegsgetzte getrieben wurde. Im Gegenteil gerade hier wurde jede Möglichkeit zur Friedensbetätigung aufgenommen und nachdrücklichst unterstützt und gefördert. Durch die ganzen 4 Kriegsjahre haben wir nicht mit einer Handlung oder einem Wort auf einen Siegfrieden hingedeutet, sondern stets nur einen ehrenvollen Frieden im Interesse der Bevölkerung erstrebt. Auch dagegen verahren wir uns, dass wir uns mit irgend einem Vorbehalt der Republik angegeschlossen haben. Wenn nur alle anderen es damit ebenso ehrlich und aufrichtig meinen würden. Aber nur zu einer freien demokratischen Republik haben wir uns bekannt, wo jeder tatsächlich die frei Entwicklungsmöglichkeit gewährleistet hat. Gegen eine proletarische oder sozialistische Republik werden wir parteimässig mit allen Mitteln kämpfen, denn wir wollen

die Freiheit auch für uns und unsere Kinder. Wir ziehen hoch erhobenen Hauptes in diesen Kampf, in dem Bewusstsein, unseres reinen Gewissens und im Gedenken an all das, was wir im Kriege für unser Volk geleistet, wenn uns auch die ungezählten Tage schwerster Borge niemand danken wird. Ein tränenreiches Jahr sinkt in den Grund der Ewigkeit hinab und wir stehen an der Schwelle eines neuen. Der Mensch ist geneigt, immer wieder zu hoffen und so gebe es Gott, dass sich die Hoffnungen, die wir alle an das neue Jahr haben, erfüllen mögen, Uns aber bleibt der Kampf, unser sind weiter die Mühen und Sorgen, die wir gerne bestehen wollen, als Mandatäre des deutschchristlichen Volkes.

Nun erschien noch die städtische Beamtenschaft und zwar in ihrer Vertretung Magistratsdirektor Pawelka mit den Oberbeamten des Magistrates und den Direktoren der städtischen Unternehmungen. Hierbei hielt Magistratsdirektor Pawelka an den Bürgermeister eine Ansprache, in welcher er unter anderem ausführte: Weittragende Umwälzungen haben sich im abgelaufenen Jahre binnen wenigen Tagen vollzogen wie sie sonst in Jahrzehnten nicht erfolgt sind. Die eine Sorge aber ist der Gemeinde geblieben, die Sorge und die Ernährung der Bevölkerung. Und immer wieder hat der Bürgermeister mit bewunderungswürdiger Tatkraft restloser Energie und fester Entschlossenheit eingegriffen, um die Leiden der Bevölkerung zu mildern, sie vor dem äussersten zu bewahren. Hiefür ist die Bevölkerung dem Bürgermeister

zu höchstem Danke verpflichtet und als Teil der Bevölkerung mache sich die Beamtenschaft zum Dolmetsch dieses Dankes. Das Beispiel des Bürgermeisters werde der Ansporn für die städtische Beamtenschaft bleiben ihr ganzes Können und Wissen einzusetzen im Dienste der Gemeinde und damit der Bevölkerung. Er spreche auch den Dank aus für die warmherzige Fürsorge, welche der Beamtenschaft stets zugewendet wurde und welche oft bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen sei. Wenn wir auch noch in schwerer Bedrängnis leben, so zeigen sich doch bereits einige Lichtblicke. So habe die unermüdete Tatkraft des Bürgermeisters die edle Hilfsbereitschaft der Schweiz gewonnen und die Bereitwilligkeit der Entente gezeigt Lebensmittel für Wien zu liefern. Es sind diese die ersten Anzeichen dafür, dass die Gefühle des Hasses und der Feindschaft dem Geiste des Persönlichkeits zu welcher beginnt. Eine solche moralische Aufrichtung tue auch der Bevölkerung not, denn noch bleiben schwere Zeiten zu ertragen und lastet die Ungewissheit für die Zukunft auf uns allen. Die Beamtenschaft aber darf nicht wankend werden in dem Glauben an eine glückliche Zukunft Wiens und die Kraft seiner Bevölkerung sich diese Zukunft zu schaffen. Brot, Arbeit und Verdienst und soziale Fürsorge müsse das Programm der Zukunft sein. Die Beamtenschaft wünsche von ganzen Herzen, dass der Bürgermeister auch bei diesem neuen Aufstiege der Stadt mit sicherer und rüstiger Hand am Steuer der Gemeinde stehen möge.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach vorerst der Beamtenschaft den innigsten und herzlichsten Dank für ihre Treue und hingebungsvolle Mitarbeit aus. Er sei sich wohl bewusst, der Sorge und Mühe, deren sich jeder einzelne unterziehen musste, und wenn er unter der Last dieser Jahre nicht zusammengetrieben sei, so danke er dies den Umständen, dass wenigstens ein Teil dieser Last von der Beamtenschaft mitgetragen wurde. Tauschen wir uns aber nicht

Schiffbruch zu fotten, was gerettet werden kann. Dies ist aber kein Grund zur Verzweiflung, denn wir repräsentieren ein Gemeinwesen, das an historischen und kulturellen Werten reich ist und in dem viel schaffendes Bürgertum wohnt. Unsere nächste Aufgabe aber ist und bleibt Arbeit zu schaffen, damit das Gesperrt der Arbeitslosigkeit getanzt werde.

Stets der Bürgermeister, dass auch das Jahr 1919 noch immer in der Geschichte der Stadt Wien und der Menschheit ein Jahr sein werde, das an Aufregungen und Sorgen Besessenen und Kimmernissen noch seine Redlichen Anteil habe. Wir gehen einer schweren Zukunft entgegen, denn ein Aufstiege der Stadt ist in der nächsten Zeit noch nicht zu

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien alles Gute zum neuen Jahre und rechne auf Ihre treue Mitarbeiterschaft auch im kommenden Jahr!

Bitte ich, dass diese Schweinerei endlich beseitigt wird.

VB. Reum anerkennt in seinem Schlussworte, dass die Strassenpflege viel zu wässchen übrig lässt und es daher Aufgabe der Zukunft sein wird, das Möglichste zur Lösung dieser Frage zu unternehmen. Er bezeichnet die schwere Belastung durch die Militärtaute, sowie die Stillage der Schotterbrücke, die Unmöglichkeit Asphalt und Stäckelpflaster während der Kriegszeit zu beschaffen, als die eigentlichen Gründe. Was die Kehrrichtabfuhr anbetrifft, hat der Gemeinderat im Jahre 1914 die probeweise Abfuhr mit dem Kastensystem im 8. und 17. Bezirk beschlossen, doch scheiterte dieser Beschluss an der Unmöglichkeit, Eisenblech herzubekommen. Er begrüsst den Antrag Emmerling wegen der Zentralisierung der Strassenpflege und erwähnt, dass für die Strassenpflege bereits 80 Millionen (Groschen), davon schon 50 Millionen vor 5 Jahren zur Verfügung stehen und dass die Gemeinde Wien nun selbst Kolbstäckelpflaster erzeugen wird. Dem Uebstbuden muss abgeholfen werden, auch aus dem Grunde, um Arbeit und Verdienst für Arbeitslose zu schaffen.

GR. Hötzel berichtet tatsächlich, dass noch ein Teil der Abfederungstüfte am Laaerberg nicht zugeschüttet sei. VB. Jain: Das wurde ja zugestanden. ) und dass die Zuschüttung des anderen Teiles nur den fortwährenden Bemühungen des VB. Reumann zu verdanken sei. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen, der Zusatzantrag Emmerling, genügend unterstützt an den Stadtrat geleitet.

Stk. Dechant beantragt dem Pächter des städtischen Volksrestaurants Krapfenwaldl zu gestatten, das Volksrestaurant ab 1. November 1918 für die Dauer des Lebensmittelmangels nur an Sonn- und Feiertagen offen halten zu dürfen.

GR. Freyer fordert, dass die Angestellten des Krapfenwaldl durch die Betriebsbeschränkung nicht um ihre Existenz. Der Stadtratsantrag wird schon angenommen.

GR. Pick stellt den Antrag, den Ankauf von Baumwollstoff für Säuglingswäsche von der Baumwollzentrale im Betrage von 40.000 durch das städtische Jugendamt zu genehmigen und das Jugendamt zu beauftragen, die übernommenen Stoffe, soweit sie für Säuglingswäsche minder geeignet sind, dem städtischen Wirtschaftsamt zu übergeben, von welchem ihm für Säuglingszwecke geeignete Stoffe auszufolgen sein werden.

GR. Emmy Freundlich: Es wäre notwendig gewesen, dass das städtische Jugendamt und das Wirtschaftsamt im Vorhinein, solange noch Wäschebestände zu haben waren, Vorräte angekauft hätten, damit nicht Fälle vorkommen, dass Frauen mit Kindern die nur in Zeitungspapier und in ein Tuch eingewickelt sind, in die Mutterberatungsstelle kommen, weil sie keine Säuglingswäsche bekommen können. Im Schleichhandel kostet jetzt ein Windel 50 Kronen. Es wäre auch notwendig, dass die Gemeinde Wien sich unmittelbar an die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung wendet, dass sie von dem angeblich 27 Millionen beschlagene Wäsche eine entsprechende Zahl anspricht, damit sie in den Nähstuben der verschiedenen Fürsorgeaktionen umgearbeitet werden. Die Fürsorge der Wäschebeschaffung für Säuglinge und Kleinkinder und die Beschäftigung der arbeitslosen Frauen soll Hand in Hand gehen. Das städtische Jugendamt und das Wirtschaftsamt sollen im Verein mit der Frauenhilfssektion und der Fürsorgezentrale im Rathause eine solche Aktion in die Wege leiten, um möglichst rasch Wäsche für Säuglinge und Kinder zur Verfügung zu stellen. Die Angelegenheit ist eine dringliche.

GR. Dr. Löwenstein: In der Baumwollzentrale sind gegenwärtig noch 200.000 Meter Kaliko vorhanden, welche als Säuglingswäsche Verwendung finden könnten. Für 10.000 Säuglinge im Jahre 1919, welche die Kriegspatenschaft zu versorgen hat, würden 40.000 Hemden und 20.000 Unterlagen benötigt. Es sollen sobald als möglich die Hemden gepflogen werden, um die Stoffe der Baumwollzentrale sicherzustellen.

GR. Moigl: Nicht allein in der Baumwollzentrale sind große Vorräte, sondern auch in den militärischen Magazinen. Im Militärbettenmagazin sind mindestens 100.000 von Leintüchern. In dem Militärdepots liegen 30.000 Roohaarstratzen, es sollen endlich die militärischen Vorräte beschlagnahmt werden, da mit nicht alles verschleppt wird, oder ein Feuer ausbricht wie im Arsenal. Nur die Aere des Diebstahls am Volksvermögen ist aufrecht geblieben. Er ersucht den Referenten sich für die Vorräte im Militärbettenmagazin zu interessieren, und die Beschlagnahme zu veranlassen.

StR. Pick erklärt in seinem Schlussworte, dass dieser Appell an ihn nicht an die richtige Adresse geleitet sei; das Jugendamt und Wirtschaftsamt werden den Lauf der Debatte verfolgen und realisieren.

Vize-Bürgermeister Reumann: Die Anregungen, die in der Debatte fallen, werden stets sehr genau geprüft und es wird stets das Geeignete veranlasst um etwaige Vorräte erfassen und der Bevölkerung zuführen zu können.

Der Stadtratsantrag wird hierauf angenommen.

Nach einem Antrag des Gr. Regierungsrat Schmitz wird die Übernahme der Strassenpflege auch des 11. Bezirkes in die magistratische Eigenregie beschlossen.

Stadtrat Schwer: beantragt die Bewilligung eines weiteren Vorschusses von 40000 Kronen zum Ankauf von Lebensmitteln für die städtische Feuerwehr und begründet seinen Antrag damit, dass die von Feld zurückgekehrten dem Stand bedeutend erhöht haben und Wintervorräte anzuschaffen sind, für die mit dem im Juli bewilligten 20000 Kronen nicht das Auslangen gefunden wird.

GR. Weigl: Wir sind selbstverständlich dafür, dass dieser Betrag als Vorschuss zum Lebensmitteleinkauf gewährt wird. Ich möchte aber die Gelegenheit nicht verübergehen lassen, hier zu betonen, dass auch bei der Feuerwehr ein moderner Geist einziehen sollte. Sie hat noch 72 Dienststunden ungeteilt. Ausserdem herrscht bei der Feuerwehr noch der militärische Drill in ausgedehnter Masse, der endlich auch verschwinden muss. (Widerspruch beider Christlich sozialen) Wir sind überzeugt, dass eiserne Disziplin nötig ist, das ist aber etwas anderes wie Drill. Auch in der ärztlichen Behandlung muss Abhilfe geschaffen werden, die Kranken sind nicht nur Hauptwache zu bringen, sondern müssen in ihrer Wohnung ärztlich untersucht werden. Auch das System des Pfeifendeckels muss aufhören für den ein anderer Mann den Dienst machen muss, während der andere Grünzeug einkaufen geht. Weiters wünsche ich, dass man der Mannschaft, wenn sie nachts von grossen Feuern weckhört, wenigstens etwas gibt, damit sie nicht mit leeren Magen weiter Dienst machen muss, etwa einen warmen Tee und eine Zubusse für die Nacht.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich beehre mich mitzutheilen dass dem Gemeinderate in einer der nächsten Sitzungen Anträge unterbreitet werden, die sich mit den berechtigten Wünschen der städtischen Feuerwehr befassen.

Bei der Abstimmung wurde der Referentenantrag angenommen.

StR. Spalowsky beantragt zur Linderung der Möbelnot, im Wege der Lieferungsvergebung einer entsprechenden Anzahl von Einrichtungen für die unbemittelten Schichten der Bevölkerung und unter Einrichtung eines gemeinnützigen Abzahlungsverganges einen Kredit von 500.000 Kronen vorbewilligen.

GR. Karl Richter bemerkt, die Aktion müsse so durchgeführt werden, dass sie nicht etwa eine Aktion für die Gewerbetreibenden und Händler bedeute. Die Gemeinde müsse ihren Einfluss dahin aufwenden, dass jene Betriebe, welche mit der Ausführung betraut werden, auch die tarifmäßigen Bedingungen hinsichtlich der Entlohnung der Arbeiter einhalten. Er wünscht ferner, dass die Einrichtungen künstlerisch einwandfrei hergestellt werden.

GR. Bermann wünscht, dass auch die Privatangestellten in diese Notstandsaktion einbezogen werden.

Berichterstatter StR. Spalowsky bemerkt, dass hinsichtlich der Abgabe noch ein neuerliches Referat dem Gemeinderate vorgelegt werden wird. Er erklärt ferner, dass zu den Vorverhandlungen auch der Vertreter eines Arbeiterkonsumtensvereines beigezogen war.

Bgm. Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

Die auf der Tagesordnung stehende Wahl von 4 Ausschüssen wird nach eingeholter Zustimmung des Gemeinderates nicht mittels Stimmtafeln, sondern durch Zuruf vorgenommen.

GR. Spalowsky legt den Geschäftsbericht des Arbeiterfürsorgeamtes der Stadt Wien für das Jahr 1916/17 vor und beantragt der Direktion die Genehmigung zu erteilen, die folgenden Berichte bis auf weiteres in ihrem Umfang auf die zur Übersicht über die Tätigkeit des Amtes unumgänglichsten Daten einzuschränken.

GR. Freyer: Ich möchte zum Bericht, soweit er sich auf die Dienstvermittlung bezieht, einiges sagen. Der Referent hat auf den Rückgang des Hauspersonales hingewiesen andererseits klagen die Hausfrauen, wie schwer es ist, eine Haushilfin zu erhalten. Worin liegen die Gründe? In dem Umstand, dass siehelles der Industrie zugewandt hat, allein sind sie nicht gelegen, denn auch vor dem Kriege war dieselbe Klage. Es ist notwendig, vorurteilslos einiges aus dem Bericht herauszugreifen, vielleicht finden wir die Gründe. Wir sehen, dass es im Berichte heisst, wie die durch schrittlichen Monatslöhne gestellt wurden, die das Amt anbot. Wenn man diese anschaut und selbst Hausfrau ist, ist man ganz starr und fragt sich, wie ist es möglich zu löhnen, wie sie angegeben sind, Hauspersonal zu bekommen. Es ist daher kein Wunder, dass in der städt. Vermittlung das Angebot von Stellensuchenden in solcher Weise zurückgegangen ist. Es ist unmöglich, dass eine Hausfrau mit 5 gesunden Sinnen den Einfall hat zu solchen Löhnen ein Mädchen zu bekommen und kein Mädchen wird einen solchen Post bei dieser Bezahlung annehmen. Die städt. Vermittlung muss unter solchen Umständen zurückgehen, und das Ueberwuchern der privaten Vermittlungen, die beide Teile ausbeuten ist selbstverständlich. Wir müssen einen Ausweg suchen. Auch das Staatsamt für soziale Fürsorge beschäftigt derzeit die Dienstmädchensorge, vor allem die Dienstmädchen, die während der Kriegsjahre in der Industrie arbeiteten wieder zu ihrem Berufe zurückgeführt werden können. Ich glaube daher, dass es auch der Stadt Wien würdig wäre, mit allem Ernst an die Lösung des ganzen

Problems zu gehen. Man kann nicht sagen, es gibt keine Dienstboten, oder man kriegt keinen anständigen Dienstboten. Die Dienstboten sagen dasselbe von manchen Frauen. Wir müssen uns in der Gemeinde Wien damit befassen, wie man die konzessionierten Stellenvermittlungen beseitigen kann, zu Gunsten einer auf modernen Grundsätzen versehenen Institution, an deren Verwaltung Dienstgebetinnen und Hausgehilfinnen vertreten sein sollen, damit beide zusammen die obschwebenden Klagen und Beschwerden besprechen und durch Vereinbarung beseitigen können. Ich bin daher für die Abschaffung der privaten Vermittlungen, für den Ausbau der städtischen in moderner Weise und für Hegeung des Problems der Dienstbotenfrage in geeigneter Weise. Die Gemeinde Wien ist zwar an den Landtag gebunden, doch da die Reform von 1910/11 nur ein ganz kleines Hilfsmittel blieb, wird ihr nichts anderes übrig bleiben, als sich aufzuraffen zur Regelung der Dienstbotenordnung mit gleichzeitiger Regelung der Arbeitszeitbegrenzung. Aber auch die Hausfrau muss belehrt werden, dass das Dienstmädchen von heute ein anderes ist, wie vor 20, 30 oder 40 Jahren, sie muss auch entsprechend behandelt werden. (Zwischenruf des Gr. Forstner „Lusttiere“) Ich will nicht so krasse Ausdrücke gebrauchen, die überlassen ich den Zwischenrufern. Ich stelle daher den Antrag. Der Stadtrat wird beauftragt unter Zuziehung der weiblichen Gemeinderäte, wir haben leider nicht die Ehre im Stadtrat zu sein, (GR. Melcher: Wird schon kommen, es geht langsam aber sicher.) einen Vorschlag zur Reform des Dienstbotenwesens auszuarbeiten und dem Gemeinderate vorzulegen. Es wäre gut uns an den Beratungen des Stadtrates beiwohnen zu lassen, damit im kleineren Kreise alle Einzelheiten besprochen und dann mit einem fertigen Vorschlag vor das Plenum getreten werden kann. Es ist nicht nur im Interesse der Haushilfin, auch im Sinne der Haushaltungen gearbeitet wird.

GR. Schorfheide: Wir verstehen unter Arbeiterfürsorge, etwas anderes, als die jetzt bestehende Arbeitsvermittlung. Dieses Amt hätte auch die Verpflichtung zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung. Wir haben in Wien rund 35.000 Arbeitslose, die durch Beschluss des Stadtrates unterstützt werden. Diese kann aber nur eine vorübergehende sein und es muss eine durchgreifende Arbeiterfürsorge Platz greifen. Wenn die Notstandsarbeiten auch jetzt wegen Material und Kohlenmangel nicht durchgeführt werden können, so müssen sie doch schon jetzt vorbereitet werden. Der Redner stellt den Antrag:

- 1.) Der Gemeinderat beschliesst zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten ein Komitee einzusetzen, das aus Gemeinderäten und Vertretern der Gewerkschaften zusammengesetzt ist.
- 2.) Das Komitee wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Magistrat einen Plan für die vorzunehmenden Notstandsarbeiten auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

GR. Anna Strobl: Wir dürfen niemals einen Stand auf Kosten eines anderen protegieren. In welchem Verhältnis hat sich das Einkommen des Mittelstandes, des Gewerbestandes gesteigert, dass sie imstande sind, ihren Frauen ein Dienstmädchen zu halten? Mit dem Lohn allein ist

VB. Hoss beantragt den Magistrat zu beauftragen, die legislative Ermächtigung für die Forteinhebung der Wertwachsabgabe von Liegenschaften auf Grund der bisherigen Vorschriften zu erwirken.

GR. Dr. Granitsch: Ich habe mich zum Wort gemeldet, nicht um Einwendungen zuerheben, sondern im Hinblick darauf, dass der Referent darauf hingewiesen hat, dass es sich um keine Neuerung handle. Dieses Gesetz ist ein für einen Juristen einfach fürchterliches Ünding. Wir haben bereits über neu novellierte Vorlagen gesprochen die jedoch nicht zur Gesetzwerdung kamen. Unser jetziges Gesetz ist salopp, unklar und entspricht den Bedürfnissen nicht. Den Herrn Referenten möchte ich aufmerksam machen, wenn wir demnächst wieder an eine Neuvollierung schreiten dass grössere Sorgfalt angewendet werde, um alle Bedenken, wenigstens teilweise zur Geltung zu bringen und ein Gesetz zu schaffen, das im Höchsten Masse eine Besteuerung des arbeitslosen Gewinnes darstellt. Nach dem Schlusswort des Referenten gelangt der Antrag zur Annahme.

VB. Rainberger berichtet über die Uebernahme der Strassenpflege der Bezirke 13, 18 und 20 in die Magistratische Eigenregie.

GR. Herrn: Eigentlich finde ich das langsame Entgegenkommen der Bezirksleitungen, da aus dem Referate zu entnehmen ist, dass der dritte, 5. und 9. Bezirk noch nicht der Zentralisierung angeschlossen hat, die das einzige Mittel ist, den skandalösen Zuständen in den Strassen Wiens ein Ende zu machen. Es ist eine Schande wie die Bevölkerung Wiens selbst die Strassen behandelt indem Papiere, Fruchtschalen und alles mögliche auf die Strasse geworfen wird, vornehmlich durch die Jugend und ich möchte bitten, dass insbesondere auf diese durch die Lehrerschaft gelehrt werden; ich verlange die eheste Einberufung des Strassenpflegeausschusses des Gemeinderates. Ferner habe ich in Erfahrung gebracht, dass unsere Schätzung viel zu wünschen übrig lässt und ersuche ich auch hierin um Abhilfe. Was die Kehrichtabfuhr anlangt, so haben während der 24 Jahre, während welcher ich dem Gemeinderate angehöre 6 Bürgermeister bei ihrer Beerdigung versprochen die Kehrichtfrage ins Rollen zu bringen, aber wir haben noch immer recht klägliche Zustände. Herr Bürgermeister, Sie können sich unvergänglichen Ruf schaffen, wenn sie diese Frage lösen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Am liebsten möchte ich Ihnen, Herr Gemeinderat, die ganze Sache übertragen.

GR. Neustädler: Die Uebernahme der Strassenpflege durch die Eigenregie ändert nichts an den Strassenverhältnissen und ist nichts zu bemerken, ob es die Stadt selbst oder die Bezirksvertretung besorgt. Ich finde keinen Unterschied. Wir haben Anregungen über die Verwendung von abwaschbarem Asphaltplaster gemacht und gefordert, bei Verwendung von Granitplastern die Fugen durch fest Bindemittel zu binden, doch ist in dieser Beziehung nichts geschehen.

Alles Reden im Gemeinderate war unnütz. Was die Hauskehrichtfrage anbelangt, ist sie als skandalös zu bezeichnen. Verschiedene Projekte wurden uns vorgelegt, keines aber bisher eingeführt. Man scheint über das Studium in dieser Sache nicht hinauskommen zu können.

Stadtbaudirektor Dr. Goldemann Will nicht beschönigen, dass sich die Strassen nicht in jenem Zustande befinden, in dem sie sich befinden könnten. Der Hauptgrund liegt im Mangel der Arbeitskräfte. Wir müssen von der Handarbeit zur maschinellen Arbeit übergehen, welche Frage nicht im Handumdrehen zu lösen ist. Die Geräte wurden zur Umarbeitung in eine Fabrik nach Berlin geschickt, da in Oesterreich eine solche Fabrik nicht besteht. Diese Arbeiten haben sich infolge des Krieges leider verzögert. Es geschieht alles mögliche, um über die Schwierigkeiten der jetzigen Tauperiode hindertreten. Wir waschen die Strassen, kehren sie mit Bürsten, fahren mit Spritzenwagen voraus, aber mit schlecht genährten Pferden und ohne Arbeiter kann man natürlich keine Wunder leisten. Es ist alles eingeleitet, um die Sache raschest besser zu machen. Das Personal, welches ständig bei uns tätig ist, wird auch mit Schuhen versehen.

GR. Emmerling: Die merkwürdige Art und Weise, mit der sich einige Bezirke wehren, die Strassenpflege in die Regie der Gemeinde abzugeben, veranlasst uns, gegen die Form zu sprechen, in der Sie uns den Antrag unterbreitet haben. Wir geben den Mangel an Arbeitskräften zu, es ist aber auch hier ein Mangel an Organisation zum Ausdruck gebracht. Es ist eine förmliche Systemlosigkeit, mit der die Strassenpflege durchgeführt wird. Ich stelle den Antrag: Alle mit der Strassenpflege, Strassensäubung und Kehrichtabfuhr in Verbindung stehenden Arbeiten sind ausschliesslich durch den Magistrat, bezw. das Stadtbauamt vorzunehmen. Der Stadtbaudirektor und das Stadtbauamt sind uns Bürgschaften genug, dass diese Arbeiten ordnungsgemäss durchgeführt werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Der Antrag des Herrn Kollegen Emmerling kommt sehr zeitgemäß, da ich bei Neuregelungen der Bezirksvertretungen ohnehin willens war, die Sache so zu regeln, wie sie hier beantragt wird. (Rufe: Bravo, Na also!)

GR. Dr. Glasauer: Im 13. Bezirke wird es bedauert, dass die Strassenpflege dem Bezirksvorsteher abgenommen wird, Nicht so zufrieden wie mit der Amtsführung des Bezirksvorstehers sind wir mit dem Zustande einzelner Strassen, mit der Kanalisierung und mit dem Verkehr mancher Strassen, die einer Entlastung bedürfen. Wir wünschen, dass die Zentralisierung nicht eine Verschlechterung der Lage der Strassenarbeiter nach sich bringt.

GR. Amalie Seidel: Wir sind immer für die Uebernahme solcher Arbeiten in die Regie der Gemeinde, weil wir der Meinung sind, dass sie dann besser sein werden, als es jetzt der Fall ist. Es wurde behauptet, dass die Strassen gewaschen und gebürstet werden, das mag zutreffen im Rathausviertel und 1. Bezirk (Widerspruch), in den Aussenzirken bemerkt man jetzt von einer Strassenreinigung und Strassenpflege überhaupt nichts. Wenn man in einem Bezirke wohnt, wo die Strassen

nicht gepflastert sind, kann man buchstäblich im Dreck erstickten. Ein noch skandalöseres Kapitel ist das der Kehrichtabfuhr. Es wird die ganze Bevölkerung systematisch dazu erzogen und gezwungen, den ganzen Kehricht einfach auf die Strasse zu lehren. Außer dem Geldbriefträger wird kein Mensch so heiss ersehnt, als der Mistbauer. Es würde sich empfehlen, ein geeignetes System einzuführen, welches schon im Haushalt eine Teilung der Abfälle ermöglicht. Wir haben in Wien 2 grosse Mistablagungsstätten, eine bei der Donau und die andere im 10. Bezirke. Diese ist eine grosse Gefahr für die Bewohner dieses dichtbevölkerten Bezirkes. Es soll nicht der Mistbauer übrig bleiben als der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Sie sollen sich mit der Frage beschäftigen, um Wien zu einer etwas gesünderen Stadt zu machen, als sie heute ist. (Lärm bei den Rednerankömmlingen)

GR. Lohner wünscht die baldige praktische Einführung des Koprophorsystems, für welches von der Gemeinde schon bedeutende Summen ausgeben wurden. Sollte sich ein besseres System finden, so wäre dann dieses einzuführen. Redner wünscht ferner beim Bau neuer Strassen hinsichtlich der Anlage von Rinnsalen das Pariser System einzuführen.

GR. Forstner bemerkt, es müsse endlich mit dem System gebrochen werden, Invalide und alte Leute, die sich für gar keine andere Arbeit mehr eignen, als Strassenkehrer zu verwenden. Es müssen junge Leute angestellt werden mit fixen Bezügen, Krankenversicherung etc. Eine Entlohnung von 10 Kronen pro Tag sei für die heutigen Verhältnisse zu gering. Der schlechte Zustand der Strassen werde jetzt, da der Verkehr so stark eingeschränkt ist, umso fühlbarer. Der Zustand, dass die Hausbesorger verpflichtet werden die Trottoire zu reinigen, müsse endlich am Ende haben. Schon beim Strassenbau müsse darauf geschaut werden, dass die Wölbung derart angelegt werde, dass der Fuhrwerksverkehr durch die Strassensäubung nicht erschwert wird. Redner erklärt schliesslich, Wien müsse nicht nur in der alten Schönheit erhalten bleiben, es müsse noch schöner und besser gemacht werden, damit es als Hauptstadt eines stark verkleinerten Reiches auch weiterhin ein Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr sei.

Vize-Bürgermeister Reumann übernimmt den Vorsitz.

GR. Biber: Ich habe mich nur wegen einer tatsächlichen Berichtigung zum Worte gemeldet. Wenn die Frau Kollegin Seidl die Verhältnisse der Mistablagung im 20. Bezirk für Gut und im 10. Bezirk für nicht gut befand, ist gerade das Gegenteil der Fall. Wir hatten durch 10 Jahre lang eine grosse Plage im Bezirk mit der Mistablagung am Lasserberg. Ich vergönne der Frau Gemeinderat allen politischen Erfolg, aber wenn jemand nach den heutigen Worten nach Favoriten kommt, so findet er an Stelle einer Miststätte eine schöne Gartenanlage (so ist es). Ich konstatiere, dass dies den intensiven Bemühungen der Bezirksvertretung zu danken ist. Wenn noch ein Sechstel der ehemaligen Miststätte nicht reguliert ist, da sind daran die Kriegsverhältnisse schuld. Wenn die Verhältnisse in den inneren Bezirken bessere sind, als in den äusseren,

so kommt das daher, dass draussen die Strassen noch teilweise ungepflastert sind.

GR. Ignatz Fischer: Ich selbst bin für die

Zentralisierung der Strassenpflege, da, wenn alles in Ordnung sein soll, die Leitung von einer Stelle ausgesetzt muss. Es wurde hier viel vom Kot gesprochen, aber kein Redner hat die Ursachen erwähnt. Die Lage von Wien ist ungünstig. Wir sprechen aber immer von Paris, auch von Berlin. Es ist ein Unterschied, wenn eine Stadt in der Ebene liegt, ob auf 7 Hügeln wie Wien, so was ein einheitliches System nicht anwenden könnten. Asphalt wäre wohl das Ideal, doch wegen der Unbequemlichkeit in Wien nicht verwendbar. Da Granit viel Geld kostet, verwendet man Parkersorfer und Exalberger Schotter, das schlechteste Material. Ich empfehle, entweder Basalt oder einen Stein,

deresich bindet, damit keine feste Oberschicht, das besser nicht eindringen, sondern abirren lässt. Weiters empfehle ich Experimente mit Kleinschlagplaster. Bezüglich der Wurfplasterung ist auch der Mathausner Stein nicht zu verwenden. Will man also den Kot von den Strassen weg haben, so muss man die Strassen aus einem Material herstellen, wo der Schmutz nicht so eingreift.

GR. Folke: Was nützen alle Klagen, was nützen alle Vorschläge. Man muss einen Ausflug in den 13. Bezirk unternehmen und dort die skandalösen Zustände wahrnehmen, wobei allerdings zu bedenken ist, dass dieser Bezirk teilweise klandestinen Charakter hat. Inständigst und dringendst

GR. Herold interpelliert ebenfalls wegen der schlechten Wildversorgung Wiens.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die k.k.n.ö. Statthalterei hat mit Verordnung vom 4. Oktober zur peinlichsten Ueberraschung der Gemeinde Wien, mit welcher vorher keinerlei Einvernehmen gepflogen, ja dasselbe offensichtlich vermieden wurde, eine eigene Wildübernahmestelle der Statthalterei in Wien errichtet und derselben die wildreichsten Bezirke Bruck a.d. Leitha, Floridsdorf Umgebung, Gänserndorf, Korneuburg, Mistelbach und Oberhollabrunn zugewiesen, aus welchen die städtische Wildübernahmestelle im Vorjahre 12.532 Hasen, 631 Rehe und 196 Hirsche bezogen hat, während aus den der städtischen Wildübernahmestelle verbleibenden Bezirken im Vorjahre bloß 2.077 Hasen, 543 Rehe und 48 Hirsche geliefert wurden.

Da infolge des Ableitens der Wildseuchen aus Böhmen und Mähren, die Tätigkeit der städtischen Wildübernahmestelle durch diese Statthalterei Verordnung beinahe zum Stillstand gebracht wurde, hat die Gemeinde Wien wiederholt, zuletzt auch bei der neuen Landesregierung in entschiedener Weise die Aufhebung dieser neuen Wildübernahmestelle der Statthalterei verlangt, bisher jedoch ohne Erfolg. Begründet wird diese ablehnende Haltung mit der Behauptung, dass das sogenannte Pflichtwild nach dem Gesetze nicht zur Versorgung der Spitäler und ärmeren Bevölkerung, sondern zur Verteilung an Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere Kriegsküchen zu dienen hat, die städtische Wildübernahmestelle aber augenblicklich diese Aufgabe nicht erfüllt, sondern nur einmal dem Zentralverband der Gemeinschafts- und Kriegsküchen 6 Hirsche geliefert habe. Es mag dahin gestellt bleiben, ob die Verteilung der Kriegsküchen mit Wild überhaupt zweckentsprechend ist, Tatsache ist, dass sie auch von der neuen Wildübernahmestelle der Statthalterei bisher nichts erhalten haben, weil an diese bloß 268 Hasen, 4 Hirsche und 14 Rehe eingeliefert wurden, welche nicht ausgegeben, sondern im Kühlhause eingelagert wurden. Da die städtische Wildübernahmestelle aus den ihr verbliebenen Bezirken kaum 40 Hasen und einige Rehe erhält, so ist es natürlich, dass jedes Wild von den öffentlichen Märkten und bei den Wildbrethändlern verschwand ist. Das Bestehen zweier amtlicher Wildübernahmestellen in Wien bei so geringen Kaltefängen ist daher jedenfalls ganz überflüssig. Die Hauptgründe der geringen Wildanlieferung sind darin zu suchen, dass das Wildererenwesen sehr überhand genommen hat, dass bei den Jagden die Landleute und Arbeiter der Umgebung das anzuliefernde Wild unter Drohungen für sich in Anspruch nehmen und dass die gesetzlichen Vorschriften über die Ablieferungspflicht den Jagdherrn gegenüber von den Behörden viel zu milde gehandhabt werden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Diese Angelegenheit fällt in den Wirkungskreis der Landesregierung und ich werde sie mit dem Landeshauptmann von Steiner besprechen. Die frühere Statthalterei hat eine Verfügung getroffen, mit welcher der Stadt Wien ein Jagdgebiet zur Versorgung der Stadt Wien mit Wild zugewiesen wurde, welches Jagdgebiet jedoch nur spärliche Wildmengen enthielt. Damals hat die Gemeinde Wien gegen diese Verfügung rekursiert, wir hoffen nun mehr eine günstige Erledigung.

GR. Ignatz Fischer stellt folgende Anfrage: Den Milchverschleisstellen würden zufolge Milchknappheit derart geringe Milchquantitäten zugewiesen, dass für Kinder über 2 Jahre keine Milch mehr übrig bleibt. Zur Bekämpfung dieses Uebelstandes empfiehlt es sich dringend, die Verschleisstellen einer schärferen Kontrolle nach der Richtung zu unterziehen, dass nach Beteilung der Kranken und Kinder bis zu 2 Jahren die eventuell verbleibende Milch nur an Kinder bis 2 Jahren verabfolgt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, dass die derzeit für Wien verfügbare Milchmenge nur mehr 75.000 Liter täglich ausmache, und kaum ausreiche, um alle Kinder bis zum 1. Lebensjahre und die Schwerverkranken mit den ihnen gebührenden Milchquantum zu versorgen. Ein Ueberschuss der für die Kinder vom 1. bis zum 2. Lebensjahre verteilt werden könnte, stehe daher in der Regel überhaupt nicht mehr zur Verfügung.

GR. Ignatz Fischer gibt in einer Interpellation die Anregung, der Bürgermeister möge den Lainzer Tiergarten und den Schönbrunner Fasangarten schleunigst für die Stadt Wien beanspruchen und durch Errichtung von Schweizer Meiereianlagen von Kolonien für den Mittelstand etc. für die Wiener Bevölkerung nutzbar machen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wie schon die Zeitungen gemeldet haben, hat in der vorigen Woche beim Staatsnotar Dr. Sylvester eine Sitzung stattgefunden, in welcher über die Verfügung der nunmehr der Staatsregierung überlassen Krongüter beraten wurde. In dieser Sitzung habe ich mir erlaubt, Ansprüche der Gemeinde Wien zu erheben, insbesondere auf den Lainzer Tiergarten. Es erscheint da aber auch andere Konkurrenten, welche ebenfalls Ansprüche erheben. Ich glaube, es werden sich Mittel und Wege finden lassen, um dieses grosse Areal so zu verwenden, dass sowohl die Interessen der Gemeinde Wien, als auch andere Interessen, Berücksichtigung finden. (Zwischenruf: Nur nicht zu spekulativen Zwecken!) Ausgeschlossen! Ich werde auch den Herrn mitteilen, dass gleichfalls wegen des Lustschlosses Schönbrunn, sowie des Fasangartens ebenfalls Verhandlungen bestehen und unser Kollege Winter wird nächster Tage Gelegenheit haben, das ganze Areal vom Standpunkt der Jugendfürsorge und für andere öffentliche Zwecke zu besichtigen. (Bravo!)

GR. Hohensinner stellt an den Bürgermeister die Anfrage, warum nach erfolgter Demobilisierung noch immer Schulen vom Militär in Anspruch genommen werden und wann die Räumung sämtlicher Schulen durchgeführt sein werde.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Rückstellung der vom Militär in Anspruch genommenen Schulen und ihre Wiederverwendung für den Unterricht stets mit grösstem Nachdrucke betrieben wurde. Seit Anfang November d.J. wurden der Gemeinde wieder 15 Schulen rückgestellt und ist für die nächsten Tage die Rückstellung weiterer Schulen bereits angesetzt. Der Zeitpunkt der Räumung sämtlicher Schulen kann derzeit nicht angegeben werden, es wird jedoch alles darangesetzt, um alle Schulgebäude ehestens ihrem Bestimmungszweck zuzuführen.

GR. Philip verliest die eingelaufenen Anträge.

GR. Dr. Kienböck stellt folgenden Antrag: Der Bürgermeister wolle eine Kommission einsetzen, welche die

grosszügige Förderung des Hochschulwesens in Wien durch die Gemeinde zum Gegenstand haben und klarstellen soll, welche Aufgaben von der Gemeinde auf diesem Gebiet im Einvernehmen mit der Staatsverwaltung zu lösen wären. In Betracht kommen etwa: Beistellung von Grund und Boden, Gebäuden und sonstige Hilfsmittel für den Lehrbetrieb, Bibliothekswesen, Wohnungs- und Wohlfahrtswesen für Studierende, Kunstbetätigung, Sport. Wir entbehren bis anhin einer eigentlichen Handelshochschule jener umfassenden Art, wie sie die deutschen Handelshochschulen darstellen. Für die Stellung Wiens als Handelsstadt ist gerade diese Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Was die Zusammensetzung der Antrag begehrt Kommission anbelangt, so erscheint die Beteiligung der Leistung der einzelnen Hochschulen sowie der Akademie der Wissenschaften und der grossen Sammlungen selbstverständlich; aber auch den Lehrkörpern und der Studentenschaft wird eine entsprechende Teilnahme zu sichern sein.

Die Gemeinderäte Kunschak, Dr. Glasauer stellen folgenden Antrag: Der Gemeinderat der Stadt Wien, als des grössten Industriezentrums der Republik Deutsch-Oesterreich ersucht den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß auf der Krisidenkonferenz der achtstündige Arbeitstag für alle Kulturstaaten zur Pflicht gemacht werde.

GR. Gussenbauer stellt den Antrag: Auf Gleichstellung der Bezüge der Wiener Lehrpersonen mit jenen, der magistratsbeamten und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass zur Vorberatung dieses Gegenstandes Vertreter des Bundes der Wiener Lehrerschaft zugezogen werden.

In derselben Angelegenheit stellt auch GR. Hödl einen Antrag.

GR. Solterer stellt folgenden Antrag: Die Strassenküberung in sämtlichen Bezirken Wiens wird in den Eigentum der Gemeinde übernommen; Die Strassenpflege wird vom städtischen Fuhrwerksbetriebe losgetrennt und als selbstständiger Betriebszweig der magistratischen Bauamtsabteilung VI unterstellt. Die Wagerl- und Kaleschenbeistellung für Dienstfahrten des städtischen Fuhrwerksbetriebes wird im allgemeinen eingestellt; für notwendige dringende Dienstfahrten der Kontrollorgane werden Karten für die städtische Strassenbahn und nur für Kontrollfahrten in den freien unverbauten Gebieten der äusseren Bezirke einzelner Depots je ein Pferd und Wagen zur Verfügung gestellt.

GR. Solterer stellt weiters den Antrag, den Status der Bediensteten der städtischen Gartenbetriebe zu vereinfachen.

GR. Solterer macht in einem eingehend begründeten Antrage eine Reihe von detaillierten Vorschlägen über die zukünftige Entlohnung der städtischen Bediensteten aus Anlass der in naher Zukunft notwendig werdenden Neugestaltung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Wiener städtischen Bediensteten.

GR. Dr. von Dorn stellt folgenden Antrag: Mit Rücksicht auf die sich stets verschlimmerten und heute bereits unhaltbar gewordenen Friedhofsverhältnisse in Wien und die damit verbundenen sanitären Gefahren und die unerträglich werdenden finanziellen Lasten beschliesst der Gemeinderat ohne Verzug eine Feuerbestattungshalle mit Urnenhalle und Urnenhain zu errichten.

Die Gre. Max Winter, Hellmann und Genossen stellen folgenden Antrag: Durch den Zusammenbruch des Krieges sind jetzt viele militärische zahnärztliche Ambulatorien im Felde, in der Etappe und in Wien frei geworden und es ist sehr zu befürchten, dass die bei dem heutigen Mangel an Rohstoffen sehr wertvolle Einrichtung an Stühlen, Maschinen, Instrumenten entweder verloren geht oder an Händler verschleudert wird. Mit der Neuordnung des Schulwesens, die nicht länger auf sich warten lassen kann, wird die Errichtung von Schulzahnkliniken Hand in Hand gehen müssen, wobei man sich der Mithilfe der Gesellschaft für Zahnpflege in den Schulen fürs erste bedienen könnte. Wenn sich die Gemeinde beizeiten diese Einrichtungen sichern würde, so könnte die Gesellschaft bald an ihre Arbeit gehen. Der Gefahr, dass hohe Preise für die Einrichtung bezahlt werden müssten, dass diese Einrichtung überhaupt nicht zu beschaffen wäre, wäre begegnet. Wie gross der Vorrat an solchen Einrichtungsgegenständen in einzelnen Spitälern ist, dafür nur ein Beispiel: Das Kriegsspital Simmering hat 50 Stühle und 50 Maschinen.

Die GRe. Hermann Fischer, Emmerling und Genossen stellen folgenden Antrag: Nach Zeitungsnachrichten verlangt die Gemeinde Wien <sup>die</sup> Uebergabe der ehemaligen Krongüter Prater, Lobau Augarten u.s.w. ins Eigentum der Gemeinde. In Pratergebiete befinden sich Hunderte Geschäftsleute, die sich bisher in einem, der Sklaverei nahekommenen Pachtvertrage befunden haben, viele hatten bedeutende Investitionen gemacht, obwohl sie immer vor der Gefahr einer dreissigtägigen Kündigung standen, ihr Vermögen, ihre Existenzen täglich vernichtet werden konnte. Nachdem der Prater Besitz der Gemeinde werden soll, wird beantragt, dass unverzüglich nach Uebernahme ins Gemeindegut, das Eigentum und Besitzverhältnis aller Geschäftsleute im Prater, wie unter freien Menschen neu geregelt wird.

GRin. Bamy Freundlich stellt folgenden Antrag: Seit Jahren besteht die sehr berechtigte Absicht, das städtische Kinderasyl in der Siebenbrunnengasse durch ein neu zu erbauendes Heim für die Kinder zu ersetzen. Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse lassen diese Absicht wieder in die Ferne gerückt erscheinen. Die Zustände in diesem Hause sind aber so gesundheitswidrig, dass dennoch in absehbarer Zeit irgendwie anders Rat geschaffen werden muss. Durch den Zusammenbruch des Militarismus eröffnet sich dafür eine Gelegenheit. Es wäre möglich, die gegenwärtig allerdings noch von Kadettenschülern besetzte Infanterie Kadettenschule an der Mitteldorferstrasse für diese Zwecke in Aussicht zu nehmen. In dieser erst vor wenigen Jahren erbauten Anstalt wären die Grundbedingungen gegeben für ein derartiges Kinderasyl. Neben den Küchen- und Schlafeinrichtungen Spiel- und Speiseküchen wären auch geeignete Schulräume da und auch ein grosser Park zur körperlichen Betätigung der Jugend. Wollte man diese Kadettenschule für irgend eine gewöhnliche Unterrichtsanstalt verwenden, so würde eine Reihe von Räumen, die für die Zwecke eines Kinderheimes wie geschaffen sind, brach liegen und andere Einrichtungen wie etwa etwa die Küche und Vorratsräume würden nicht Verwendung finden.

GR. Bernhard Richter ist zum ersten Male im provisorischen Gemeinderate erschienen und leistet die Angelobung.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen.

Demokratische Vereinigung. Durch die Tagesblätter wurde die Mitteilung gemacht, dass die alte liberale Vereinigung der freiheitlichen Gemeinderäte sich jetzt demokratischer Verband nennt. Um Verwechslungen vorzubeugen, sie festgestellt, dass die demokratische Vereinigung, die seit 2 Jahren unter diesem Namen konstituiert ist, aus den Gemeinderäten Goltz, Schäfer, Stein und Bezirksvorsteher Blasel besteht.

GR. Hellmann stellt folgende Anfrage: Die Lehrer Wiens beziehen Teuerungszulagen, die teils aus Summen bestritten werden, die die Stadt vom Staate erhielt und die aus Gemeindegeldern ergänzt werden. Ausgenommen von diesen Zulagen sind jene Lehrer, welche bis jetzt in militärischen Diensten standen. Die Nichtauszahlung der Zulagen an diese Lehrer soll darauf zurückzuführen sein, dass ein diese Zulagen betreffender Beschluss der Gemeinde Wien bis jetzt nicht die Genehmigung des Staates erhielt.

Da es in dieser Zeit der ungeheuren Teuerung ganz und gar unzulässig ist, einer grossen Anzahl von Lehrern das Einkommen zu schmälern, stellen die Unterzeichneten die Anfrage: Ist der Bürgermeister bereit, die Genehmigung jedes Beschlusses beim Staate zu betreiben, und ist er geneigt, den betroffenen Lehrern die Zulagen bis zur Ueberweisung der bewilligten Summen vorschussweise zur Auszahlung bringen zu lassen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die auf Grund des Gesetzes vom 26. August 1918 vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 15. Oktober 1918 beschlossenen Teuerungszulagen für die Lehrpersonen müssen vom Landesausschuss um an Stelle der Kronen vom Direktorium des Staates genehmigt werden. Über diesbezügliche Akt ist am 16. Oktober also einen Tag nach dem Gemeinderatsbeschluss an den Landesausschuss weitergeleitet, von diesem in der nächsten Sitzung erledigt und dem Landesschulrat übermittelt worden, von dem er an das Staatsamt für Unterricht weitergegeben wurde. Es ist daher meine Pflicht auf Grund dieser Interpellation das Staatsamt für Unterricht zu urgieren, damit dem Wunsche des Herrn Interpellanten Rechnung getragen wird.

GR. Danneberg stellt folgende Anfrage: Bisher galt die Verfügung, dass es für die eingerückten Magistratsbeamten auf die Qualifikation bei der fälligen Beförderung nicht ankommen hat, sondern, dass die Bestätigung des Amtesverstandes darüber genügt, dass der Eingeringte seiner bisherigen Dienstleistung und Gesamtindividualität gemäss die erforderliche Qualifikation erhalten hätte, falls er in Dienstleistung gestanden wäre. Nun verlautet in den Kreisen der Beamtenschaft, dass bei den bevorstehenden Ernennungen dieser Vorgang nicht mehr eingehalten werden wird und dass also die jetzt aus dem Wehrdienste zurückkehrenden Beamten, die nun befördert werden sollen, erst ihre Qualifikation abzuwarten haben, die zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden wird. Wenn auch diesen Beamten Rang und Bezüge gewahrt bleiben, so erschiene dieser Vorgang doch geeignet, in den Beamten das Gefühl hervorzurufen, dass sie zurückgesetzt werden. Eine wirkliche Qualifikation ist aber auch

zu Beginn des nächsten Jahres nicht möglich, weil bis dahin nur wenige Wochen neuer Dienstleistung verflossen sein werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Bei den infolge der erhöhten Anrechnung der Kriegsdienstjahre bevorstehenden Ernennungen der Magistratsbeamten im Wege der Zeitbeförderung werden von den eingerückten Beamten ohnedies alle jene sofort zur Beförderung gelangen, die schon die erforderliche Qualifikation besitzen.

Bezüglich derer, welche jedoch nicht die erforderliche Qualifikation besitzen, die zur Zeitbeförderung notwendig ist, muss füglich die nächste Qualifikation abgewartet werden, welche im Sinne der Dienstpragmatik der städt. Angestellten anfangs Jänner durchgeführt wird. Es ist also nur eine kurze Spanne Zeit, bis auch für diese Angestellten die Zeitbeförderung durchgeführt werden kann.

GR. Moissl verweist in einer Anfrage darauf, dass in Karlstift und Umgebung ca. 2 Stunden von der Station Steinbach der Lokalbahn Gmünd entfernt schon vor 2 Jahren gefällte und zum grössten Teile geschnittene grosse Holzmengen liegen, die nur des Abtransportes harren. Der Bürgermeister möge Massnahmen treffen, dass dieses Holz nach Wien komme.

Der Bürgermeister bemerkt, dass dieses Holz für das Flüchtlingslager in Gmünd bestimmt ist. Da die Verhandlungen wegen Uebernahme der Brennholzvorräte, der Flüchtlingslager derzeit beim Staatsamte des Innern anhängig sind, werde auch auf die Erfassung der erwähnten Holzmengen Bedacht genommen werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, dass eine große Aktion wegen Beschaffung von Holz für Wien eingeleitet ist, so im Lainzer Tiergarten, wo die Schlägerung bereits begonnen hat; dieses Gebiet liegt uns am nächsten, weil die Gemeinde leicht auf Automobilen das Holz abführen kann, ebenso in dem Angebiet des Stiftes Klosterneuburg. Uebrigens findet morgen beim Staatsrat für Landwirtschaft eine Sitzung statt, zu der alle Interessenten geladen sind und bei der eine Menge von ich glaube 150.000 Raummetern Holz für Wien aufgebracht werden soll.

GR. Moissl führt in einer Interpellation aus; dass die Gemeinde die noch nicht verschleppten militärischen Lebensmittelvorräte in Wien beschlagnahmt und gesichert habe, nur diesem Umstande sei es zuzuschreiben, dass diese Vorräte nicht ebenso verschleppt und geplündert wurden, wie die mit anderen militärischen Vorräten geschah. Nun erfahre er, dass die Zentralen diese Vorräte der Gemeinde entwenden und in ihrer alten so ganz und gar nicht bewährten Art und Weise damit herumwirtschaften wollen.

Der Interpellant verlangt schliesslich die unverzügliche Einberufung des Ernährungsausschusses des Gemeinderates.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Es ist richtig, dass nur durch das Einschreiten der Gemeinde Wien und die Uebernahme der Verwaltung der Verpflegungs Magazine in Wien und Schwabach durch die Gemeinde Wien eine Verschleppung der reichlichen Lebensmittelbestände dieser militärischen Magazine verhindert werden konnte.

Durch die Umgestaltung des Gemeinderates ist auch der Ernährungsausschuss des früheren Gemeinderates außer Funktion gesetzt worden und muß erst wieder neu gewählt werden. Da uns aber doch viele Wahlen bevorstehen, so werde ich mit den Obmännern zusammentreten, um die vielfachen Wahlen, die wir noch vornehmen müssen, durchzuführen.

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Beim Postamt Hauptzollamt laufen tausende von Lebensmittelpaketen der Feldpost nur für Kriegsgefangene ein, die meist unzustellbar sind. Da die dringende Gefahr besteht, dass durch das lange Herumliegen und Anhäufen die Lebensmittel verderben oder verschleppt werden, wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, Massnahmen zu treffen, dass diese unzustellbaren Lebensmittelpakete beschlagnahmt und Spitalern oder Kranken übergeben werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert: Ich werde sofort Erhebungen einleiten, und mit dem Generalpostdirektor ins Einvernehmen setzen, damit nicht durch die Saumseligkeit von Beamten Lebensmittel zugrunde gehen. Ich kann nichts beschlagnehmen - der Herr Kollege Moissl ist sehr beschlagnahm lustig - und muß die Gesetze soweit sie im Rahmen des neuen Staates gelten, befolgen.

GR. Moissl stellt an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, beim Staatsamt für Heereswesen dafür einzutreten, dass bei der Bestzung von militärischen Posten in Deutsch-Österreich vor Allen jene berücksichtigt werden, die schon vor dem Kriege nach Deutsch-Österreich heimatsberechtigt waren, dass ferner vor Aufnahme anderer Offiziere die wohlverdienenden materiellen Rechte der deutsch-österreichischen Armeemitglieder gesichert werden sollen.

Der Bürgermeister erwidert, dass diese Angelegenheit sich der Kompetenz der Gemeinde entziehe und daß er diese Angelegenheit dem Staatssekretär für Heereswesen übermitteln wolle.

GR. Dr. Hein verweist in einer Interpellation auf die vom Staatskanzler der deutsch-österreichischen Republik vorgeschlagene Wahlordnung für den deutsch-österreichischen Nationalrat, welche hinsichtlich der Einteilung der Wahlkreise für die Stadt Wien eine mit dem richtigen Grundsätze des Verhältniswahlrechtes in Widerspruch stehende Ungerechtigkeit und Unbilligkeit enthalte, durch welche das Bürgertum überhaupt und das freiheitliche Bürgertum insbesondere ausserordentlich benachteiligt werde. Er fragt zum Schlusse, ob der Bürgermeister geneigt sei, der deutsch-österreichischen Regierung die berechtigten Einwendungen weiter Kreise des Wiener Bürgertums gegen die vorgeschlagene Einteilung der Wahlkreise zur Kenntnis zu bringen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich weiß nicht, ob die Kreise des Bürgertums gar so weit benachteiligt sind, wie Dr. Hein spricht. Im jetzigen Stadium der Beratungen, soweit sie gediehen sind, kann ich nichts anderes tun, als diese Eingabe dem Staatskanzler Dr. Renner zustellen zu lassen.

GR. Schäfer stellt folgende Interpellation: Im Namen aller Theater, Kinos, Varietes und sämtlicher Vergnügungsgestätten Wiens, im Namen von mehr als 20.000 Personen, die durch die Sperre dieser Vergnügungsgestätten brotlos geworden sind oder es in den nächsten Tagen werden könnten, wird der Bürgermeister gefragt, ob er gewillt ist,

mit Hintansetzung aller Hemmungen, die derzeit dem wirtschaftlichen Frieden zwischen den Tschechen und uns im Wege stehen, sich mit den politischen Führern der in Wien lebenden Tschechoslowaken sofort in Verbindung zu setzen und dieselben zu ersuchen, selbst die sofortige ausrückende Zufuhr von Getreide Kohle für Wien zu verlangen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, schon morgen die nötige Forderung mit den Wiener Tschechen zu nehmen?

HGM. Dr. Weiskirchner: Ich habe nicht erst die Anfrage des Gr. Schäfer abgewartet, um mit den zuständigen Vertretern des tschechoslowakischen Staates mich in Verbindung zu setzen. Ich brauche also nicht erst morgen zu gehen, sondern ich bin schon vor Wochen und wiederholt beim Gesandten in unser Gesandnis, um seine Aufmerksamkeit auf die Lage in Wien zu lenken. Die Kommissiön, welcher Vertreter des Staates und der Gemeinde Wien angehören, weilte wiederholt in Prag wo auch gegenwärtig zwischen der Gemeinde Wien und der tschechoslowakischen Regierung Verhandlungen stattfinden, auf deren Ergebnis ich stündlich mit bangter Sorge warte.

HGM. Dr. Weiskirchner: Schon vor einigen Wochen habe ich beim Staatssekretär für Volksernährung vorgesprochen, welcher sich mit der Frage des Abbaus der Zentralen beschäftigt. Eine Verfügung des Staates über diese Zentralen ist bisher noch nicht eingetroffen.

3. Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 31. Dezember 1918. Nr. 507.

Ein Protest der Bürgervereinigung. Das Präsidium der Bürgervereinigung hat an den Grafen Czernin folgendes Schreiben gerichtet: Nach einer Notiz der heutigen Reichspost soll über Anregung Euerer Exzellenz ein neuer Verein in Wien unter der Bezeichnung „Bürgervereinigung 1918“ gegründet werden. Das Präsidium der Bürgervereinigung der Stadt Wien erhebt gegen eine Vereinsgründung unter dem obbezeichneten Namen, welcher nur Wahlzwecken zu dienen scheint auf das entschiedenste Protest, da durch diese Bezeichnung Verwechslungen mit der seit 20 Jahren bereits bestehenden Bürgervereinigung der Stadt Wien unausbleiblich sind.

Kohlenausgabe im Jänner. Die Kohlenausgabe für Jänner erfolgt im gleichen Ausmasse wie im Dezember. Die Wochenmenge für einen Kochbrand bleibt bis auf weiteres mit 20 kg aufrecht. Ein ganzer Betriebsbrand der Kohlenbezugskarten für Gewerbe wird mit 100 kg, ein ganzer Heizbrand mit 80 kg monatlich eingelöst. Auf Grund von Betrugsscheinen wird für Betriebe, die unter dem Buchstaben B, für Heizung die unter dem Buchstaben C festgesetzte Monatsmenge ausgegeben. Eine Ausgabe des Zimmerbrandes ist derzeit nicht möglich, da der Kohleneinlauf kaum zur Deckung des eingeschränkten Bedarfes hinreicht und infolge des Streikes im ober-schlesischen Kohlenreviere mit einem weiteren Ausfall gerechnet werden muss.

Die Schweizer Delegation im Rathaus. Heute mittags erschien Oberstleutnant Frey, Dr. Louis Ferriere und Legationssekretär Edmond de Grens, begleitet von Generalsekretär Szanyi im Rathause, wo sie vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Vizebürgermeistern Ross und Rein empfangen wurden. Der Bürgermeister begrüßte die Herren mit einer kurzen Ansprache, in welcher er ausführte: Ich gebe meiner grossen Freude und Dankbarkeit Ausdruck, dass Ihr Ververland in einer so hochherzigen Weise sich unserer Stadt angenommen. Die Rede, welche Nationalrat Jäger in Ihrer Versammlung gehalten, die warmen Worte Ihres Präsidenten, insbesondere aber auch die Aktion, welche durch Bürgermeister Haegeli eingeleitet, hat uns tief gerührt. Wir danken aus vollem Herzen dafür. — Die Herren zogen sich sodann zu einer Besprechung in den Rauchsalon des Bürgermeisters zurück.

Das historische Museum der Stadt Wien ist am Neujahrstage noch für den allgemeinen Besuch geöffnet.

In der Folge muss es wegen der Unmöglichkeit der Beheizung bis zum Eintritt wärmerer Jahreszeit geschlossen bleiben.

schon vor dem Kriege einen Erwerbe nachgingen und heute fast in jedem Haushalte neben dem Manne auch die Frau verdient. Selbstverständlich müssen die erholungsbedürftigen Frauen des arbeitenden Standes berücksichtigt werden und es wäre zu wünschen, dass dieser Aktion bald ein zweite folge. Unsere Jugend ist die Zukunft des Staates. Für sie muss gesorgt werden. Auch für unsere Frauen, die während des Krieges im Erwerbe leben stark gelitten haben, muss ebenfalls gesorgt werden und daher unterstütze ich die beiden Stadtratsanträge auf das nächste.

GR. Körber begrüsst die Anträge, glaubt aber, dass mit einem Betrag von 700000 Kronen für die verwaiste Jugend das Auslangen nicht gefunden werden könne. Er spricht sein Bedauern darüber aus, dass noch immer mehr als 100 Schulen vom Militär besetzt sind und stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beim Staatsamt für Heereswesen vorstellig werden, damit diese Schulen ihrem Zweck endlich wieder zurückgegeben werden.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Stadtratsantrag einstimmig angenommen. Der Antrag Körber wird genügend unterstützt.

VBGM. Reumann übernimmt den Vorsitz.

STR. Vougoin berichtet über die Bestellung eines Baurechtes an mehreren Baustellen im XIII-Bezirk. Seine Anträge werden genehmigt.

STR. Hölzl berichtet über das Kaufanbot der Firma Julius Meisl auf Teile eines städtischen Grundes im XVI-Bezirk. (Angenommen)

VBGM. Rain legt den Rechnungsabschluss des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie Wallhof für die Zeit vom ersten Juli 1917 bis 30. Juni 1918 vor, welcher genehmigt wird.

VBGM. Hoss berichtet über den Rechnungsabschluss der Lagerhäuser der Stadt Wien, für das Geschäftsjahr 1917/18.

GR. Kokorda anerkennt die hohen Leistungen des städt. Lagerhauses und verlangt zur schnelleren Abfertigung der Interessenten, dass mindestens bei jedem Magazin eine Brückenwaage errichtet werde, ferner die Einführung von <sup>die</sup> Unterhausfolgescheinen oder Restscheinen, falls Waren nicht an einem Tag abgeführt werden können, sowie die Erhöhung der Abholungsfrist von 24 auf 48 Stunden.

GR. Angeli betont, dass das Lagerhaus im Kriege hervorragendes geleistet hat, und schliesst sich vollinhaltlich dem Danke an das Personal an. Er gibt dem Wunsche Ausdruck, dass an Stelle der nicht entsprechenden Büro- und Parteienräume ein modernes Administrationsgebäude errichtet wird.

GR. Weigl: Die moralische Anerkennung hat das Personal des Lagerhauses aus dem Munde des Referenten erfahren, man sollte sie aber auch in pekuniärer Weise dadurch bezeigen, dass man bessere Löhne bezahlt. Die Entlohnung der Ueberstunden mit einer Krone ist für die jetzige Zeit lächerlich. Ich wünsche, dass in Zukunft auch im Lagerhaus den ausserordentlich schwer arbeitenden Menschen eine bessere Existenz eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Verbesserung der Bezüge geboten wird. Eine derartig opferwillige Arbeiterschaft verdient, dass man sie entsprechend behandelt. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Josef Müller bemerkt gegenüber dem Vorredner, dass die Löhne beim Arbeiterkonsumverein auch nicht viel höher sind; sie bewegen sich zwischen 50 und 70 Kronen. In dem sozialdemokratischen Konsumverein besteht auch noch die neunstündige Arbeitszeit, obwohl sie selber die 8 stündige Arbeitszeit verlangen. Ihre eigenen Leute vom Konsumverein waren bei mir und haben sich beschwert (Hört!) Wir haben ohne Unterschied der Partei die Pflicht, das was wir verlangen in den eigenen Unternehmungen auch durchzuführen. (Beifall bei den Christlich Sozialen)

VB. Hoss erwidert in seinem Schlussworte auf die einzelnen Ausführungen und bemerkt, dass seit 14 Tagen die 8 stündige Arbeitszeit im Lagerhaus eingeführt ist.

GR. Weigl berichtet tatsächlich, dass die Löhne im Arbeiterkonsumverein nicht zwischen 60 und 70, sondern ca. 120 Kronen betragen und dass hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit Verhandlungen geführt werden, dass sich aber infolge der Verhältnisse bei den Abgabestellen Schwierigkeiten ergeben. (Rufe: Diese Schwierigkeiten bestehen auch bei uns)

Bei der Abstimmung wird der Stadtratsantrag einstimmig angenommen.

Vize-Bgm. Högl stellt folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien ist bereit auf Grund des Ergebnisses der am 28. Dezember 1918 abgehaltenen Sitzung über die Sanierung des Krankenanstaltenfonds diesem ein Darlehen von 2 Millionen Kronen unverszinstlich auf die Dauer eines Jahres unter der Bedingung zu geben, dass Staat und Land je den gleichen Betrag unter denselben Bedingungen beisteuern.

GR. Doppler stellt den Zusatzantrag. Das Gemeinderatspräsidium möge bei den aus Anlaß der Sanierung des Krankenanstaltenfonds stattfindenden Verhandlungen dahin wirken, daß die rechtlichen Dienstverhältnisse der angestellten Dienerschaft geregelt werde und sie in den Stand der dienstpragmatischen Beamten einbezogen werden.

Die Anträge werden angenommen.

GR. Breuer beantragt die Verfassung einer Denkschrift der Gemeinde Wien in Angelegenheit der Kredithilfsaktion für den kriegsbetreffenden Gewerbebestand und stellt den Antrag:

Der deutschösterreichische Staatsrat, sowie die Staatsämter für öffentliche Arbeiten und der Finanzen werden durch eine Denkschrift auf die unabweisliche Notwendigkeit verwiesen, den durch die Leiden des Krieges in grösste Nothlage geratenen mittelständischen Gewerbetreibenden insbesondere aber den Kriegsteilnehmern augenblickliche Hilfe zu bringen, um den Gewerbetreibenden die Wiederaufrichtung ihrer Betriebe und ihrer wirtschaftlichen Existenz zu ermöglichen und auf diese Weise auch einem grossen Teile der Arbeiterschaft Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen; der deutschösterreichische Staatsrat und die bezeichneten Staatsämter werden ferner auf die unabsehbaren Folgen aufmerksam gemacht, welche eintreten müssten, wenn das so gut wie abgeschlossene Werk der Kredithilfe nicht unverzüglich in die Tat umgesetzt werden würde.

GR. Partik bemerkt, daß jene Gewerbetreibenden, welche jetzt heimgekehrt sind und jene, welche infolge der zentralen Bewirtschaftung keine Rohstoffe erhalten konnten, am meisten einer Kredithilfe bedürfen. Man sehe aber, daß die großen

Fabriken, wie Schuhfabriken, ihre Betriebe erweitern, und neue Betriebe eröffnen, während der kleine Schuhmacher nicht das Leder zum doppelten hat. Auch/werde auf die Aufrichtung des Gewerbes bedacht sein müssen. Jede Krone der neuen Republik werde produktiv angewendet werden müssen, nur dann werde es möglich sein, daß der Staat wieder aufblüht. In allen Staaten ist der gewerbliche Mittelstand die Grundfeste. Aus dem Mittelstand ist die Grossindustrie hervorgewachsen, welche die qualifizierten Arbeiter des Mittelstandes für sich gewonnen hat. Im Brunnerlager habe man Stoffe gefunden, wie Seidenstoffe, Blusenstoffe, Etamine, daß man sich nicht für die Soldaten gebraucht hat. Die zentrale Bewirtschaftung hätte mindestens ihr Veto gegen die Requisition einlegen müssen. Der Redner begrüsst mit Freude den vorliegenden Antrag und wünscht nur, daß bei der Sachdemobilisierung möglichst viel Artikel dem Kleingewerbetreibenden zugewendet werden.

GR. Fanosch fordert eine gründliche Steuerreform. Auf der einen Seite hört man, dass der Gewerbebestand vollständig zugrunde gegangen ist und auf der anderen Seite will man von ihm zur selben Zeit 8 Millionen herauspressen. Die Erwerbssteuer ist eine ungerechte Steuer. Es sollen zur entsprechenden Steuerleistung auch die Kreise herangezogen werden, die während der Kriegszeit ungeheure Gewinne eingeheimt haben. Man fordert von den Steuerzahlern immer Steuermoral. Es sollen aber besonders auch diejenigen, die die Steuern vorschreiben, die nötige Steuermoral haben, und dem Gewerbebestand nicht Steuern vorschreiben, die er nicht leisten kann. (Beifall)

GR. Rotter bespricht zunächst die wirtschaftlichen Folgen des Zusammenbruches des alten Oesterreich für Wien und wenn sich hiebei gegen die Bürokratie im Parlament, die vor und während des Krieges verständnislos, ja feindselig gegenüber dem Gewerbebestand gezeigt haben. Wie und warum der Gewerbebestand von den Heereslieferungen ausgeschlossen wurde, habe der Leinweberprozess gezeigt, der die grosse Korruption in Betreff der Provisionen blossgelegt hat, wobei es als merkwürdig verzeichnet werden müsse, dass Provisionen von Leuten gegeben wurden, welche anderwärts die Korruption und den Militarismus bekämpften. Der Redner stattet hierauf dem Niederösterreichischen Landesgewerbeförderungsamt für seine Unterstützung der Gewerbetreibenden während des Krieges den Dank ab; die Gewerbetreibenden hätten bei Heereslieferungen bewiesen, dass sie nur gute Ware liefern, nicht wie Andere Papier- und Pappdeckelsohlen oder Brot mit Kalkzusatz. Zum Schluss protestierte <sup>auch</sup> GR. Rotter gegen die ungeheure Bedrückung des Gewerbebestandes durch die Steuerbehörden und fordert Einschränkungen beim neuen Militarismus, dieser „Holoch“ drohe uns wirklich aufzufressen.

GR. Angeli stellt folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien spricht den bedrohten Volkegenossen in Deutsch-Südtirol die wärmste Sympathie und Anteilnahme aus und wendet sich ausserdem an den in Kürze zusammentretenden Friedenskongress und Präsidenten Wilson mit der Bitte, es nicht zu dulden, dass die kerndeutsche Bevölkerung Deutsch-Südtirols unter italienisches Joch komme. Die italienische Grenze darf nicht weiter als bis Salurn vorgerückt werden.

Frau GR. Dr. Alma Seitz stellt folgenden Antrag: In Anbetracht des zunehmenden Wohnungselendes wäre die Einführung der Wohnungsaufsicht durch Einstellung von Wohnungsfürsorgefrauen in Aussicht zu nehmen, welche vornehmlich die Frauen in sanitärer und wirtschaftlicher Hinsicht zu beraten und darüber zu wachen hätten, dass von Seite der in Wohnungsfürsorge zu nehmenden Parteien gewisse Mindestforderungen in Bezug auf Wohnungspflege erfüllt werden können und tatsächlich erfüllt werden. Bei der Heranziehung von Frauen und Mädchen für den Dienst in der Wohnungsaufsicht möge in erster Linie auf geeignete Kräfte aus Intelligenzberufen, welche durch die gegenwärtigen Umstände brotlos geworden sind, Rücksicht genommen werden. Erfordernis zur Verwendung als Wohnungsfürsorgefrau ist eine gewisse fachliche Mindestausbildung, ebenso die Bedingung geistiger Reife und sittlichen Ernstes.

GR. Witzmann stellt folgenden Antrag: Bis zur definitiven Regelung der im Budget des 15. Bezirkes für das Verwaltungsjahr 1919/20 bereits vorgesehenen Spielplatzfrage, sei ein Teil dieses Komplexes, provisorisch für einen Kinderspielplatz herzurichten und zwar so zeitgemäss, dass er schon im kommenden Frühjahr seiner Benützung übergeben werden kann.

GR. Wilreid stellt folgenden Antrag: Nach den gegenwärtigen Verhältnissen werden zwei Gruppen von Diurnisten unterschieden und zwar solche mit Anwartschaft, das sind diejenigen, die vermöge ihrer Studien Aussicht zur Vorrückung zum Hängklassenbeamten haben und Diurnisten ohne Anwartschaft das sind solche, welche Kanzlisten zweiter respektive erster Klasse werden können; während bei den Diurnisten ohne Anwartschaft das Höchstmass der Dienstzeit mit drei Jahren festgesetzt ist, nach welchen sie zu Kanzlisten zweiter Klasse vorrücken, besteht für Diurnisten mit Anwartschaft anscheinend gar kein Grundsatz über die Diurnistendienstdauer. Eine Regelung dieser Verhältnisse ist notwendig, und zwar in der Richtung, dass die Dienstzeit als Diurnist mit Anwartschaft auf zwei Jahre festgesetzt wird, nach welcher sie zu Praktikanten zu ernennen sind. Auch die Regelung der Dienstverhältnisse der während des Krieges aufgenommenen Diurnisten wäre wünschenswert. Der Magistrat wird daher beauftragt, dem Gemeinderat ehestens in obigen Sinne entsprechende Anträge zu unterbreiten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hiernach an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Präsident Hoss übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner (Zum Rebat): Ich habe über ein dringendes Geschäftsstück zu referieren, das erst nachmittag den Stadtrat beschäftigte und noch heute zur Erledigung kommen muss, das Ihnen also schriftlich noch nicht vorliegen kann. Es handelt sich um die Gewährung eines unverzinslichen Darlehens von 500.000 Kronen für den Verband der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs. Es ist dies ein ähnlicher Fall, wie er sich vor einiger Zeit ereignete, als wir dem Krankenanstaltenfond beispringen mussten, für den in einem späteren Referate wieder Anträge gestellt werden. Auch der Verband der Krankenkassen befindet sich infolge der Verhältnisse in einer Lage, die in ausser Stande setzt, Ende des Monats die laufenden Forderungen zu begleichen. Ich halte es für eine selbstverständliche Pflicht der Gemeinde, solange sie es noch selber tun kann, helfend einzuspringen, wenn auch die Ansprüche, die an uns gestellt werden, suppletorisch für den Staat einzugreifen schon über ein gewisses Mass hinausgehen.

GR. Spalowsky: Ich habe nichts gegen den Antrag, wenn es uns auch reizen würde, sich bei dieser Gelegenheit sich darüber zu äussern, wie von Seite des Krankenkassenverbandes die Lage der Kassen immer als eine geradezu glänzende hingestellt wurde. Ich habe nur namens meiner Parteigenossen die Erklärung abzugeben, daß der Verband eine rein sozialdemokratische Verwaltung hat und er sich auch jetzt noch in der Zeit der Demokratisierung mit aller Entschiedenheit gegen jede Einführung eines proportionalen Wahlsystems ausspricht. Mit Rücksicht auf dieses der Demokratie vollständig hohnsprechendes Verhalten erklären wir, daß wir in der Bewilligung des Darlehens eine Vertrauenskundgebung nicht zu erblicken vermögen.

GR. Forstner: Wir pfeifen auf Ihr Vertrauen.

Dieser Zwischenruf löst stürmische Gegenrufe bei den christlich-sozialen aus. Die in dem entstehenden Lärm größtenteils unverständlich bleiben. GR. Hierhammer ruft: Ein schöner Ton ist hereingekommen.

Vize-Bgm. Hof: Ich rufe Herrn GR. Forstner wegen seines unparlamentarischen Ausdruckes zur Ordnung.

Bgm. r. Weiskirchner (Zum Schlusswort): Ich bedauere ausserordentlich, dass überhaupt eine Debatte stattgefunden hat. Hier handelte es sich nicht um eine Parteisache, sondern um eine Institution, welche Krankenarbeitern ohne Unterschied der Partei zu dienen hat. - Referentenantrag wird hierauf genehmigt.

StR. Fomola berichtet über die Verwendung des Flüchtlingslagere Ober Hollabrunn und beantragt zur Durchnahme der Fürsorge für verwehrte Jugend einen Betrag von 700.000 Kronen in der Voraussetzung zu bewilligen, dass das Land einen Betrag von 300.000 Kronen und der Staat jene Kosten leistet, die er nach dem Gesetzentwurf über die Fürsorgeziehung zu leisten hätte.

Desgleichen berichtet er über die Verwendung des Flüchtlingslagere Pottendorf und beantragt zur Erweiterung der Fürsorge für die Erholungsbedürftigen Frauen und Kinder einen Betrag von 700.000 Kronen unter der Voraussetzung zu genehmigen, dass das Staatsamt für Gesundheitswesen mit Rücksicht darauf, dass die Fürsorge tuberkulose gefährdeter Familien zugute kommt, ein Viertel der Kosten die Zahlung übernimmt.

GR. Dr. Grün begrüsst den Antrag und freut sich, dass die Stadt Wien wenigstens teilweise das gutmacht, was die gestürzten Götzen der vorrepublikanischen Zeit an den Frauen und Kindern verbrochen haben. Die Erkrankung der Frau ist in das Erwerbsleben des Mannes tief einschneidend. Die gesteigerte Frauen- und Kinderarbeit, der geminderte Wochenbetschutz, der Mangel an Lebens- und Beheizungsmitteln hat grosse Erbitterung hervorgerufen. Die Götzen der vergangenen Zeit haben zuerst das Volk ruiniert und dann versucht, es mit einigen Brosamen zu beruhigen. So sind auch die fürstlichen Unterröcke herumgegangen, um Trost zu spenden und Wohltaten zu tun. Dr. Danneberg hat unseren Standpunkt niedergelegt. Dr. Danneberg, nicht wie in Dr. Hemala citiert hat sondern der echte Dr. Danneberg.

v. GR. Hemala: Ich habe Bernerdorfer citiert.

GR. Dr. Grün: Sie sind eine Art literarischer Beihilfslieferant. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Zwischenrufe.) Ich freue mich, wenn in der letzten Sitzung GR. Wolay vom Genossen Winter eines besseren belehrt wurde. (Gelächter und Zwischenrufe bei der Majorität.) Frau Dr. Burjau hat das letzte Mal von einem Heilmittel für ganz unverbesserliche gesprochen. Herr Häuter mayer wird der erste Insasse sein. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

VB. Hoss: Ich rufe Sie wegen dieses Ausrufes zur Ordnung.

GR. Dr. Grün: Einem Fürsorgeamt soll nicht bloss gute Aerzte haben und nicht bloss eine Statistik verfassen können, sondern in erster Linie das Verhältnis des Kindes zum Elternhause kennen. Es sollen für alle ärztliche Stellen in der Gemeinde Konkurrenz ausgeschrieben werden, damit die tüchtigsten daran kommen. Das Heim in Pottendorf ist ausgezeichnet klimatisch beschaffen und entspricht allen Anforderungen. Es würde sich empfehlen, wenn das Gesundheitsamt bei den Kindern der untergebrachten Kranken untersuchen lassen würde, ob nicht auch die Kinder dort unterzubringen sind. Wenn nicht, hätte das Jugendamt die Aufgabe, einen Aufenthalt für die Kinder zu finden. Sie sollen auch noch weitere Gefangenlager erwerben, so das Lager 2 Gmünd, weil dort eine Reihe von gesundheitlichen Einrichtungen sind, die sie später nicht um Geld bekommen. Ich glaube, dass die Sozialdemokraten in jeder Beziehung zu finden ist, wenn es sich um kranke fürsorgebedürftige Leute handelt. Es werden durch den Eintritt der 64 Sozialdemokraten die sanitären und sozialen Triebkräfte in der Gemeinde gewiss gefördert werden. Ich will nicht von den Erregern des Krieges reden, sonst werden sie nervös. (Zwischenrufe) Wenn sie nervös werden, nehmen sie Stahlbäder. GR. Unterwiesinger: Von ihnen lassen wir uns nichts verordnen, wir suchen uns selbst unseren Doktor.

VB. Hoss: Wenn Herr GR. Grün so sprechen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn Zwischenrufe gemacht werden.

GR. Dr. Grün: Die verwehrtesten Kinder sollen irgendwo untergebracht werden, damit wir die berechnete

Hoffnung haben, dass der Aufbau der geistigen und sozialen Kräfte wieder vor sich gehen kann. Man muss dem Leiter der Fürsorgeanstalt in Oberhollabrunn einen Ausschuss zur Seite stellen, dem auch Lehrer angehören. Aufrechte und gerade Lehrer, keine Kriecher und Frömler. Ich spreche mich entschieden gegen die militärische Jugendvorbereitung aus, von deren normalem Blatt Nr. 13 vom Jahre 1916 die Rede ist. Die militärische Vorbereitung muss endgültig aus dem Programm, die ist eine Demütigung und hat gar keinen Zweck. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Rumpelhardt: Ich begrüsse die Vorlage und schliesse mich den Worten des Vordemers an, dass in der Jugend viel gesündigt wurde. Ich bin vollständig überzeugt, dass der Krieg unsere Jugend demoralisiert hat, was aber nicht in dem Masse geschehen wäre, wenn seitens der Behörden, die dazu berufen sind, rechtzeitig Mittel ergriffen worden wären. Schon im Jahre 1915 wurde bemerkt, daß einzelne jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren arbeitslos sich herumtrieben, nachdem sie der Lehre entlaufen waren und dass sie dann, wenn sie im „Trockenen“ waren in einen Kriegsbetrieb mit hohen Löhnen sich einstellen liessen. Die Lehrlingsfürsorgekommission hat bereits damals die Statthalterei davon verständigt, dass Vorkehrungen getroffen werden, damit die Jugendlichen nicht ihrer Lehre entlaufen können und damit ihnen ein Teil ihrer hohen Löhne im Sparsystem für spätere Zeiten aufbewahrt bleiben. Auch eine weitere Reihe von Vorschlägen, die der Verwehrlosung der arbeitenden Jugend galten, wurden erstattet, doch fand die Statthalterei bloss die eine Erläuterung: Im Kriege muss man es halt gehen lassen, wie es geht. Wenn die Gemeinde heute die Sache wieder gut machen muss, so übernimmt sie wieder eine Last der Regierung und macht wiederum Fehler der Regierung gut. Ein Hauptaufbaufaktor der Arbeiterjugend ist die Einbeziehung der öffentlichen Berufsberatung in den Erziehungsplan, ferner die Errichtung einer Berufskontrolle und schliesslich endlich auch die Ausgestaltung der Meisterinspektion, die sich auch auf den jugendlichen Arbeiter erstrecken soll. Schliesslich bitte ich den Stadtrat ausserdem für die noch nicht verwehrte arbeitende Jugend Lehrlingsheime zu errichten und ehestens für ein solches ein ~~nicht~~ bisher zu Kriegszwecken dienendes Gebäude auszuwählen.

GR. Dr. Löwenstein: Neben der körperlichen Erziehung muss auch die sittliche Erziehung durchgeführt werden, denn wir brauchen einen Nachwuchs von körperlich und moralisch gesunden Menschen. Dabei muss mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gearbeitet werden. Die früher gegründeten Horte dienten nur meistens Vereinszwecken. Man darf die Erziehung der Jugend nicht der Wohltätigkeit überlassen, da diese meist nicht in der Lage ist, das zu tun, was sich als notwendig erweist. Aufgabe des Staates, des Landes und der Gemeinde ist es, hier helfend einzugreifen. Es wird notwendig sein, daß das Jugendfürsorgegesetz ehestens zur Erledigung kommt. Bereits die alte Regierung hatte im Juni ds. J. einen Beirat zur Beratung dieses Gesetzes zusammengestellt und sind die Verhandlungen durch den Wechsel in der Regierung nicht zum Abschluss gekommen. Es ist daher die erste Pflicht der Nationalversammlung dieses Gesetz zu verabschieden. Was die Frauen anbetrifft, so möchte ich nur feststellen, dass bereits 60 bis 80 %



Konstituierung von gemeinderätlichen Ausschüssen. Gestern nachmittags fand die Konstituierung des Gemeinderatsausschusses zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung, des Gemeindevahlrechtes und des Bauordnungsausschusses statt. Zum Obmann des ersteren Ausschusses wurde GR. Emmerling, zu dessen Stellvertreter GR. Hierhammer, zum Referenten Dr. Kienböck, zu Korreferenten die Gemeinderäte Dr. Danneberg und Dr. Hein gewählt.

Zum Obmann des Bauordnungsausschusses wurde Hr. Schmid, zum Stellvertreter GR. Karl Richter, zum Berichterstatter GR. Baurat Schneider gewählt.

Der Bürgermeister erwidert: Die Abhaltung von Rennen ist von der jeweiligen Staatsform vollkommen unabhängig. Es finden Rennen in der Monarchie und in der Republik statt. Der Magistrat wird bei den zuständigen Stellen die erforderlichen Schritte unternehmen, damit sobald als möglich, die Trab- und Pferderennen wieder aufgenommen werden.

GR. Angeli richtet eine Anfrage wegen sofortiger Wiederaufnahme der regelmässigen Wirksamkeit der Urania und über die Erlassung von Ausnahmeverfügungen für die öffentlichen Volksbildungseinrichtungen bei künftigen polizeilichen Massnahmen.

Der Bürgermeister erwidert, dass das Staatsamt für öffentliche Arbeiten der Urania die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit bereits gestattet hat und dass er selbstverständlich gerne bereit sei, öffentliche Volksbildungseinrichtungen soweit zu unterstützen, als es eben die Verhältnisse zulassen. Die Aufrechterhaltung dieser Betriebe ist eine grössere Notwendigkeit als die die mancher Theater.

GR. Dr. Grün und Hermann Fischer interpellieren darüber, dass namentlich im Wohnungsprater eine Reihe von Geschäftslokalen geschlossen und scheinbar unbebaut sei, obwohl eine Reihe kleiner Geschäftsleute keine Lokale erhalten können. In den Nachtstunden aber herrsche in diesen Lokalen ein reges geschäftliches Treiben, es werde dort offenbar Schleichhandel getrieben. Sie stellen daher die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt ist alle geschlossenen Lokale gründlich revidieren zu lassen und die dortselbst lagernden Lebensmittel zu beschlagnahmen, um den Schleichhandel zu vermindern. Weiter gedeakt der Bürgermeister die unnötig besetzten Geschäftslokale räumen zu lassen, damit Lokale, die für andere wichtige Zwecke dienen. Endlich will der Bürgermeister durch die Räumung der Lokale die von der Front zurückgekehrten Geschäftsleute und den im Hinterland befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen die Benützung ermöglichen?

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Die Gemeinde Wien hat wohl ein Recht, Wohnwagen, welche lediglich zur Aufbewahrung von Gegenständen dienen anzufordern, nicht aber Geschäftslokale. Auch bei Wohnungsnachweis sind vermietete Geschäftslokale, auch wenn sie gesperrt sind nicht melde- und kontrollpflichtig. Die von den Antragstellern gewünschten Revisionen (Punkt 1 der Anfrage)

können nur von der Polizeidirektion unter Umständen an h von der Gewerbebehörde in eigenen Wirkungskreise verfügt werden und es wird daher in diesem Punkte die Anfrage diesen Behörden mitgeteilt. Hinsichtlich der Punkte 2 und 3 geben die bestehenden Vorschriften keine Handhabe zum Einschreiten und es wird daher der Wortlaut der Anfrage den Staatsämtern für soziale Fürsorge und für Justiz zur weiteren Behandlung mitgeteilt werden.

GR. Broozyner interpelliert wegen der Verwendung sogenannter Scheinwerferlampen bei den Automobilen durch welche die Fussgänger oft derart geblendet, dass sie jede Orientierung verlieren.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass nach § 10 der Ministerialverordnung vom 28. April 1910 blendende Scheinwerfer in Ortschaften mit stadtartiger Verbauung nicht verwendet werden dürfen. Er werde die vorliegende Anfrage der Polizeidirektion als Anzeige zur Abstellung des Uebestandes abtreten.

GR. Dr. Löwenstein stellt folgende Anfrage: Der Verein zur Erhaltung und Förderung des Ersten öffentlichen Kinderkranken-Institutes hat bereits im Jahre 1913 um eine Vereinigung der Josefine von Königswarter'schen Kinderspitalstiftung mit der Wenzlaus Arco'schen Stiftung angesucht zum Zwecke der Errichtung eines neuen Kinderspitals unter dem Namen „Königswarter-Arco-Kinderspital“.

Die stiftsmässig zu diesem Zwecke in Aussicht genommenen, im 18. Bezirk Theresienstrasse 37/39, liegenden zwei Häuser, welche seit Kriegsbeginn als Filialspital des Vereines-Reservospitals No 4 der Heeresverwaltung mit einem Krankenbelag von 68 Betten kostenlos zur Verfügung standen, sollen durch zweckentsprechende behördlich bereits genehmigte Adaptierungen für die Errichtung eines Kinderspitals mit mindestens 50 Krankbetten Verwendung finden. Durch die Errichtung dieses neuen Kinderspitals, welches sofort in Angriff genommen werden könnte, würden jährliche 20.000 unentgeltliche/Verpflegstage für arme kranke Kinder Wiens mit einem Schlage geschaffen werden. Da seitens des Testamentsvollstreckers der Königswarter-Kinderspitalstiftung eine protokollarische Einverständigerklärung zum Zwecke der eingangs angeführten Vereinigung besteht, wäre der Bürgermeister als Vorsitzender der Königswarter-Kinderspitalstiftung in der Lage, diese Aktion wesentlich zu fördern, denn die Arco-Stiftung, welche aus den früher erwähnten zwei Häusern besteht, ist aus der Verwaltung der Gemeinde Wien in die Verwaltung des Vereines zur Erhaltung und Förderung des ersten öffentlichen Kinderkrankeninstitutes bereits am 3. Juni 1914 übergegangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Sobald der evangelische Oberkirchenrat und der Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde ihre Vertreter für das Kuratorium der Königswarter'schen Kinderspitalstiftung bekannt gegeben haben, wird eine Sitzung dieses Kuratoriums einberufen werden, in welcher auch über das Ansuchen des ersten öffentlichen Kinderkranken-Institutes entschieden werden wird. Von der Gemeinde Wien wurden die GR. Emmerling und Rotter in das Kuratorium entsendet.

GR. Moissl stellt unter Hinweis auf einen Artikel des Professors Dr. Pirquet in der Wiener medizinischen Wochenschrift über den ausgezeichneten Erfolg des Kaiser Karl Wohlfahrtswerkes im vergangenen Sommer die Anfrage, ob der Bürgermeister bereit sei, sofort mit dem Staatsamte für Volksgesundheit und mit der Leitung des Wohlfahrtswerkes in Fühlung zu treten, damit auch im kommenden Sommer die Möglichkeit einer Erholung geboten werde.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass auch im kommenden Jahre alles aufgeboten werden wird, um möglichst viele Kinder aufs Land zu bringen. Die Gemeindevertretung hoffe dabei auf die Unterstützung aller Kreise, welche sich bereits bisher betätigt haben, auch der Lehrer und Lehrerinnen, welche sich in hingebungsvoller und aufopfernder Weise der Aktion zur Verfügung stellen.

Frau GR. Popp stellt folgende Anfrage: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, dass in den Turnsälen der Schulen und in den Sitzungssälen der Bezirksvertretungen Versammlungen politischen Charakters abgehalten werden. Es wird daher gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, anzuordnen, dass die Schuleäle und die Säle der Bezirksvertretungen allen ohne Unterschied der Parteirichtung zur Verfügung gestellt werden oder zu veranlassen, dass keine politische Partei Versammlungen in solchen Sälen veranstalten kann.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass diese Räume allen Parteien zugänglich gemacht werden, und wenn Eingehen um Ueberlassung an ihn gelangen, so werden sie anstandslos erledigt. Es müsse nur ein gewisser Turnus eingeführt werden.

GR. Broozyner verweist in einer Interpellation darauf, dass die Beamten der städtischen Kaiser Franz Josef - Jubiläums - Lebens- und Rentenversicherungs-Anstalt vor einigen Wochen in der Direktion eine Eingabe mit dringenden Wünschen überreicht haben, dass eine Erledigung aber bisher deshalb nicht möglich gewesen sei, da die Neukonstituierung des Verwaltungsausschusses bisher nicht erfolgt ist. Er stelle daher die Anfrage, ob der Bürgermeister ehestens die Wahl dieses Ausschusses auf die Tagesordnung des Gemeinderates setzen wolle.

GR. Broozyner führt in einer Anfrage aus: Die städtische Lebens- und Rentenversicherungs - Anstalt führt noch immer als Wahrzeichen Byzantinismus aus der monarchistischen Zeit den seit jeher wenig geschmackvollen Titel „Städtische Kaiser Franz Josef - Jubiläums Lebens- und Rentenversicherungsanstalt“. Mit Rücksicht darauf, dass jeder überzeugte Republikaner wünschen muss, dass so rasch als möglich alle monarchistischen Abzeichen und Erinnerungen verschwinden, aber auch mit Rücksicht darauf, dass der monarchistische Titel eines Geschäftsunternehmens bei der antimonarchistischen Stimmung der Bevölkerung auch dem Unternehmen selbst schadet, wird die Anfrage gestellt, ob der Bürgermeister bereit ist, die Abänderung des Firmenwortlautes in einer der Volksstimmungen entsprechenden Weise zu veranlassen.

BGM. Dr. Weiskirchner beantwortet die beiden Anfragen unter Einem. Die Wahl des Ausschusses wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderates ge-

stellt werden, der neue Ausschuss wird sich auch mit der Frage der Abänderung des Titels beschäftigen.

GR. Paulitschke stellt folgende Anfrage: Dank des Einschreitens des Bürgermeisters wurde der Durchgang über den äusseren Burgplatz bei der Balkaria wieder freigegeben, jedoch ist der Verkehr durch das Burgtor über den äusseren und inneren Burgplatz zum Kohlmarkt aus ganz unbegreiflichen Gründen noch immer gesperrt. Da dieser Durchgang für die westlichen Bezirke, sowie auch für die Frequenz des Kohlmarktes von grösster Bedeutung ist, wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt beim Staatsamte hinzuwirken, dass der freie Verkehr für Wagen und Fussgänger durch das Burgtor zum Kohlmarkt umgehend wieder gestattet wird?

BGM. Dr. Weiskirchner: Gleich nachdem das Tor geschlossen wurde, habe ich interveniert und erreicht, dass in der Schauflergasse der Zugang geöffnet wurde, Ich werde neuerlich die Sache beim Staatsnotar Dr. Sylvester vorbringen und ich halte es im eminentesten Interesse der Bevölkerung gelegen, dass diese kürzeste Verbindung mit der innern Stadt wieder gangbar gemacht wird.

GR. Dr. Glasauer stellt folgende Anfrage: Die Einstellung des Strassenbahnverkehrs an Sonn- und Feiertagen wird als eine durch die Kohlennot bedingte Massregel von der Bevölkerung Wiens ruhig hingenommen. Insbesondere trägt zur Beruhigung der Bevölkerung der Umstand bei, daß die Verkehrseinschränkung anscheinend alle Linien gleichmässig trifft. Dies ist jedoch unrichtig. Die entferntesten Endpunkte in allen Bezirken, ja sogar die Endstation der Linie 60 in Mauer ist erreichbar. Die Bezirksteile Ober- und Unter St. Veit des 10. Bezirkes sind jedoch von jedem Strassenbahnverkehr ausgeschlossen, was infolge Einstellung des Stadtbahnverkehrs zur Folge hat, daß die Bewohner 2 bis 5 Kilometer zu Fuß gehen müssen. In Anbetracht der schlechten Witterung muss daher der Verkehr auf der Linie 58 und 158 an Sonn- und Feiertagen wieder aufgenommen werden.

Es wird gefragt; Ist der Bürgermeister geneigt, der Direktion der städtischen Strassenbahnen den Auftrag zu erteilen an Sonn- und Feiertagen den Verkehr auf den Linien 58 und 158 ehestens wieder aufzunehmen.

BGM. Dr. Weiskirchner: erwidert, er werde die Anfrage als Antrag behandeln, und der Strassenbahndirektion übermitteln.

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Für die Invaliden wurden Millionen gesammelt, die heute noch immer verwaltet werden, da die Fonde allen Nationen des alten Oesterreichs gehören. Bis diese Frage der Aufteilung zur Gänze ausstudiert sein wird, wird die Invalidenfrage durch die Zeit fast zur Gänze geregelt sein, das heisst die Invaliden werden verhungert sein. Es läge nun nichts näher, als beispielsweise die Spender der Millionen Kronen für die Kriegsblinden zu fragen, welcher Nation von Blinden ihre Spende zuweisen und die schwierige Frage des Studiums dieser Frage wäre gelöst.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, er werde sich von Invalidenamt einen Bericht geben lassen, er halte es aber für notwendig, dass über diese Fonde die weiteste Kontrolle geübt werde.

